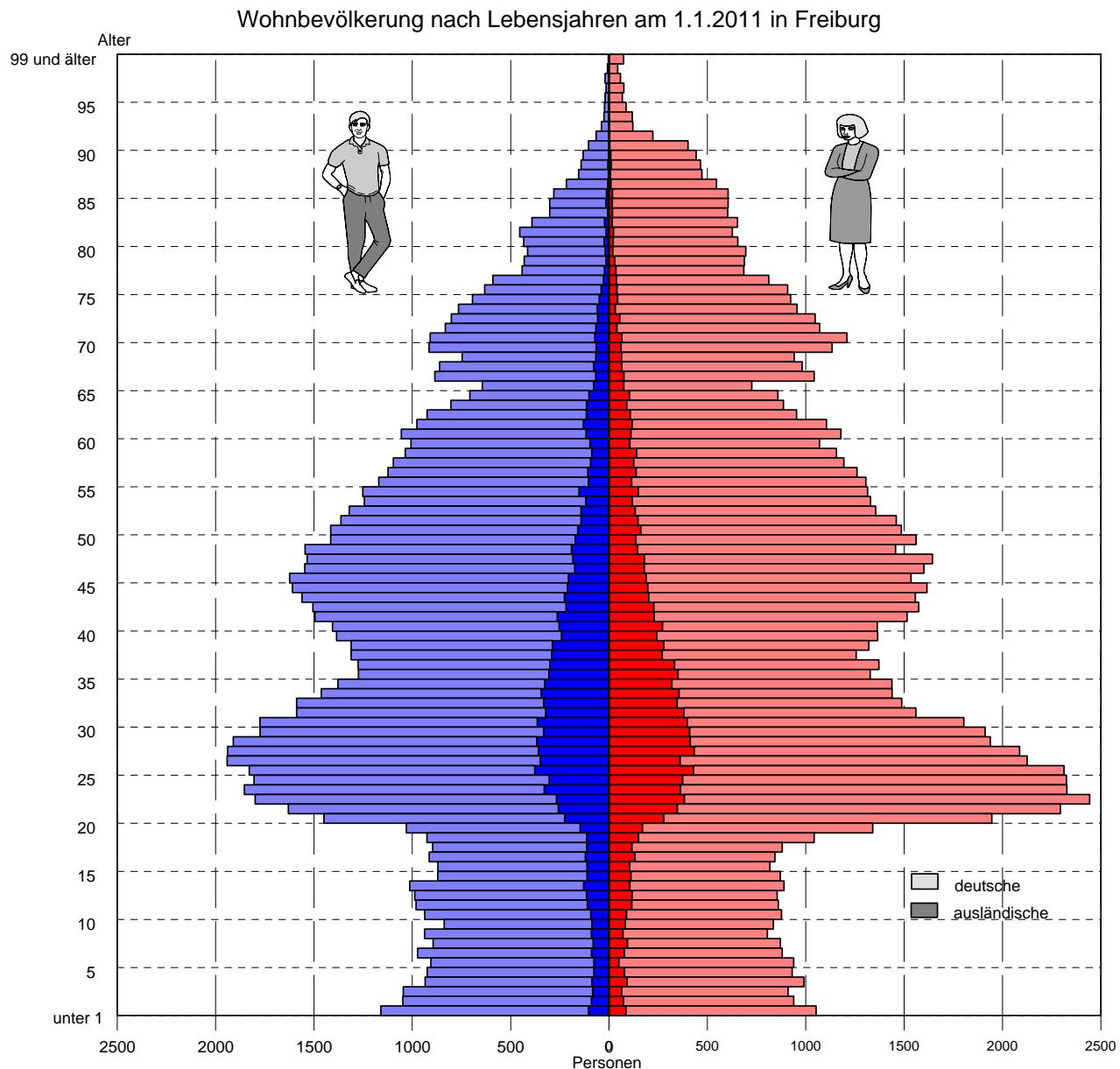


Beiträge zur Statistik

Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Freiburg im Breisgau - 2011 -



**Bericht zur Gleichstellung
von Frauen und Männern in Freiburg im Breisgau
- 2011 -**



Reihe: Beiträge zur Statistik der Stadt Freiburg im Breisgau ISSN 1866-6485

Herausgeberin: Stadt Freiburg im Breisgau
Geschäftsstelle Gender Mainstreaming und
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung
79095 Freiburg

Hausanschrift: Fahnenbergplatz 4, 79098 Freiburg

Berichtskonzept: Cornelia Hösl-Kulike, Geschäftsstelle Gender Mainstreaming

Datenrecherche/Aufbereitung:

Hanna Vöhringer
Sina Tonk
Thomas Willmann
Martina Scheffel

Berichtserstellung: Cornelia Hösl-Kulike,
Sina Tonk
Thomas Willmann

Bestellungen: Telefax: (0761) 201-5598
E-mail: statistik@stadt.freiburg.de

Veröffentlichungsverzeichnis:

Internet: http://www.freiburg.de/servlet/PB/menu/1156697_l1/index.html

Statistische Informationen auch:

Internet: <http://www.freiburg.de/statistik>

Gebühr dieses Heftes: € 10,-- (ohne Versandkosten)

Copyright Stadt Freiburg im Breisgau

Freiburg 2011

Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Herausgebers diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu übersetzen, zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/Mikrofiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Vorwort

Mit der Implementierung von Gender Mainstreaming als Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadtverwaltung vor nunmehr fast acht Jahren galt es, in den politischen Gremien und in der Verwaltung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie und mit welchen Konsequenzen die Lebenswelten von Männern und Frauen, von jungen und alten Menschen oder solchen anderer Herkunft, Kultur oder Sprache durch städtisches Handeln berührt werden. Dazu bedurfte es Flexibilität, Mut und Offenheit, um diese Ziele aufzunehmen und in praktisches Handeln umzusetzen, und vor allem bedurfte es einer umfassenden Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch ein Seminar- und Fortbildungsprogramm. Seitdem sind in den Ämtern und Dienststellen zahlreiche Projekte und Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, um das Anliegen von Gleichstellung und gleichberechtigter Teilhabe von Männern und Frauen in Wirtschaft und Beruf, Kultur und Bildung, Politik und Gesellschaft mit Leben zu erfüllen.

Mit dem „Bericht zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Freiburg“ legt nun die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming eine zusammenfassende Bestandsaufnahme vor, welche die beiden Bereiche „Gleichstellung“ und Gender Mainstreaming“ miteinander verknüpft. Für den Gleichstellungsbericht sind u.a. in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung zahlreiche Daten ausgewertet und interpretiert worden, die zu einer schlüssigen und aussagekräftigen Gesamtdarstellung geführt haben.

Der Gleichstellungsbericht ergänzt und vervollständigt damit den parallel vorgelegten Rahmenplan Gender Mainstreaming, zu dem der Gemeinderat im Oktober 2010 die gleichstellungspolitischen Leit- und Teilziele beschlossen hat. Die Übersicht zeigt eindrucksvoll, dass die Maßnahmen und Projekte nicht nur in die Verwaltung hinein wirken und die tägliche Arbeit der Ämter, Dienststellen und Gesellschaften verändern. In gleichem Maße beachten und berücksichtigen zunehmend Politik und Verwaltungshandeln die Wirkungen für beide Geschlechter im Leben der Stadt.

Gender Mainstreaming ist längst ein selbstverständliches Kriterium und Maßstab städtischen Handelns: In der Stadt- und Wohnraumplanung, im Ausbau von Betreuungseinrichtungen und frühkindlicher Bildung, in den großen Investitionen für die Schullandschaft und den dort stattfindenden inhaltlichen Veränderungen oder im kulturellen Leben, um nur einige Beispiele zu erwähnen. Dies gilt auch für die Verwaltung, beispielsweise durch personalwirtschaftliche Instrumente mit dem Ziel größerer Familienfreundlichkeit.

Ich danke allen, die an dieser Arbeit mitgewirkt haben, an erster Stelle der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming. Damit steht eine gute Grundlage für die Weiterführung des Gender Mainstreaming Prozesses als Querschnittsaufgabe der Stadtpolitik zur Verfügung. Gleichzeitig gibt der Bericht Anregungen zu weiteren Themenbereichen, die mit dem Gemeinderat und einer interessierten Öffentlichkeit zu diskutieren sind.



Dr. Dieter Salomon
Oberbürgermeister

**Bericht zur Gleichstellung
von Frauen und Männern in Freiburg im Breisgau
- 2011 -**

INHALT

	Seite
1 Partizipation	5
1.1 Mandate im Gemeinderat, in Ortschaftsräten und in Ausschüssen	6
1.2 Mitglieder in Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungen	9
2 Bildung	13
2.1 Abschlüsse an allgemein- und berufsbildenden Schulen	14
3 Erwerbsleben	21
3.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Beschäftigtenquote)	23
3.1.1 Vollzeitbeschäftigte	29
3.1.2 Teilzeitbeschäftigte an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	30
3.2 Beamtinnen und Beamte	32
3.3 Geringfügig entlohnte Beschäftigung	34
3.4 Selbständige	36
3.5 Existenzgründungen	37
3.6 Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern (Arbeitslosenquote)	39
3.7 Elterngeld	48
3.7.1 Leistungsbezüge	48
3.7.2 Bezugsdauer	49
3.8 Kinderbetreuung	51
3.8.1 Unter Dreijährige	51
3.8.2 Drei- bis unter Siebenjährige	52
3.8.3 Schulkinderbetreuung	55
4 Lebenswelt	59
4.1 Wohnsituation von Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr	59
4.2 Alleinerziehende	67
Literaturverzeichnis	75

Einleitung

Der vorliegende Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Freiburg orientiert sich textlich und inhaltlich am „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“¹ und dem „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen“². Er knüpft an die Vorarbeiten sowohl des Bundes, als auch des Landes Niedersachsens an und bietet unter Verwendung der bereits entwickelten Indikatoren eine vergleichbare Analyse zur Chancengleichheit auf kommunaler Ebene. Damit soll auf kommunaler Ebene der aktuelle Stand der Chancengleichheit abgebildet und die hierzu verfügbaren Daten zusammengefasst werden. Die Definitionen der Indikatoren wurden weitgehend im Wortlaut übernommen.

Zur Frage mit welchen Kennzahlen gesellschaftliche Entwicklungen in dem komplexen Politikfeld „Gleichstellung von Frauen und Männern“ abgebildet werden können, wurden wie in anderen Politikfeldern (z. B. Umwelt, Demografie, Nachhaltigkeit) Indikatoren herangezogen. Mit Indikatoren können Informationen und Veränderungen im Zeitverlauf sowie die Entwicklung komplexer Strukturen beschrieben werden.

Die 17. Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GFMK) hatte am 31. Mai 2007 ein einheitlichen Indikatorensystems für alle Bundesländer beschlossen, um den Stand und die Entwicklungen in der Chancengleichheitspolitik abbilden zu können. In Zusammenarbeit des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, dem Statistischen Landesamt sowie einer Gruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Fachabteilungen der für Gleichstellung zuständigen Ressorts der Länder entstand im Juli 2009 der „1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern“, welcher vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegeben wird. Dieser Atlas ist laut GFMK eine erste Standortbestimmung und es ist geplant, diese fortzuführen und damit Entwicklungen zeitlich darzustellen. Als Datenbasis wurde weitgehend auf die amtliche Statistik zurückgegriffen. Bei den Arbeitsmarktdaten wurde die Daten der Bundesagentur für Arbeit verwendet.³ Der allgemeine Indikatorenkatalog des Gleichstellungsatlas umfasst 30 Indikatoren, die den Kategorien Partizipation, Bildung, Erwerbsleben sowie Lebenswelt zugeordnet sind.

Nicht alle der Indikatoren können aufgrund der Zuständigkeit auch auf die kommunale Ebene heruntergebrochen werden, dies betrifft insbesondere die Kapitel „Partizipation“ und „Bildung“. Im Kapitel „Partizipation“ wurde versucht, entlang der Datenlage entsprechende kommunale Handlungsfelder abzubilden. Im Kapitel „Bildung“ wurde sich auf die fünf der zehn Indikatoren beschränkt mit direktem Bezug zur Kommune⁴. Im Unterschied zum Gleichstellungsatlas wurde jeweils auf beide Geschlechter fokussiert. Für eine übersichtlichere Darstellung wurden die fünf Indikatoren zu den Schulabschlüssen (ohne Abschluss, Hauptschulabschluss, Realschulabschluss, Fachhochschulreife, Abitur) in einer Grafik zusammengefasst. Außerdem wurde dargestellt, an welcher Schulart, welche Abschlüsse von Jungen und Mädchen erzielt wurden.

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Berlin 2009

² Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen, Hannover 2010

³ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 4

⁴ Weggefallen sind die Indikatoren zu Studienwahl und Hochschulen

Im Kapitel „Erwerbsleben“ war es aufgrund der Datenlage⁵ nicht möglich, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit Kindern unter drei Jahren auf die kommunale Ebene herunterzubrechen, so dass dieser Indikator, obwohl von großer Relevanz für die kommunale Ebene, leider nicht ermittelt werden konnte.

In dem Kapitel „Lebenswelt“ wurde neben dem Indikator „Wohnsituation von Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr“ auch die Thematik „Alleinerziehende“ mit zwei Indikatoren aufgenommen, da eine für die kommunale Ebene besonders gleichstellungsrelevante Lebenslage gegeben ist, die hier einbezogen werden sollte. Ein wichtiger zusätzlicher Indikator wäre für beide Thematiken die Auswertung des Wohngeldbezugs nach Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund, möglichst heruntergebrochen auf Stadtteilebene, gewesen. Entsprechende Daten der Wohngeldstatistik waren jedoch leider weder über die Bundesstatistik zu bekommen, noch konnte während der Erstellung des Gleichstellungsberichtes datenschutzrechtlich geklärt werden, ob eine solche Statistik von der abgeschotteten Statistikstelle des Amts für Bürgerservice und Informatikverarbeitung selbst erarbeitet werden darf. Von daher ist hier eine Leerstelle zu verzeichnen. Auf den bundesweiten Indikator „Lebenserwartung“ wurde verzichtet, da Gesundheitspolitik weitgehend Ländersache ist und auf kommunaler Ebene hier nur eine sehr indirekte Einflussnahme möglich ist.

Insgesamt weicht der Bericht zur Gleichstellung neben den erwähnten Bereichen auch, was die Darstellung in Karten angeht, vom ursprünglichen Gleichstellungsatlas ab. Karten mit denen eine kleinräumige Darstellung auf Stadtteilebene möglich ist, wären zwar für die meisten Indikatoren (insbesondere was den Bereich Bildung angeht) lohnenswert, doch ließen sich die Daten nur in einigen Bereichen auf Stadtteilebene herunterbrechen. Wo immer dies möglich und sinnvoll war, wurden solche Karten erstellt.

Der Anspruch der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming ist es, im Sinne von Gender und Diversity, Gleichstellung sowohl anhand der Kategorie Geschlecht, als auch an weiteren Kategorien wie insbesondere Migration und Alter darzustellen. Die amtliche Statistik (Landes- und Bundesstatistik) kann jedoch nur in Ausnahmefällen Daten zur Verfügung stellen, die diesem Anspruch gerecht werden, da Erhebungen keinem identischen Muster folgen. Insbesondere für die Kategorie Migration konnten keine geschlechtsspezifischen Daten bereit gestellt werden. Sie finden in der amtlichen Statistik bisher keine durchgängige Berücksichtigung. Aufgrund der zu geringen Grundgesamtheit konnte auch die Bürgerumfrage hierfür nicht genutzt werden (z.B. beim Thema Alleinerziehende).

Um diese Lücken zu schließen, wurden die vorliegenden Daten interpretiert. Hierzu wurde auf aktuelle Studien und Untersuchungen zurückgegriffen. Für die Zukunft wäre es – nicht nur für Kommunen - hilfreich, wenn die amtliche Statistik hier breiter aufgestellt wäre. Ein weiterer Grund für die Diskussion der Ergebnisse (im Unterschied zum Gleichstellungsatlas) war, aus dem Kontext der vorliegenden Forschungsarbeiten, Empfehlungen für den Gleichstellungsprozess abzuleiten. Für die wertvollen Rückmeldungen und Diskussionen zum Gleichstellungsbericht gilt an dieser Stelle der Dank Frau Prof. Dr. Christine Färber und Frau Dr. Gerrit Kaschuba, deren Anregungen u.a. in die Empfehlungen eingeflossen sind.

⁵ Die von der Agentur für Arbeit bereit gestellten Daten weisen das Alter der Kinder nicht aus. Die Daten des Mikrozensus, die im Atlas für Gleichstellung verwendet wurden, lassen sich nicht auf Kreisebene herunterbrechen.

Ergebnisse, die im 2. Bildungsbericht und im Sozialbericht der Stadt Freiburg bereits vorgestellt wurden, werden im Gleichstellungsbericht nur in Ausnahmefällen nochmals aufgeführt, auf die beiden Berichte wird hiermit verwiesen.

Der für Freiburg erarbeitete Indikatorenkatalog umfasst insgesamt 24 Indikatoren, die vier Bereichen zugeordnet sind:

1. Partizipation mit vier Indikatoren
2. Bildung mit fünf Indikatoren
3. Arbeit und Einkommen mit 13 Indikatoren
4. Lebenswelt mit zwei Indikatoren

Die Indikatoren werden im Zusammenhang mit den entsprechenden Kapiteln beschrieben und visualisiert. Die farbliche Gestaltung der Abbildungen orientiert sich an der Art der Indikatoren:

„Rot“ steht für Aussagen zum Frauenanteil;

„Blau“ für Aussagen zum Männeranteil;

alle anderen Aussagen, z.B. zur Darstellung von Gesamtheiten wie „Schulabschlüsse 2009“ werden in der jeweiligen Legende einzeln ausgewiesen.

Die Stichtage wurden weitgehend einheitlich gehalten und auf das Jahresende 2010 bezogen. Für die Daten zur Beschäftigung gilt der Stichtag 30.06.2010. Änderungen nach den Stichtagen (wie z.B. im Gemeinderat) wurden nicht übernommen, da Änderungen in der Natur der Sache liegen und jederzeit möglich sind. Im Rahmen von Fortschreibungen kann dies berichtigt werden.

Dem Anliegen des Gleichstellungsatlas möchte sich der vorliegende Bericht anschließen:

„Chancengleichheit darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muss sich konkretisieren lassen mit Indikatoren, Zahlen und Zielen. Eine nachhaltige Gleichstellungspolitik ist auf diese Informationen angewiesen.“⁶

⁶ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 4

1 Partizipation

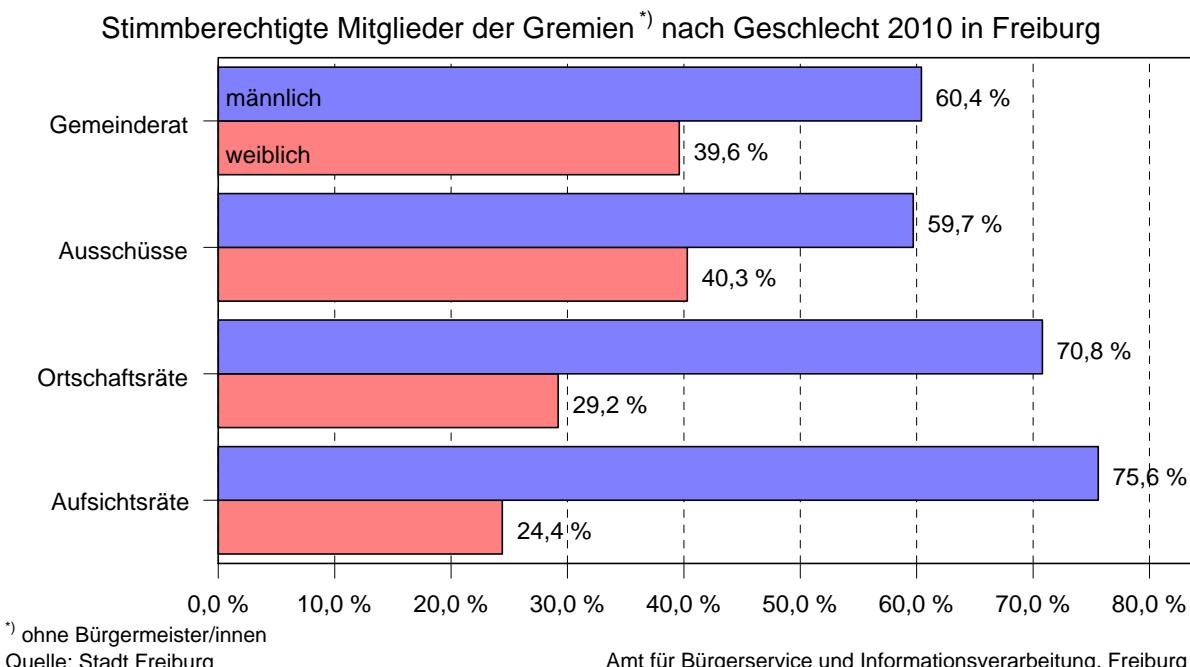
Einer der wichtigsten Gradmesser für die Gleichstellung von Frauen und Männer ist ihre Partizipation an Führungs- und Entscheidungspositionen, ihre Repräsentanz. Dies gilt für alle Entscheidungsfunktionen, sei es in politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder kulturellen Bereichen. Die EU hat das Ziel einer „ausgewogenen Mitwirkung von Frauen und Männern am Entscheidungsprozess“ benannt, ohne allerdings dabei exakt zu definieren, was darunter zu verstehen ist. In vielen EU-Ländern wird das Erreichen von 30 % für eine wirksame Einflussnahme von Frauen bzw. Männern bereits als „ausgewogen“ betrachtet¹, diese 30 % werden oft als sogenannte „kritische Masse“² bezeichnet. Das Erreichen der „kritischen Masse“ bedeutet jedoch keinesfalls Parität zwischen Frauen und Männern, man könnte dies eher als Mindeststandard bezeichnen, in diesem Sinne wird sie im folgenden auch verwendet. Anzustreben ist die Parität zwischen Frauen und Männern.

Die „kritische Masse“ wird nur in den Landesparlamenten mit einem bundesweiten Durchschnitt von 32 % Frauenanteil erreicht. Im 15. Landtag von Baden-Württemberg beträgt allerdings der Frauenanteil derzeit nur 18,1 % und damit 5,6 % weniger als der bisher höchste Anteil, der bei der Landtagswahl 2006 (23,6 %) erreicht wurde. Baden-Württemberg steht damit im bundesweiten Vergleich an letzter Stelle.

Für den Bereich Partizipation wurden auf kommunaler Ebene vier Indikatoren ausgewählt: Die Verteilung von Männern und Frauen im Gemeinderat, in gemeinderätlichen Ausschüssen, Ortschaftsräten sowie in den Aufsichtsratspositionen städtischer Gesellschaften.

In Abb. 1.1. ein Überblick über alle vier Indikatoren:

Abbildung 1.1



¹ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S.7

²Das Konzept der kritischen Masse wurde von Drude Dahlrup im Jahr 1988 unter Rekurs auf Rosabeth Moss Kanther in die Diskussion um eine angemessene quantitative Repräsentation von Frauen in Parlamenten eingeführt. In: Sauer Birgit / Wöhl, Stefanie: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich Ebert Stiftung. http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie_und_Geschlecht.pdf 22.05.2011

1.1 Mandate im Gemeinderat, in Ortschaftsräten und in Ausschüssen

Beschreibung der Indikatoren:

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen und Männern an der Gesamtzahl der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Gemeinderat, in Ortschaftsräten sowie in gemeinderätlichen Ausschüssen.

Methodische Hinweise: Erhoben wurde die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder, der Ortschaftsräte und Ortschaftsrätinnen sowie die Mitglieder der gemeinderätlichen Ausschüsse. Berücksichtigt sind die bei der letzten Wahl gewählten Vertreterinnen und Vertreter ohne Nachrückerinnen und Nachrücker.

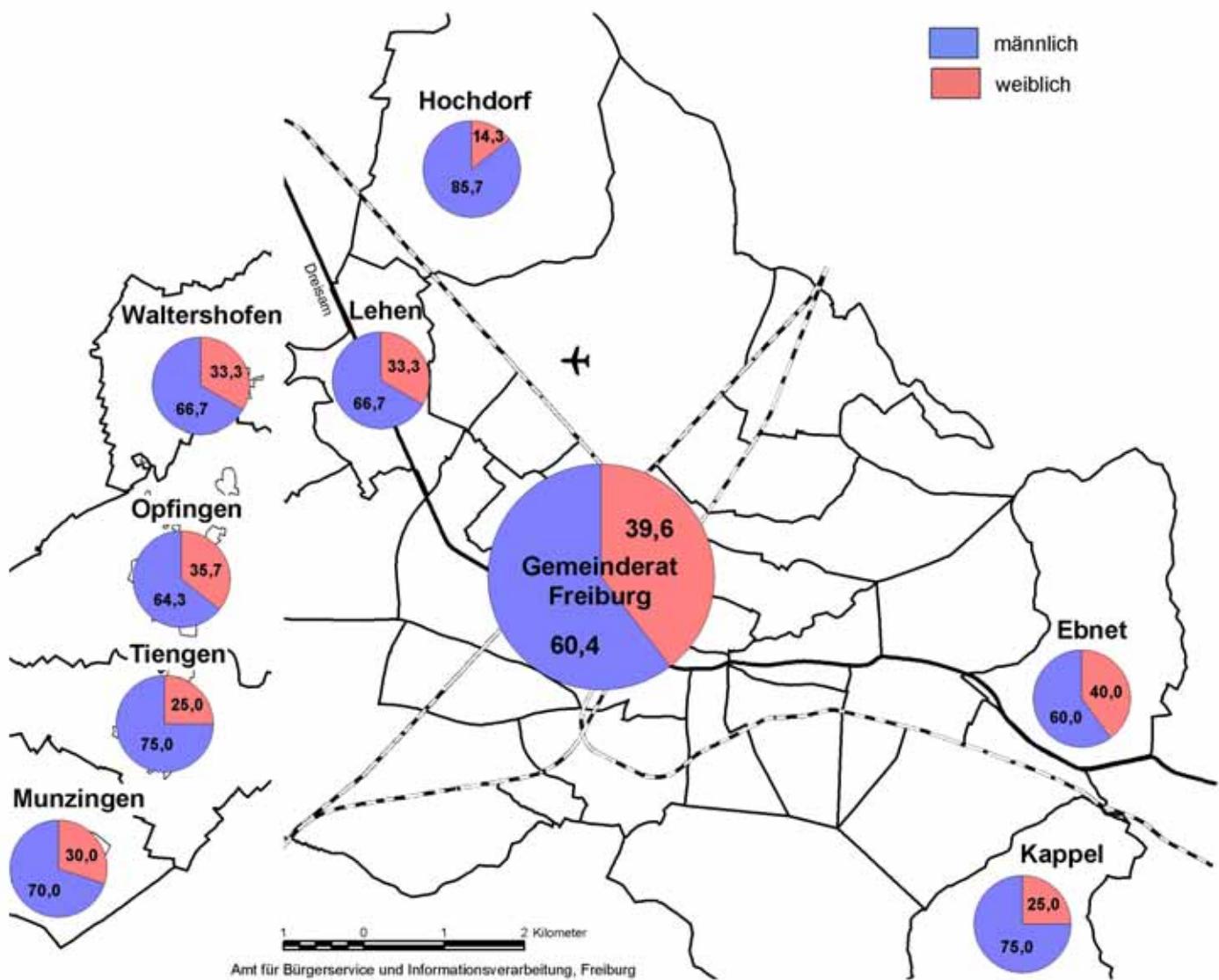
Datenquelle: Stadt Freiburg, Ratsbüro, Ämter und Dienststellen Stadt Freiburg, Stand Oktober 2010.

Die Indikatoren geben Hinweise auf:

- die Vertretung von Frauen und Männern im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung (GG Art. 28, 2);
- die politische Einflussnahme von Frauen und Männern in der Kommune;
- die Beteiligung von Frauen und Männern an politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen;
- den Anteil von Frauen und Männern an den Wahlvorschlägen der Parteien;
- das Wahlverhalten der Bürgerschaft.

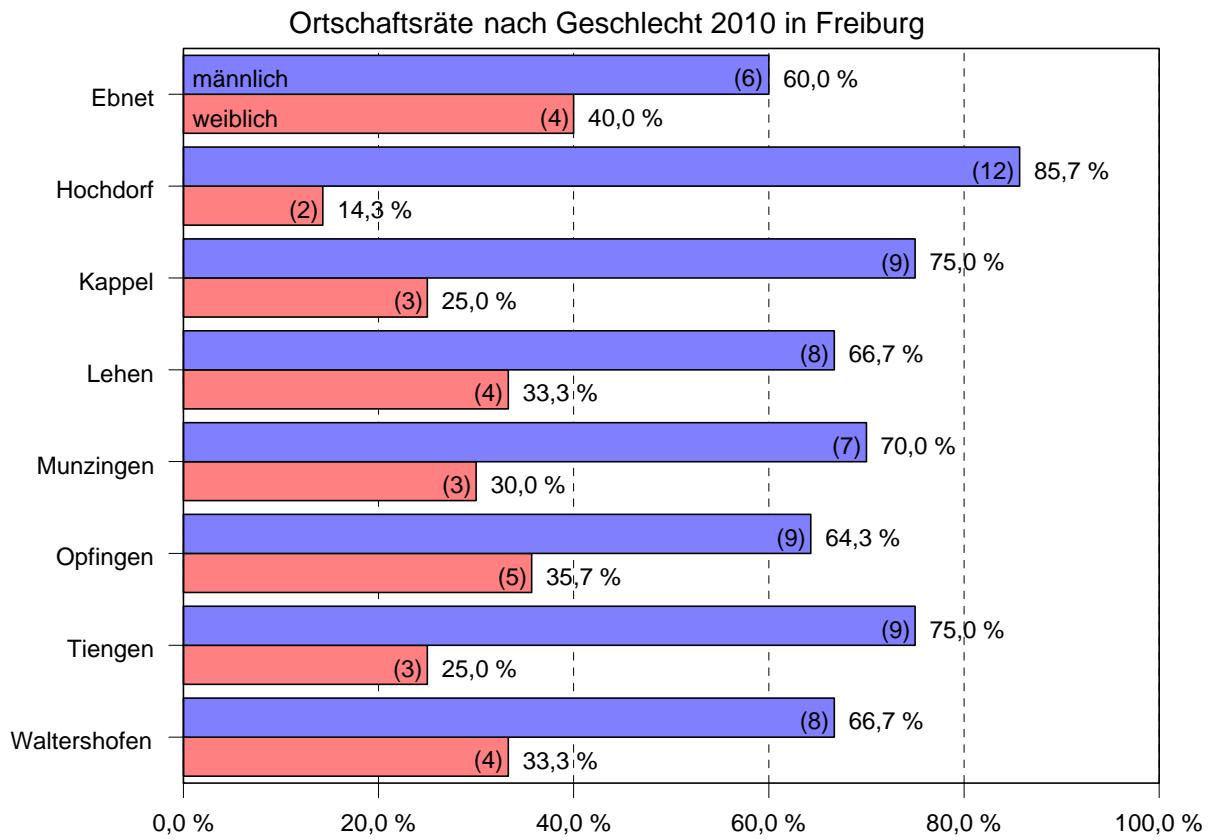
Abbildung 1.2

Gemeinde- und Ortschaftsräte nach Geschlecht 2010 in Freiburg (in %)



Von den 48 Stadträtinnen und Stadträten in Freiburg sind 19 Frauen und 29 Männer. Somit beträgt der weibliche Anteil 39,6 % gegenüber einem männlichen Anteil von 60,4 %. Die genauen Zahlen zur Verteilung finden sich in Abb. 1.3, die als Ergänzung zu Abb. 1.1. zu sehen ist.

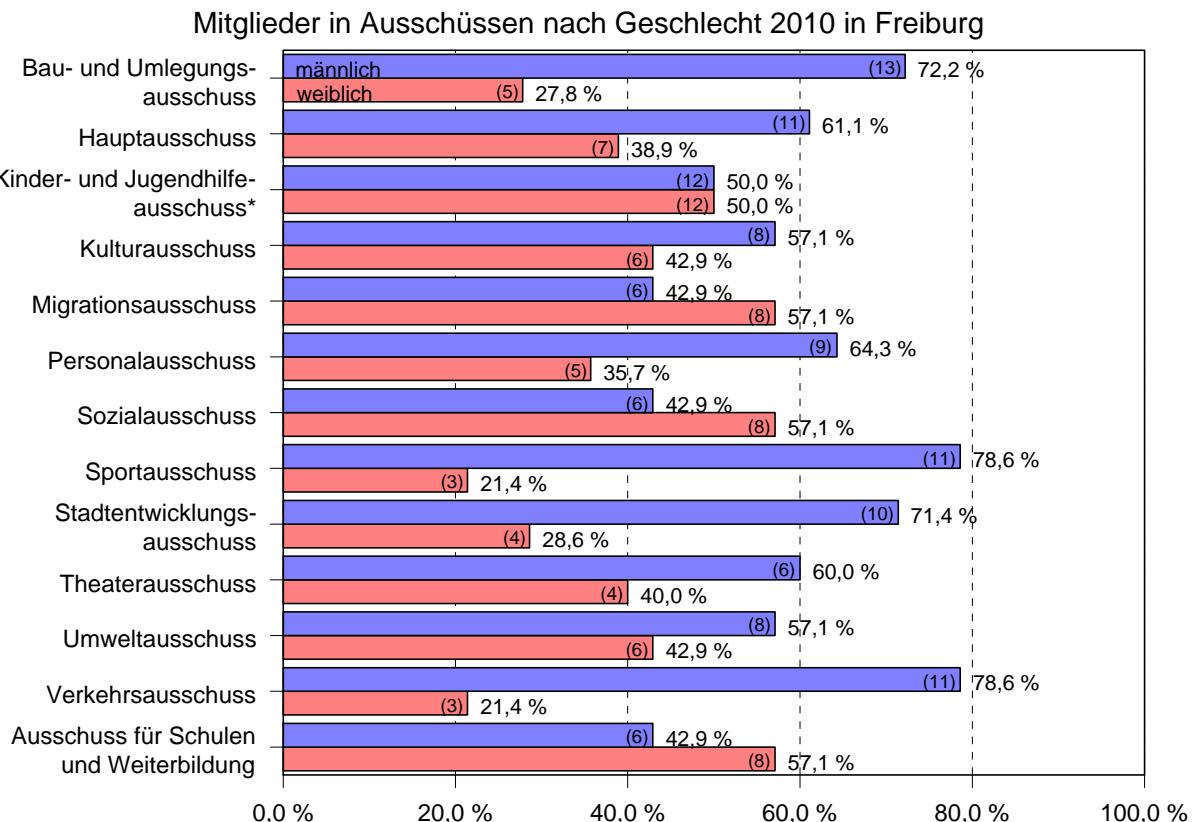
Abbildung 1.3



Quelle: Stadt Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 1.4



*) hierunter auch Stimmberrechtigte ohne Mandat auf Vorschlag des Trägers

Quelle: Stadt Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

1.2 Mitglieder in Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungen

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen und Männern an den besetzten Aufsichtsratpositionen der städtischen Beteiligungen.

Methodische Hinweise: Erfasst werden die wichtigsten städtischen Beteiligungen mit gemeinderätlicher Beteiligung.

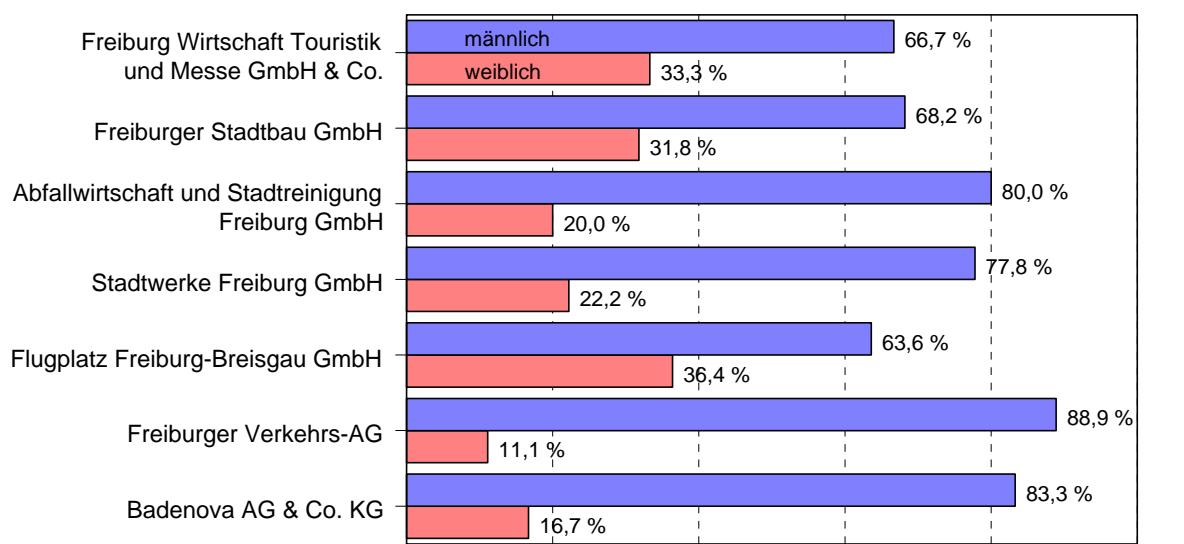
Datenquelle: Beteiligungsbericht 2009/10 Stadt Freiburg, Stand Oktober 2010

Der Indikator steht für die Beteiligung von Frauen und Männern an Führungspositionen. Er gibt Hinweise auf:

- *eine geschlechtergerechte Personal- und Organisationsentwicklung;*
- *die Bereitschaft, Frauen und Männer an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen;*
- *strukturelle Hindernisse, die einen geschlechtergerechten Zugang zu Spitzenpositionen erschweren.*

Abbildung 1.5

Aufsichtsräte nach Geschlecht 2010 in Freiburg



Quelle: Stadt Freiburg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Diskussion der Ergebnisse:

Freiburg hat, was die paritätische Besetzung von Gremien angeht, Nachholbedarf zugunsten der Frauen. Über weitere Strukturdaten wie Alter oder Migrationshintergrund liegen derzeit keine Angaben vor. Die Zusammenstellung (s.o. Abb. 1.1) zeigt, dass in keinem Gremium eine paritätische Verteilung gegeben ist. Auch die sogenannte „kritische Masse“ von 30 % wird nicht in allen Gremien erreicht: In allen Ortschaftsräten zusammengenommen liegt der Anteil von Frauen 0,8 % unter dieser kritischen Masse (s.o. Abb. 1.3). Die Spanne reicht von einem Frauenanteil von 14,3 % in Hochdorf bis hin zu 40 % in Ebnet. In fünf der acht Ortschaftsräte beträgt der weibliche Anteil 30 % und mehr. Auch in den Ausschüssen (s.o. Abb. 1.4). zeigt sich ein heterogenes Bild. In neun von 13 Ausschüssen liegt der Frauenanteil bei 30 % und mehr. Männer erreichen die kritische Masse in jedem Ausschuss. Drei Ausschüsse sind mehrheitlich mit Frauen besetzt. Nur im Kinder- und Jugendhilfeausschuss ist das Verhältnis der Geschlechter paritätisch. Was die Vorsitzenden / Sprecher der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Gruppierungen angeht, so waren Ende 2010 71,4 % männlich und 28,6 % weiblich.

Was die Aufsichtsräte der wichtigsten städtischen Beteiligungen betrifft, so wurde in drei der sieben Aufsichtsräte (s.o. Abb. 1.5) die „kritische Masse“ erreicht. Den höchsten Anteil mit 36,4 % verzeichnet die Flugplatz Freiburg-Breisgau GmbH, während die Freiburger Verkehrs-AG mit 11,1 % den niedrigsten Frauenanteil hat, gefolgt von der Badenova AG & Co. KG, hier sind lediglich 16,7 % der Aufsichtsratsmitglieder weiblich.

Im bundesweiten Städtevergleich des von der Heinrich Böll Stiftung herausgegebenen Genderrankings aus dem Jahr 2010 nimmt Freiburg den siebten Platz von 79 Plätzen ein. Bei der Bewertung des Städtevergleichs stellt die Studie fest,

„... dass Frauen gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in allen kommunalpolitischen Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind. Je wichtiger Ämter in der Kommunalpolitik werden, desto weniger werden sie von Frauen besetzt.“³

Im Genderranking wird darüber hinaus konstatiert, dass der Frauenanteil in politischen Entscheidungspositionen seit 2008 sogar noch gesunken ist. Ein Trend, der sich für Freiburg nicht bestätigen lässt, Freiburg hat sich im Vergleich zum Genderranking 2008 um sieben Plätze verbessert. Beim zweiten deutschen Genderranking (wie schon beim ersten 2008) geht die Stadt Frankfurt/M. deutlich als Siegerin hervor:

„In Frankfurt sind 43 Prozent der Ratsmitglieder weiblich. Hinzu kommen [...] in der Wertung die Oberbürgermeisterin (Petra Roth) und die 50%ige Besetzung von Ausschussvorsitzen mit Frauen. Auch unter den Dezernatsleitungen sind immerhin 40% weiblich. Damit schneidet die Stadt Frankfurt bei fast allen Positionen mit der höchsten Punktzahl ab.“⁴

Den zweiten Platz belegt Stuttgart, Karlsruhe nimmt Platz 20 ein, Heidelberg Platz 30. Die Studie sieht die Erfüllung der „kritische Masse“ von 30 und mehr Prozent in kommunalen Selbstverwaltungsgremien als entscheidenden Indikator für die Besetzung von Führungspositionen an. Erst, wenn Frauen hierdurch über eine entsprechende Akzeptanz

³Holtkamp, Lars / Wiechmann, Elke / Pfetzing, Jan: Zweites Genderranking deutscher Großstädte, Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Berlin 2010, S. 1

⁴Ebenda S. 7

und Machtbasis verfügen, könnten auch weitere relevante Führungspositionen erreicht werden: „*Der Frauenanteil im Stadtrat ist damit der wesentliche Schlüsselfaktor für die Erreichung einer paritätischen Repräsentanz [...].*“⁵

Als bedeutender Schlüsselfaktor für die Repräsentanz von Frauen werden gesetzliche Quotenlösungen, wie sie beispielsweise in Frankreich existieren, gesehen. Die Erfahrungen in Frankreich zeigen, dass so sogar in kleinen Kommunen die Parität in den Parlamenten gesichert werden konnte. Durch das Paritätsgesetz ist innerhalb einer Wahlperiode der Frauenanteil annähernd verdoppelt worden.⁶ „*Die französischen Kommunen über 3.500 Einwohner(innen) hatten [...] 1995 eine Frauenrepräsentanz von 25,7 %, die bei der nächsten Wahl 2001 unter dem Paritätsgesetz auf durchschnittlich 47,5 % gesteigert wurde.*“⁷

Empfehlungen:

Bei der Besetzung von Gremien und Aufsichtsratspositionen ist Parität zwischen den Geschlechtern anzustreben. Frauen und Männer sollten in jedem Gremium zumindest die sogenannte „kritische Masse“ von 30 Prozent erreichen. Hilfreich könnte hierfür in Baden-Württemberg eine politische Initiative für ein Paritätsgesetzes in Anlehnung an das französische „*Loi de Parité*“ sein.⁸

⁵Ebenda S. 4

⁶Ebenda S. 8

⁷ Holtkamp, Lars / Schnittke, Sonja: Die Hälfte der Macht im Visier. Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen. Hg.: Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Fachzeitschrift Alternative Kommunalpolitik, Bielefeld 2010, S.296 http://www.fernuni-hagen.de/imperia/md/content/politikwissenschaft/lqv/die_haeftle_der_macht_im_visier.pdf

⁸ Vgl. hierzu die Ausführungen in: Holtkamp, Lars / Wiechmann, Elke / Schnittke, Sonja: Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Vorläufiger Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Frauenunterrepräsentanz in der Kommunalpolitik“, gefördert von der Heinrich-Böll-Stiftung, Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Berlin 2019, S. 63ff http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/Studie_Frauen-Unterrepraesentanz_in_Kommunen.pdf

2 Bildung

Gender Mainstreaming ermöglicht tiefer gehende Analysen und einen differenzierten Blick auf fördernde und hemmende Faktoren, was die Erarbeitung passgenauer Angebote für unterschiedliche Zielgruppen erleichtert. Für den Bildungsbereich ist die Umsetzung von Gender Mainstreaming von großer Bedeutung, denn hier geht es einerseits um die individuelle Verwirklichung von Chancen und andererseits um die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit einer Kommune, die angesichts des demografischen Wandels eng mit den vorhandenen Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt verbunden ist:

„Der Bildung kommt im Zuge der weiter fortschreitenden Entwicklung von der Industrie- zur Wissensgesellschaft eine immer größere Bedeutung zu. Diese betrifft sowohl die gesamtgesellschaftliche Perspektive im Hinblick auf die Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und des sozialen Zusammenhalts, als auch die individuellen Perspektiven im Hinblick auf die Arbeitsmarkt- und Verdienstchancen und die gesellschaftliche Teilhabe.“¹

Der 2. Bildungsbericht² und der Sozialbericht³ der Stadt Freiburg, auf die hiermit verwiesen wird, informieren differenziert über den aktuellen Stand in Freiburg. Der Fokus liegt hierbei auf sozial- und migrationsbedingten und nur teilweise auch auf geschlechterdifferenzierenden Faktoren, die mit Bildungschancen bzw. dem Bildungserfolg korrelieren. Mit fünf Indikatoren wird im folgenden die aktuelle Verteilung der in Freiburg von Mädchen und Jungen erlangten Bildungsabschlüsse und die Schularten, an denen diese erworben werden, dargestellt. Da aufgrund der Datenlage (s.u.) nur sehr eingeschränkt auf geschlechts- und diversitätsbedingte Unterschiede eingegangen werden kann, wurden für die Analyse bundesweite Studien und Untersuchungen herangezogen.

Empfehlung zur Verbesserung der Datenlage:

Für den Übergang von Grundschulen zu weiterführenden Schulen⁴ stehen keine geschlechtspezifischen Daten zur Verfügung.⁵ Die amtliche Statistik gibt Aufschluss über die Gesamtanzahl der Übergänge von Kindern auf weiterführende Schulen und schlüsselt diese nach ausländischen und deutschen Kindern auf, nicht jedoch nach Geschlecht. Als Ausländer/innen im Sinne der amtlichen Schulstatistik werden allerdings nur diejenigen Schüler/innen betrachtet, die ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, nicht aber die Kinder und Jugendlichen, die neben einer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (diese sind von den Schulen als deutsche Schüler zu melden).⁶ Somit können keine Aussagen über die Schulabschlüsse von Kindern mit Migrationshintergrund gemacht werden. Dies stellt eine Lücke in der Schulstatistik dar. Eine Erweiterung der Erhebungskategorien um Geschlecht und Migrationshintergrund ist daher unbedingt anzustreben. Generell sollte der Abgleich von Daten auf Landes- und kommunaler Ebene durch Vereinheitlichung entlang dieser Kategorien vereinfacht werden.

¹ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 21

² Stadt Freiburg (Hg.): Bildung in Freiburg 2010. 2. Bildungsbericht der Stadt Freiburg im Breisgau, Freiburg i. Brsg. 2010

³ Stadt Freiburg (Hg.): Beiträge zur Statistik: Sozialbericht, Datenreport, Freiburg 2011, S.93ff

⁴Dieser Indikator ist in keinem Gleichstellungsbericht vorhanden

⁵ „In der amtlichen Schulstatistik werden die Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen nicht nach Geschlecht differenziert erhoben. Angaben zu ausländischen Schulabgängern werden lediglich an Hauptschulen nach Geschlecht differenziert erhoben, jedoch nicht an den anderen Schularten.“ Stat. Landesamt Baden-Württemberg, 2010

⁶ Auskunft per Mail vom Statistischen Landesamt am 30.11.2010

2.1 Abschlüsse an allgemein- und berufsbildenden Schulen

Beschreibung der Indikatoren:

Definition: 1. Jungen- und Mädchenanteil an den Schulabschlüssen (Hochschulreife, Fachhochschulreife, Mittlerer Abschluss, Hauptschulabschluss und ohne Hauptschulabschluss) im Schuljahr 2008/09. 2. Jungen- und Mädchenanteil an den Schulabschlüssen im Schuljahr 2008/09, aufgeschlüsselt nach Schulart.

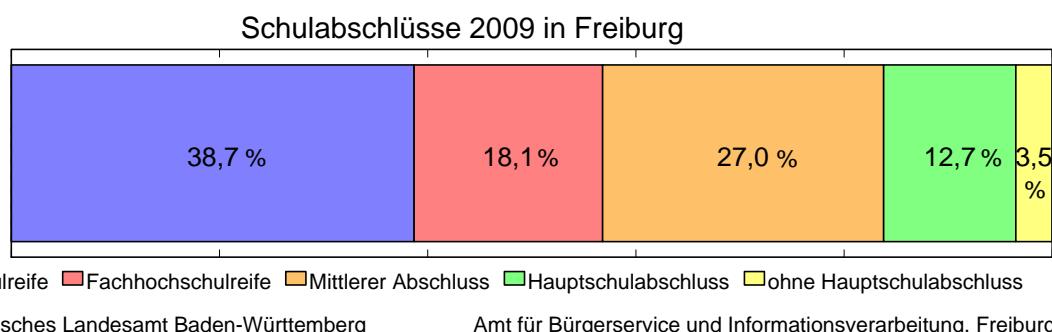
Methodische Hinweise: Erfasst werden öffentliche und private Schulen.

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Abschlüsse im Jahr 2008/09.

Die Indikatoren geben Hinweise auf:

- geschlechterbezogene Bildungsunterschiede;
- das Vorhandensein einer geschlechtergerechten Schullandschaft;
- Verteilung der Bildungsabschlüsse nach Schularten;
- den Stand der Umsetzung geschlechterdifferenzierender Unterrichtskonzepte;
- Gender-Kompetenz im Schulalltag.

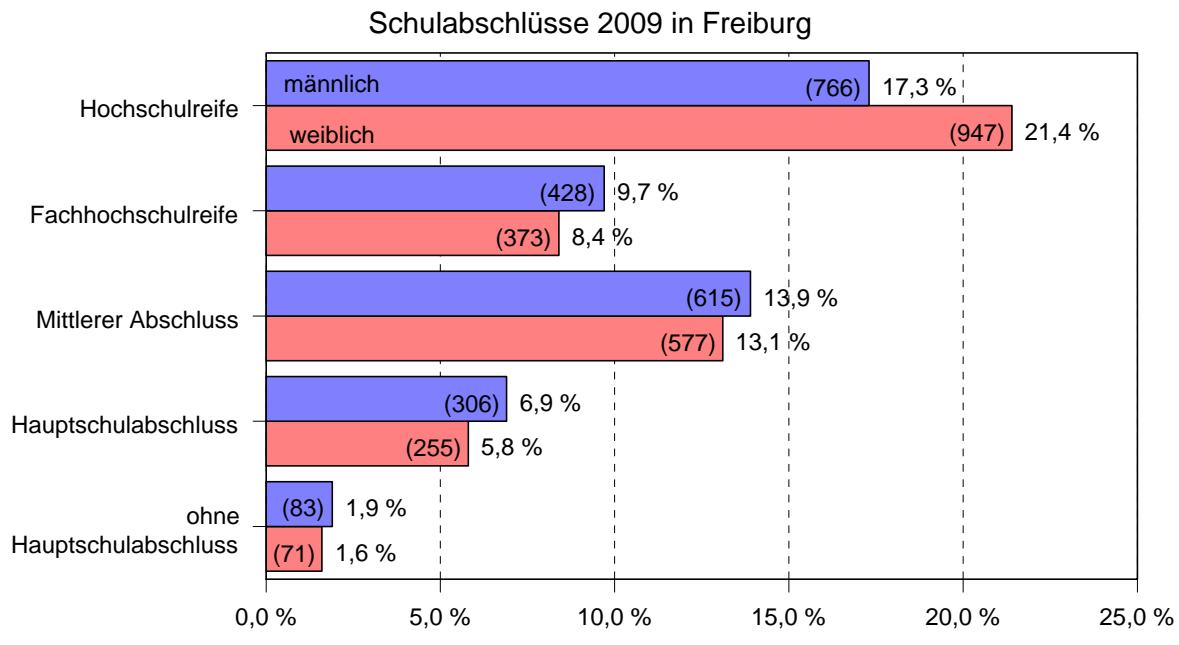
Abbildung 2.1



Von den 1713 Abgängerinnen und Abgängern, die im Schuljahr 2008/09 eine allgemein- oder berufsbildende Schule mit Hochschulreife verlassen haben, waren 44,7 % männlich. Damit liegt der Jungenanteil in Freiburg leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 43,9 %⁷. Der Mädchenanteil beträgt in Freiburg 55,3 %. Gemessen an allen Schulabschlüssen haben 21,4 % Mädchen und 17,4 % Jungen die Hochschulreife erworben. Die Hochschulreife ist in Freiburg bei Mädchen und Jungen der häufigste Schulabschluß. 801 Schülerinnen und Schüler haben die Schule mit Fachhochschulreife verlassen. Davon waren 53,4 % männlich gegenüber einem weiblichen Anteil von 46,6 %. 9,7 % junge Männer und 8,4 % junge Frauen erwarben die Fachhochschulreife. Von 1192 Jugendlichen erlangten 615 junge Männer einen Mittleren Abschluß, dies entspricht einem männlichen Anteil von 51,6 % (bundesweiter Durchschnitt 49,3 %) und einem weiblichen von 48,4 %. Der Realschulabschluß ist der zweithäufigste Abschluß in Freiburg, ihn erwarben 13,9 % junge Männer und 13,1 % junge Frauen.

⁷ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 28. Angaben für das Schuljahr 2006/2007

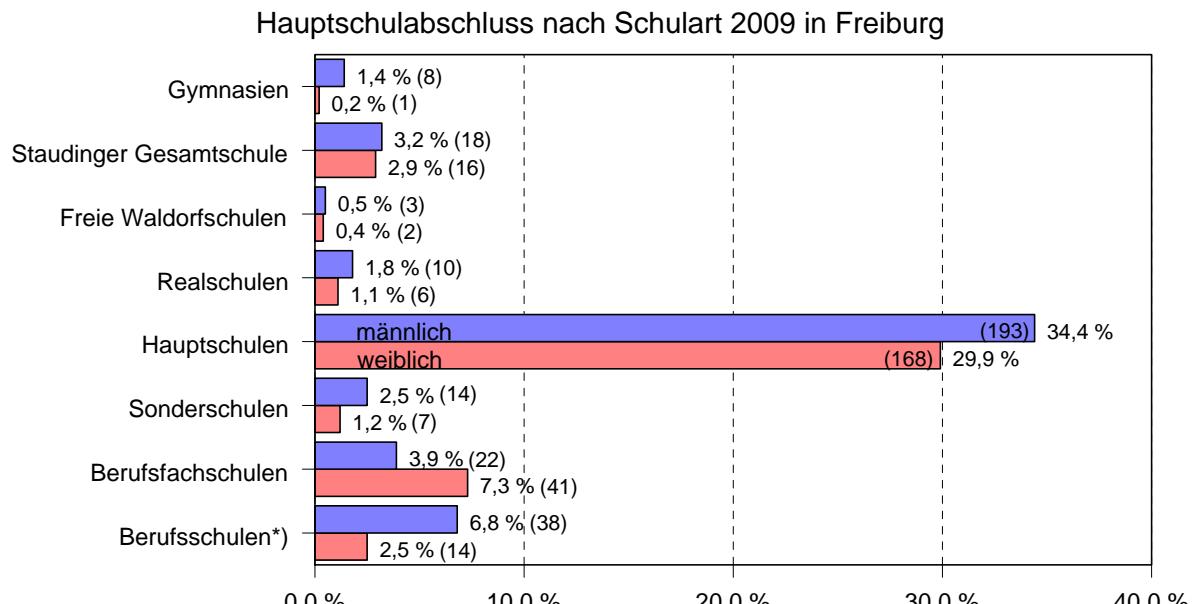
Abbildung 2.2



561 Jugendliche verließen eine allgemein- oder berufsbildende Schule mit Hauptschulabschluß. 54,5 % waren männlich (der bundesweite Durchschnitt liegt hier bei 57,6 %) und 45,5 % weiblich. Insgesamt erzielten 6,9 % der Jungen und 5,8 % der Mädchen einen Hauptschulabschluß. Außer an Berufsfachschulen schließen Schüler nicht nur an Hauptschulen, sondern auch an allen anderen Schularten diese öfters mit einem Hauptschulabschluß als Schülerinnen des gleichen Jahrgangs ab.

Ohne einen (Hauptschul-)Abschluß verließen im Schuljahr 2008/09 154 Schüler/innen die Schule, davon waren 83 männlich und 71 weiblich. Der männliche Anteil betrug 53,9 % (Bundesdurchschnitt: 63,1 %) der weibliche 46,1 %. Freiburg liegt, was die Bildungsabschlüsse der Jungen angeht, etwas besser als der Bundesdurchschnitt.

Abbildung 2.3

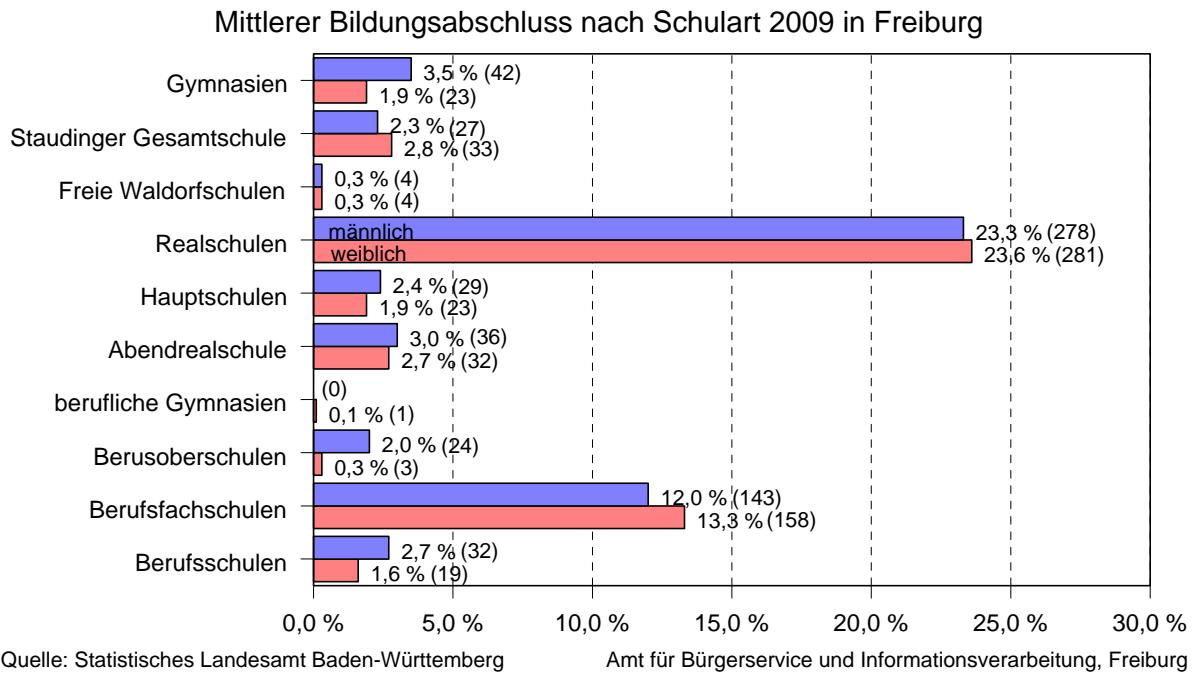


*) inkl. Hauptschulabschlüsse erworben durch ein abgeschlossenes Berufsvorbereitungsjahr

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

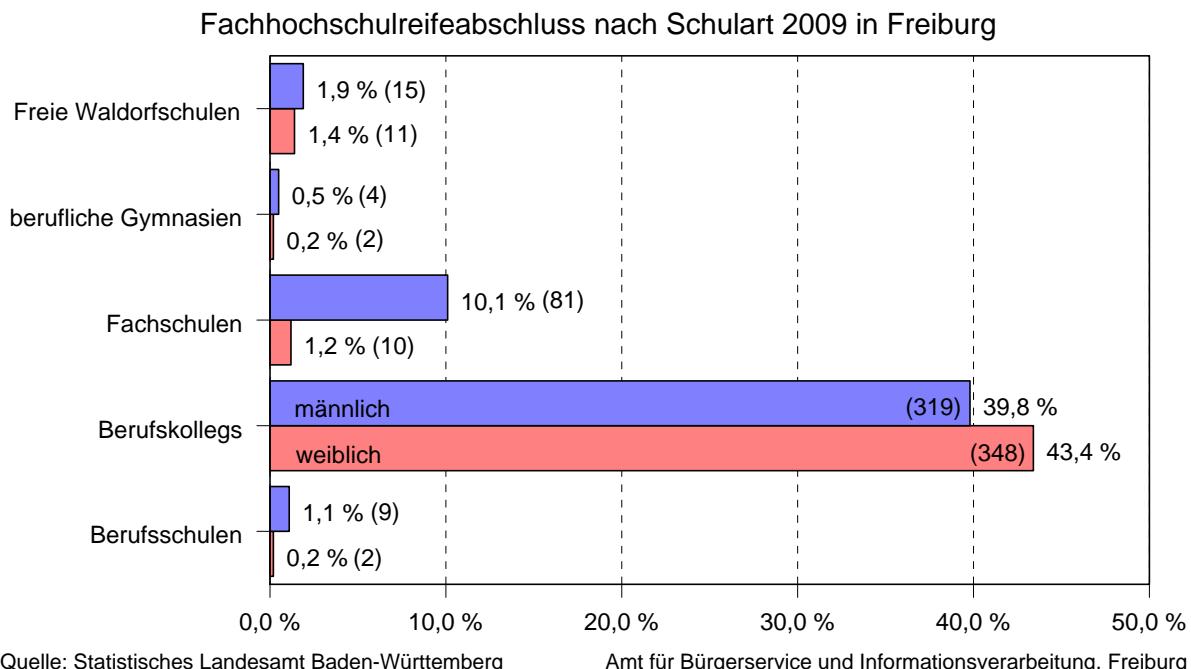
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 2.4



Anhand der Abb. 2.4 lässt sich erkennen, das etwas mehr Jungen als Mädchen öffentliche Gymnasien ohne Hochschulreife, aber mit mittlerem Bildungsabschluss verlassen und mehr Jungen als Mädchen an Berufsschulen einen mittleren Abschluss erlangen.

Abbildung 2.5

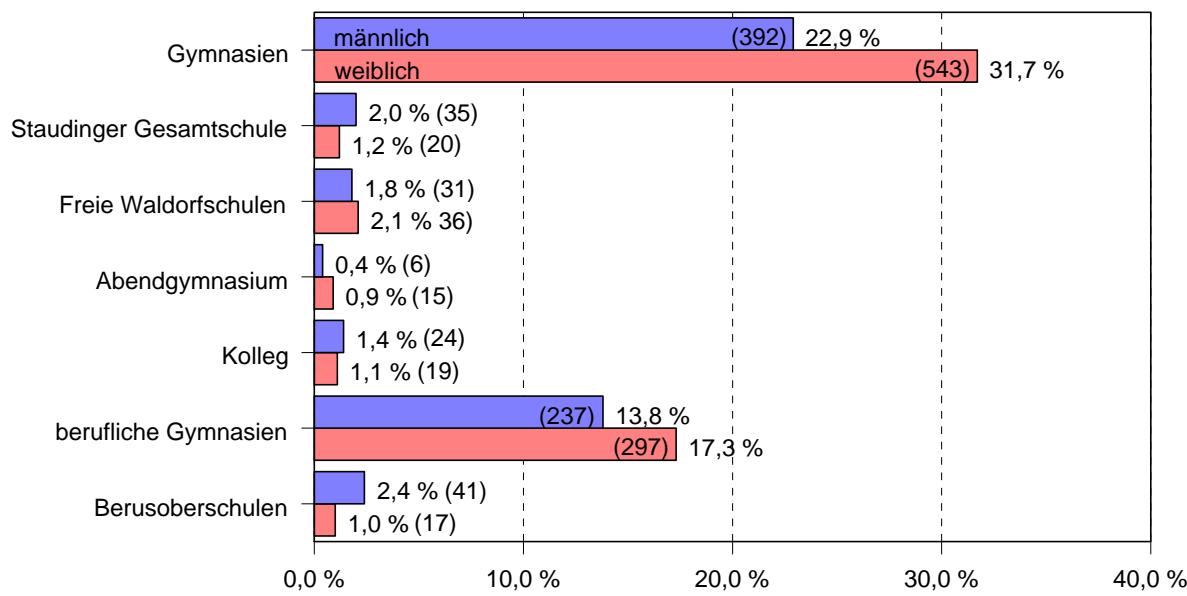


Im Schuljahr 2008/09 erwarben mehr Jungen als Mädchen die Fachhochschulreife, vor allem an Fachschulen, bspw. für Technik (65 männliche Absolventen und 1 weibliche Absolventin), während an den Berufskollegs die Mädchen vorne lagen.⁸

⁸ Für den Erwerb der Fachhochschulreife sind neben den entsprechenden schulischen Leistungen auch umfangreiche berufspraktische Leistungen nachzuweisen

Abbildung 2.6

Hochschulreifeabschluss nach Schulart 2009 in Freiburg



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Deutlicher als bei allen anderen Abschlussarten ist bei der Hochschulreife ein Unterschied zwischen Jungen und Mädchen erkennbar. Fast an allen Schularten gibt es mehr Absolventinnen als Absolventen. Nur an Berusoberschulen, an einem privaten Kolleg und an der Staudinger Gesamtschule erlangen etwas mehr Jungen als Mädchen die Hochschulreife.

Diskussion der Ergebnisse:

Mädchen erzielen im Schnitt höherwertige Abschlüsse als Jungen,⁹ dies trifft auch für Freiburg zu. Die Hochschulreife ist in Freiburg der am häufigsten erworbene Bildungsabschluss, bei Jungen wie bei Mädchen.¹⁰ Aus den Unterschieden zwischen den Geschlechtern kann jedoch nicht abgeleitet werden, dass Mädchen generell Bildungsgewinnerinnen und Jungen Bildungsverlierer sind. Wie der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der sich eingehend mit dem Thema Bildung befasst, deutlich macht, gibt es bei Mädchen wie bei Jungen Bildungsgewinner und –verlier/innen, allerdings in unterschiedlichen Phasen:

„So sind die Bildungsbiografien von männlichen Jugendlichen aus bildungsfernen Familien besonders häufig durch Schwierigkeiten bei schulischen Übergängen und beim Übergang in die Ausbildung gekennzeichnet. Sie haben häufiger keinen oder einen niedrigeren Schulabschluss als junge Frauen. Hinzu kamen in den letzten Jahren Nachteile beim Einstieg in den Beruf, da sich die Zahl der Ausbildungsplätze in den männlich dominierten gewerblich-technischen Berufen verringerte. Bei den jungen Frauen erreichen Hauptschulabsolventinnen seltener einen beruflichen Abschluss. Frauen sind zwar häufiger studienberechtigt als Männer, aber im Anschluss studieren sie seltener als studienberechtigte Männer. Dies alles gilt insbesondere für junge Frauen mit Migrationshintergrund.“¹¹

⁹Schwarz-Jung, Silvia, : Mädchen und Jungen im Spiegel der Schulstatistik, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2010, S. 17

¹⁰Stadt Freiburg (Hg.): Bildung in Freiburg 2010. 2. Bildungsbericht der Stadt Freiburg, Freiburg i. Brsg. 2010, S. 83

¹¹ Deutscher Bundestag Drucksache 17/6240 (16. 06. 2011 Unterrichtung durch die Bundesregierung): Erster Gleichstellungsbericht Neue Wege – Gleiche Chancen Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf, S.235

Zur Situation von Jungen:

Die niedrigeren Schulabschlüsse von Jungen und das häufigere Verlassen der Schule ohne Abschluss führt seit Jahren zu Diskussionen über das schlechte Abschneiden von Jungen in der Schule. Nicht selten wurden daraus generelle Benachteiligungen von Jungen in der Schule abgeleitet, einhergehend mit Vermutungen, dass hierfür die überwiegend weiblichen Lehrkräfte an den Schulen, die „Feminisierung der Schulen“, ursächlich seien. Ein Zusammenhang, der von der Schulforschung nicht belegt werden kann.¹²

Werden Ungleichheitsfaktoren wie Ethnizität, soziale Herkunft und Alterszugehörigkeit mit einander verschränkt, zeigt sich, dass die Unterschiede innerhalb der Gruppe der Jungen bzw. der Gruppe der Mädchen größer sind, als die Unterschiede zwischen „den“ Jungen und „den“ Mädchen.¹³ Es greift daher zu kurz „die“ Jungen mit „den“ Mädchen zu vergleichen. Auch der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung betont, dass die Unterschiede zwischen Jungen größer sind als die zwischen Jungen und Mädchen.¹⁴

Zwar besuchen Jungen öfter als Mädchen Sonderschulen oder Hauptschulen und verlassen die Schule ohne Abschluss, doch gilt dies nur für eine Teilgruppe der Jungen, insbesondere von Jungen aus bildungsfernen (Migranten-) Familien. Ein Grund für das Scheitern dieser Jungen in und an der Schule wird u.a. in stereotypen milieubezogenen Männlichkeitsvorstellungen gesehen, welche die schulische Leistungsbereitschaft als weiblich abwertet:

„Die Schwierigkeiten von Jungen in Schulen beruhen, wie die Genderforschung zeigt, vor allem auf vom Alter und von der sozialen Schicht abhängigen Inszenierungen einer bildungsfernen, mit Bildungsanstrengungen nicht verträglichen Männlichkeit“¹⁵

Das Bundesjugendkuratorium geht hier noch einen Schritt weiter und stellt fest:

„Die Relevanz der Gruppe für die Inszenierung einer bestimmten Form von Männlichkeit wird auch durch Beobachtungen gestützt, die zeigen, dass in männlich geprägten Subkulturen und Jugendszenen körperbetonte und riskante Verhaltensmuster dominieren. Erreichen riskante und deviante Verhaltensmuster die Aufmerksamkeit von Medien, können sie zu wirkmächtigen Faktoren bei der Inszenierung von Männlichkeit werden.“¹⁶

Von besonderer Bedeutung im Schulalltag ist demnach für Jungen das soziale Geschehen in der Klasse und der gleichgeschlechtlichen Peer-Group, in der die Orientierung an Männlichkeitsnormen eine große Rolle spielt. Oftmals ist dies verbunden mit Desinteresse für den Unterrichtsstoff und der Angst, als „Streber“ und damit als unmännlich zu gelten.¹⁷

Den Zusammenhang von schlechteren Bildungschancen mit sozialen, finanziellen und kulturellen Risikolagen stellt auch der 2. Freiburger Bildungsbericht fest und verdeutlicht, dass, was das Armutsrisiko angeht, in Freiburg jedes sechste Kind davon betroffen ist, jedes vierte Kind / Jugendliche unter 18 Jahren hat in Freiburg einen Migrationshintergrund, im Grundschulalter sind es sogar bereits 43,4 % der Kinder.

¹² Budde, Jürgen: Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/männlichen Jugendlichen, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), Bonn / Berlin 2008, S.48 ff

¹³ Bundesjugendkuratorium (BJK): Schlaue Mädchen – Dumme Jungen? Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs, 2009, www.bundesjugendkuratorium.de, S.10

¹⁴ Deutscher Bundestag Erster Gleichstellungsbericht, a.a.O., S.87ff

¹⁵ Ebenda, S.235

¹⁶ Bundesjugendkuratorium (BJK), a.a.O., S.22

¹⁷ Budde, Jürgen: a.a.O. , S.6 u. S.43

Auch in Freiburg wirkt sich dies selektiv auf die Schulwahl aus, wie der Bildungsbericht anhand einzelner Stadtteile verdeutlicht.¹⁸ Leider liegen hierzu jedoch keine geschlechterdifferenzierten Daten vor, was angesichts des hohen Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund in der Grundschule notwendig wäre.

Trotz dieser Problemlagen bleibt festzuhalten, dass ein nicht unerheblicher Teil der Jungen Bildungsabschlüsse später nachholt, im Alter von 22 haben nur noch 2,7 % der Jungen keinen Schulabschluss. Beim Übergang von der Schule in den Beruf holen junge Männer ebenfalls auf, sie ergreifen zumeist besser bezahlte Berufe mit höheren Karrierechancen, wobei sie sich, wie schon die jungen Frauen, von stereotypen Berufswahlen leiten lassen, was wiederum durch den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit Risiken verbunden ist.¹⁹

Zur Situation von Mädchen:

Mädchen haben zwar bessere Schulabschlüsse als Jungen, und die Abhängigkeit des Bildungsweges von der sozialen Herkunft ist bei ihnen geringer ausgeprägt als bei Jungen²⁰, doch gibt es auch in dieser Gruppe spezifische Problemlagen, die ebenfalls mit Geschlechterstereotypen einhergehen. Diese sind weniger an der Schule direkt verortet als vielmehr im Übergangssystem von Schule zu Beruf bzw. zum Studium.

Auch hier sollte die besondere Aufmerksamkeit der Gruppe von jungen Frauen mit Migrationshintergrund gelten. Während sich die Ausbildungsabschlüsse von jungen Frauen und Männern ohne Migrationshintergrund kaum unterscheiden, bleiben Hauptschulabsolventinnen mit Migrationshintergrund doppelt so häufig ohne beruflichen Abschluss wie ihre männlichen Kollegen. Ähnliches gilt für die Gruppe der Abituriendinnen, sie sind zwar häufiger studienberechtigt, nehmen dies aber seltener als Männer wahr, was für die Gruppe türkischer Abituriendinnen sogar in noch stärkerem Maße gilt. Auch verzichten Frauen häufiger als Männer nach dem ersten qualifizierenden Bachelor-Abschluss darauf, einen Masterstudiengang aufzunehmen.²¹ Weitere Nachteile ergeben sich für junge Frauen durch frühe Mutterschaft während der Ausbildung, was die Abschluss- und Berufseinstiegschancen stark reduziert. Ein weiterer Problembeispiel sind stereotype Berufswahlen in Bereichen mit wenig Entwicklungspotential und geringen Verdienstchancen. Die Gruppe der Mädchen und jungen Frauen muss daher differenziert betrachtet werden:

„Im Übergang zwischen Schule und Ausbildung bzw. Studium, sowie in die Erwerbstätigkeit besteht ein komplexes Geflecht vergeschlechtlichter Unterschiede. Generell kann festgestellt werden, dass die höheren schulischen Bildungserfolge von Frauen im Vergleich zu Männern in der Berufsausbildung, Studium und im Erwerbsleben nicht fortgesetzt werden, dass also das vermeintliche Potenzial, das durch ihre höheren Schulabschlüsse entsteht, nicht ausgeschöpft wird. Während Männer häufiger als Frauen im Übergangssystem zu finden sind und im Anschluss an eine Berufsausbildung stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind Frauen insgesamt seltener als Männer erwerbstätig, verdienen während der Ausbildung und im Anschluss daran weniger Geld und arbeiten unter schlechteren Bedingungen. Junge Männer scheinen entgegen den Erwartungen stärker als junge Frauen von den

¹⁸ 2. Bildungsbericht der Stadt Freiburg im Breisgau, a.a.O., S. 37ff, S.65, S.71 ff

¹⁹ Budde, a.a.O. S.11, S.33

²⁰ Rieske, Thomas Viola: Bildung von Geschlecht. Zur Diskussion um Jungenbenachteiligung und Feminisierung in deutschen Bildungsinstitutionen, in: Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft (Hg.), Frankfurt 2011, S. 23.

²¹ Erster Gleichstellungsbericht, a.a.O., S.88 f

*Neuordnungen und Modernisierungen in der dualen Ausbildung und dem Bedeutungszuwachs im Dienstleistungssektor profitiert zu haben.*²²

Empfehlungen²³:

- Aufbau einer differenzierten Datengrundlage über die Schüler/innen an Freiburger Schulen nach Geschlecht verschränkt mit sozialer Lage und Migrationshintergrund.
- Aufbau einer differenzierten Datengrundlage (s.o.) zum Übergangssystem mit Angaben zum Verbleib der Jugendlichen in beruflichen Vollzeitschulen und dem dualen Ausbildungssystem.
- Verankerung von Gender-Kompetenz für die kommunal gesteuerte Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften in Schule sowie in Berufs- und Ausbildungsberatung.
- Möglichst umfassende und frühzeitige gendergerechte Angebote für Jungen, die es ihnen erlauben, schulische Anforderungen als kompatibel mit männlichen Geschlechternormen zu sehen, dabei sollte dem Aufbrechen stereotyper Männlichkeitsnormen bei Jungen (insb. mit Migrationshintergrund) besondere Aufmerksamkeit gelten.
- Frühzeitige und umfassende gendergerechte Berufsorientierungsangebote für Mädchen und Jungen, insbesondere für Mädchen mit Migrationshintergrund (Aufbrechen stereotyper Berufsbilder). Herausstellen der Bedeutung eines Berufs für die künftige Lebensplanung, Aufklärung über die Folgen früher Mutterschaft für den Berufseinstieg.

²²Rieske, a.a.O., S. 45

²³ s. hierzu auch Budde, a.a.O. S.7, S.55 und Deutscher Bundestag Drucksache 17/6240 17, a.a.O., S. 101f

3 Erwerbsleben

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Umsetzung von Chancengleichheit. Teilhabe am Erwerbsleben und ein auskömmliches Einkommen ermöglichen Frauen wie Männern Wahlfreiheit in der Lebensgestaltung und Absicherung vor (Alters-) Armut.

Im „Fahrplan für Chancengleichheit 2006 bis 2010“ der Europäischen Union ist gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer daher eine zentrale Forderung, insbesondere was die Erhöhung der Beschäftigungsquote von Frauen, die Nivellierung der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern und den Schutz vor Verarmung im Alter angeht. In der „Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015“ werden diese Ziele noch um das Ziel „Gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit“ ergänzt. Als wichtiger Bestandteil zur Umsetzung dieser Ziele wird im Fahrplan wie in der Strategie für Chancengleichheit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf benannt. Dies bedeutet auch, dass Väter in größerem Umfang als bisher Elternurlaub in Anspruch nehmen.

Angesichts des Demografischen Wandels und dem damit verbundenen Mangel an Fachkräften ist, gesamtgesellschaftlich gesehen, die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben von Männer und Frauen nicht nur aus Gründen der Gleichstellung, sondern auch wirtschaftlich geboten.

Die folgenden 13 Indikatoren (Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit mit acht Indikatoren, Elternzeit mit zwei und Kinderbetreuung mit drei Indikatoren) bilden die unterschiedlichen Aspekte der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männer ab, sie zeigen den Stand der derzeitigen Erwerbsbeteiligung an und geben Auskunft über die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Inanspruchnahme von Elternurlaub durch Väter und Mütter. Diversitätsbedingte Unterschiede, die über das bereits im Sozialbericht¹ dargestellte hinausgehen, konnten nicht ermittelt werden, daher wird an den entsprechenden Stellen auf den Sozialbericht verwiesen.

Die Diskussion der Ergebnisse erfolgt jeweils getrennt zu den Themen Erwerbsarbeit, Elterngeld und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

¹ Stadt Freiburg (Hg.): Beiträge zur Statistik: Sozialbericht, Datenreport, Freiburg 2011
Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Geschäftsstelle Gender Mainstreaming, Stadt Freiburg

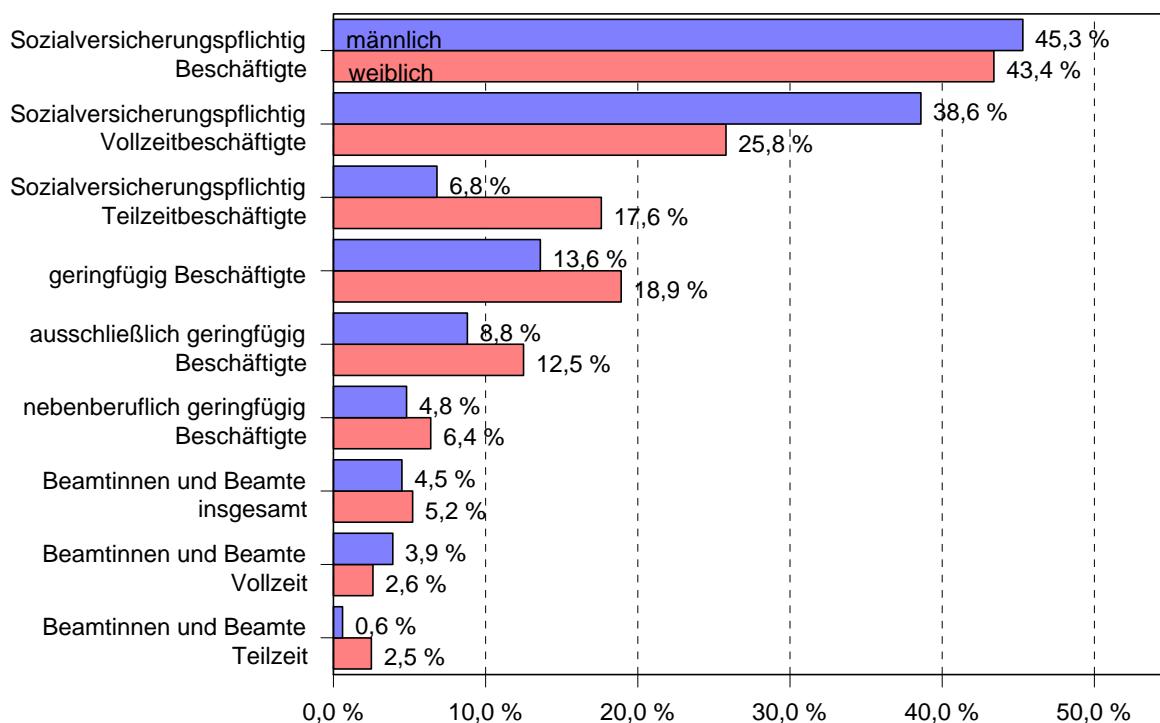
Überblick der Beschäftigungsverhältnisse

Zur besseren Übersicht werden zunächst die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse der Wohnbevölkerung² abgebildet. Existenzgründungen und Selbstständige am Wohnort wurden nicht in die Übersicht mit aufgenommen, da bei ersteren die Aussagekraft des Indikators begrenzt ist, da ein Gewerbe nicht in allen Fällen, in denen eine Neugründung angezeigt wird, auch tatsächlich aufgenommen wird und zudem Gründerinnen und Gründer in den Bereichen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen, unberücksichtigt bleiben.

Daten über Selbstständige am Wohnort gibt es für die Kreise und somit auch für Freiburg nicht. Es gibt zwar Kreisdaten über Erwerbstätige am Arbeitsort, darunter auch Selbstständige und diese nach Geschlecht differenziert, daraus können aber aufgrund der Einpendler, die nicht herausgerechnet werden können, keine Daten über den Wohnort abgeleitet werden. Außerdem gibt es hierzu Mikrozensusdaten, diese aber nicht für die Kreise, sondern nur für wesentlich größere Regionen. Beide Indikatoren werden daher hier nicht aufgeführt.

Abbildung 3.1

Beschäftigungsverhältnisse am Wohnort bezogen auf die Wohnbevölkerung
15 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht am 30.6.2009 in Freiburg



Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Statistischen Landesamt Baden-Württemberg,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Die Übersicht zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Freiburger Bevölkerung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht. Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind, wenn man den Umfang der Beschäftigung ausklammert, nur gering und fallen sogar zugunsten der Frauen aus. 63,4 % der Männer und 67,5 % der Frauen gehen einer Beschäftigung nach.

² Statistische Ämter des Bundes und der Länder (<http://aketr.de/index.php/erlaeuterungen.html>) : [...] Hier werden alle Personen erfasst, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohn- und Arbeitsort haben, zusätzlich aber auch diejenigen Personen, die zwar in diesem Gebiet wohnen, aber als Auspendler ihren Arbeitsort in anderen Regionen haben.

Fokussiert man jedoch auf die Vollzeiterwerbstätigkeit so ändert sich das Bild: 42,5 % der Männer und 28,4 % der Frauen gehen einer Vollzeitbeschäftigung als Arbeitnehmer/in bzw. im Beamtenverhältnis nach.

Laut Bürgerumfrage 2010 der Stadt Freiburg sind 20,6 % der Männer und 14,2 % der Frauen selbstständig erwerbstätig. Allerdings gibt es auch hier keine Aussagen darüber, wie viele Stunden täglich von Frauen und Männern hierfür aufgewendet werden.

Im folgenden werden die einzelnen Beschäftigungsarten gesondert betrachtet.

3.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte (Beschäftigtenquote)

Beschreibung des Indikators:

Definition: Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen und Männer an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg.

Methodische Hinweise: Die Beschäftigtenstatistik umfasst Arbeitnehmer/innen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die kranken- oder rentenversicherungspflichtig oder versicherungspflichtig nach dem Dritten Sozialgesetzbuch (SGB III) sind. Geringfügig entlohnte Berufstätige („Minijobs“), Beamten/Beamte, Selbständige und unbezahlt mithelfende Familienangehörige werden nicht erfasst.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Stand 31.12.2009.

Der Indikator³ zeigt quantitative Unterschiede bei der Partizipation von Frauen im Bereich sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse auf. Er gibt Hinweise auf:

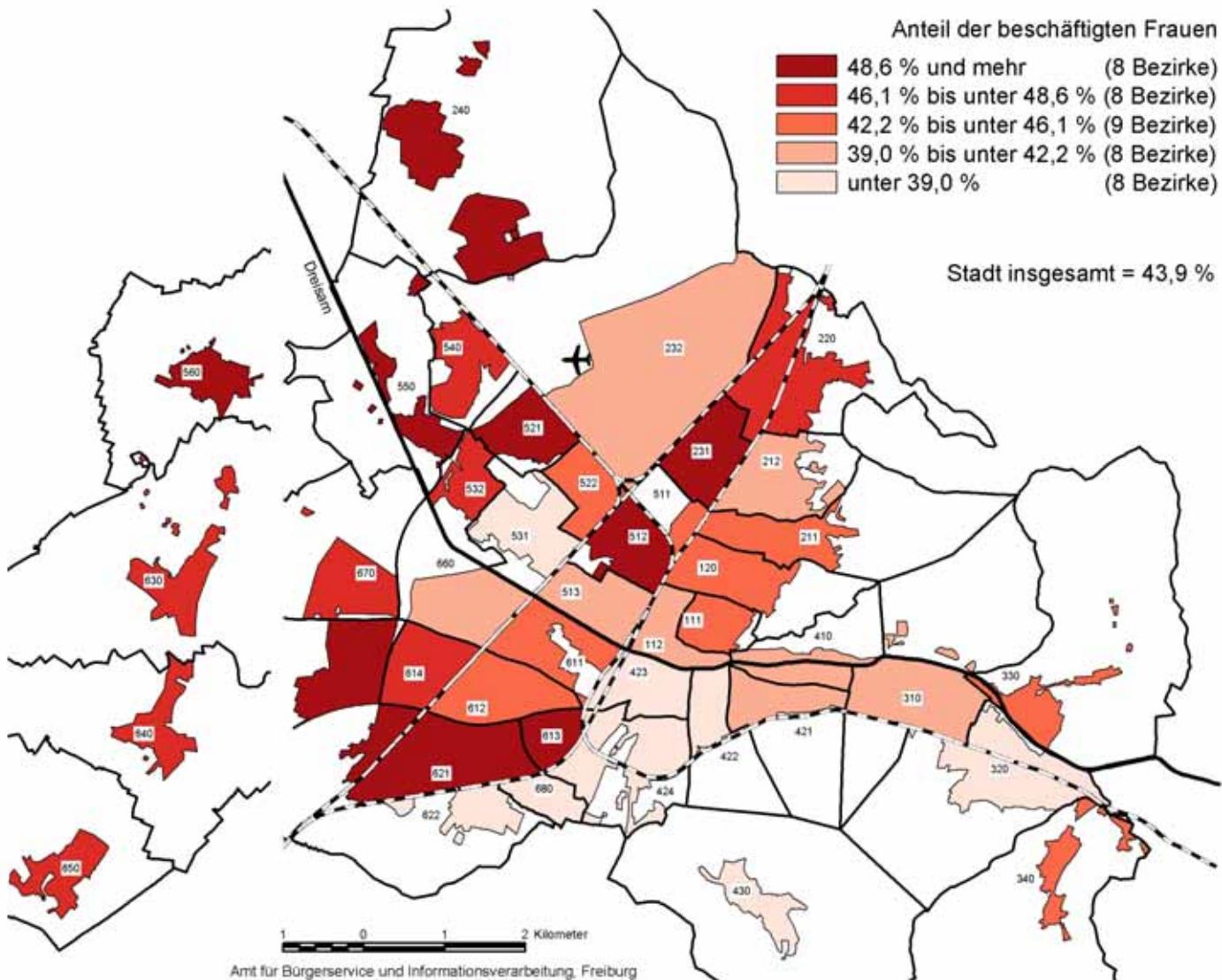
- *Unterschiede hinsichtlich des Umfangs der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern;*
- *die gesellschaftliche Situation bzw. Veränderung in der traditionellen geschlechterbezogenen Arbeitsteilung.*

Am 31.12.2009 waren in Freiburg über 60.000 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gemessen an der Wohnbevölkerung waren davon 43,9 % Frauen und 45,6 % Männer. Der Beschäftigung in den einzelnen Stadtteilen stellt sich unterschiedlich dar. So ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer in Landwasser (57,2 %) am höchsten und in der Mittelwiehre (34,4 %) am niedrigsten. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen ist im Vauban (33,7 %) am niedrigsten und in Hochdorf am höchsten (51,5 %).

³ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 44

Abbildung 3.2

Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an der weiblichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



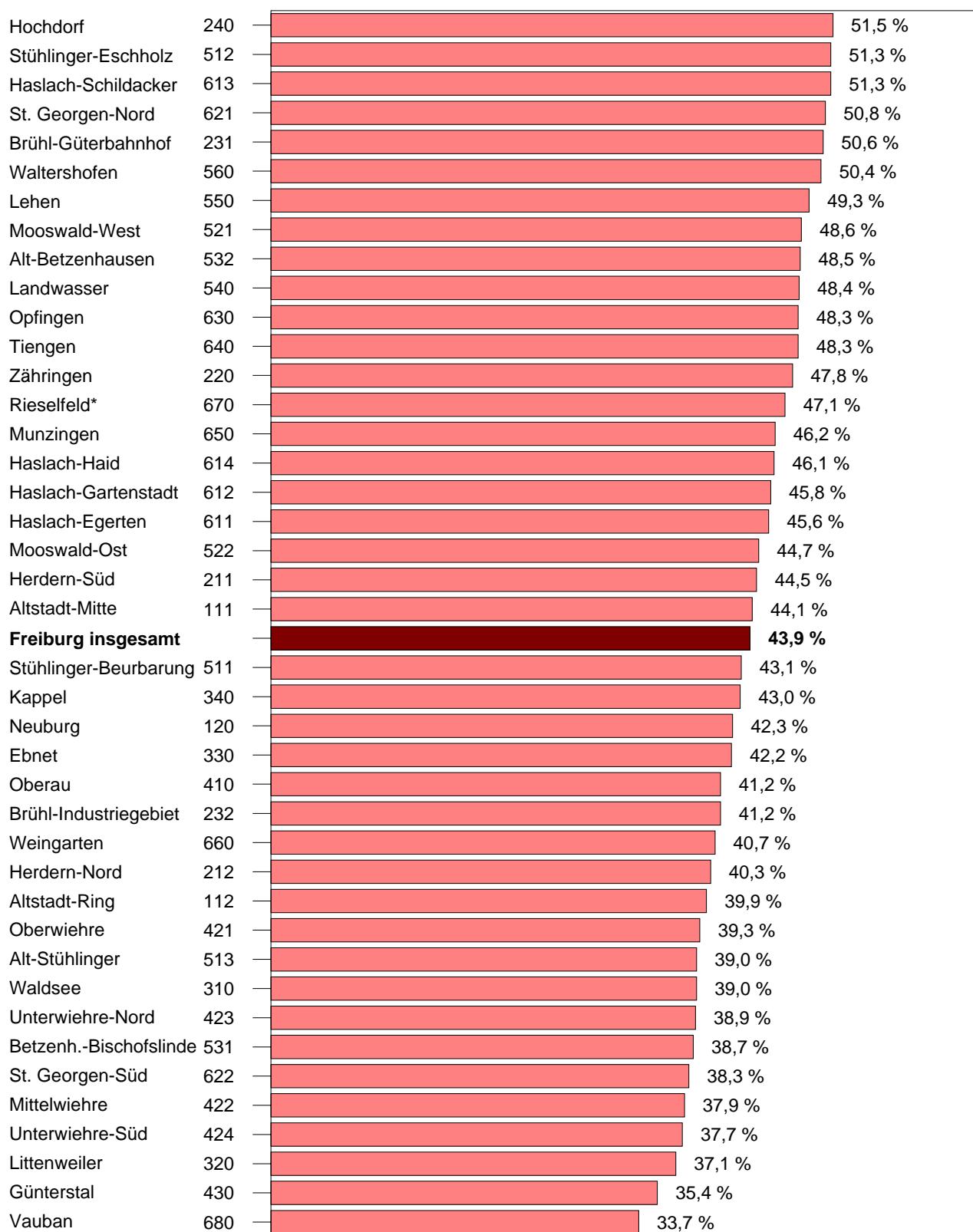
Namen der Stadtbezirke:

111	Altstadt-Mitte	421	Oberwiehre	560	Waltershoven
112	Altstadt-Ring	422	Mittelwiehre	611	Haslach-Egerten
120	Neuburg	423	Unterwiehre-Nord	612	Haslach-Gartenstadt
211	Herdern-Süd	424	Unterwiehre-Süd	613	Haslach-Schildacker
212	Herdern-Nord	430	Günterstal	614	Haslach-Haid
220	Zähringen	511	Stühlinger-Beurbarung	621	St. Georgen-Nord
231	Brühl-Güterbahnhof	512	Stühlinger-Eschholz	622	St. Georgen-Süd
232	Brühl-Industriegebiet	513	Alt-Stühlinger	630	Opfingen
240	Hochdorf	521	Mooswald-West	640	Tiengen
310	Waldsee	522	Mooswald-Ost	650	Munzingen
320	Littenweiler	531	Betzenhausen-Bischofslinde	660	Weingarten
330	Ebnet	532	Alt-Betzenhausen	670	Rieselfeld
340	Kappel	540	Landwasser	680	Vauban
410	Oberau	550	Lehen		

Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Abbildung 3.3

Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an der weiblichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



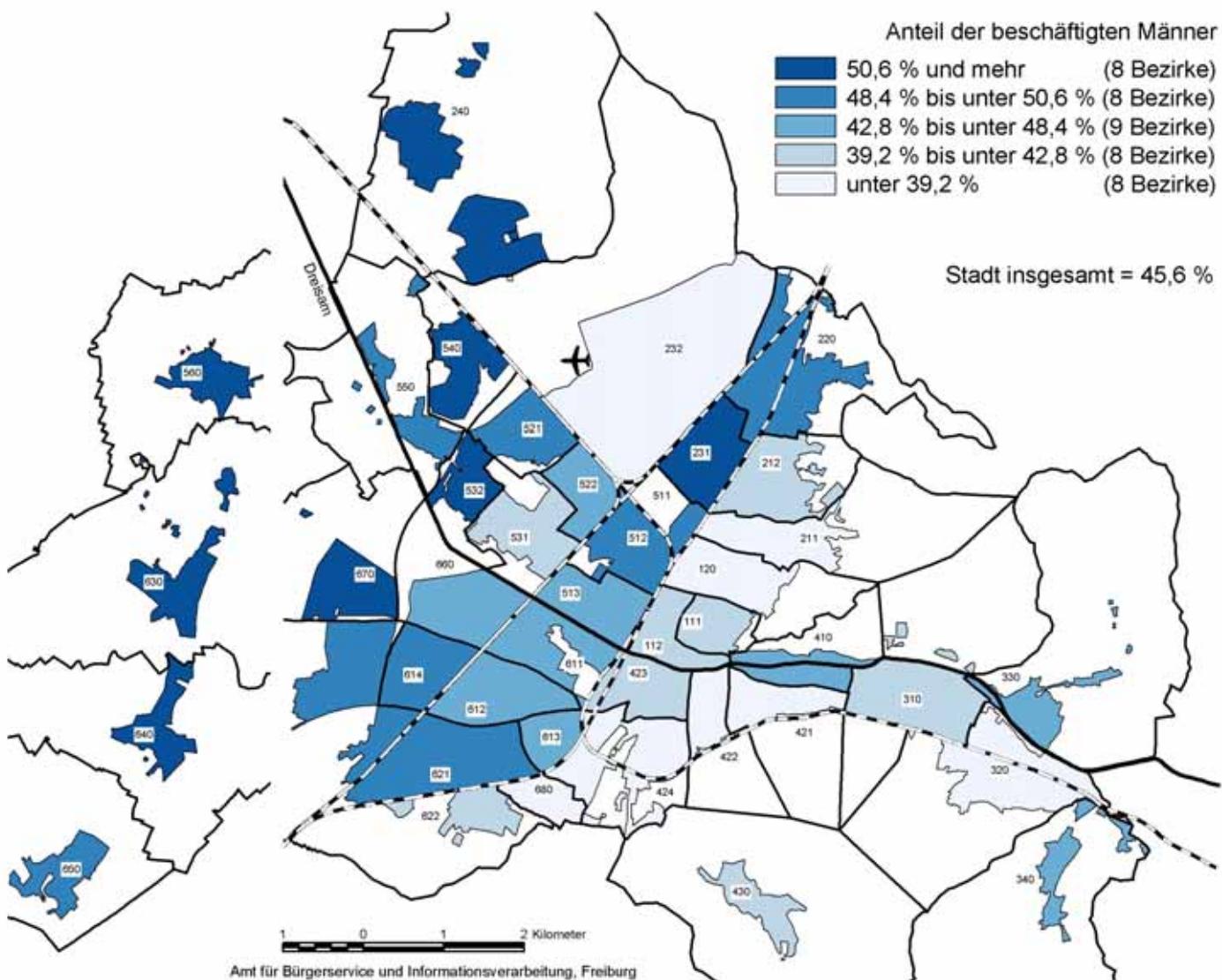
*Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 3.4

Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer an der männlichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

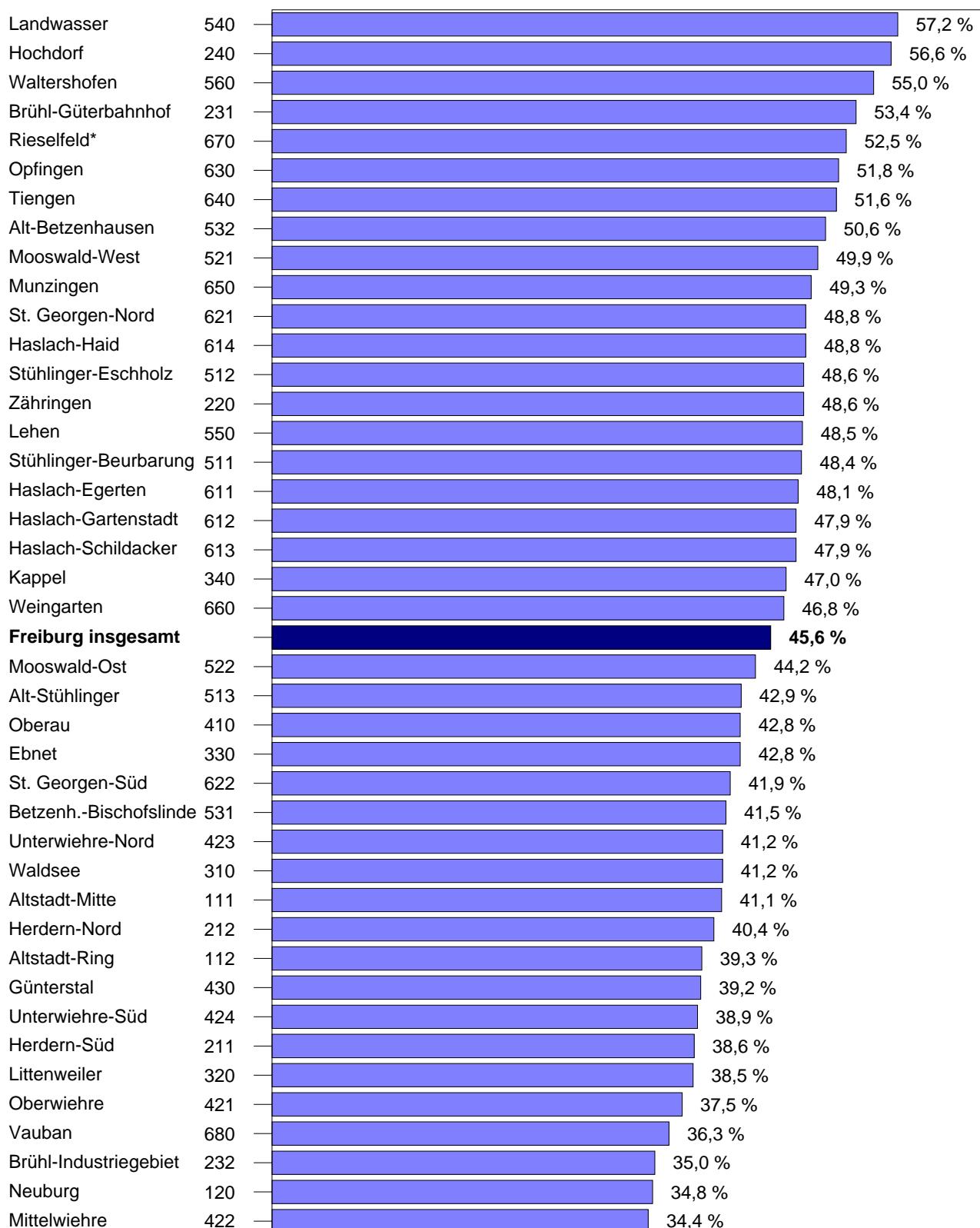
111	Altstadt-Mitte	421	Oberwiehre
112	Altstadt-Ring	422	Mittelwiehre
120	Neuburg	423	Unterwiehre-Nord
211	Herdern-Süd	424	Unterwiehre-Süd
212	Herdern-Nord	430	Günterstal
220	Zähringen	511	Stühlinger-Beurbarung
231	Brühl-Güterbahnhof	512	Stühlinger-Eschholz
232	Brühl-Industriegebiet	513	Alt-Stühlinger
240	Hochdorf	521	Mooswald-West
310	Waldsee	522	Mooswald-Ost
320	Littenweiler	531	Betzenhausen-Bischofslinde
330	Ebnet	532	Alt-Betzenhausen
340	Kappel	540	Landwasser
410	Oberau	550	Lehen

560	Waltershofen
611	Haslach-Egerten
612	Haslach-Gartenstadt
613	Haslach-Schildacker
614	Haslach-Haid
621	St. Georgen-Nord
622	St. Georgen-Süd
630	Opfingen
640	Tiengen
650	Munzingen
660	Weingarten
670	Rieselfeld
680	Vauban

Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Abbildung 3.5

Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer an der männlichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



*Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

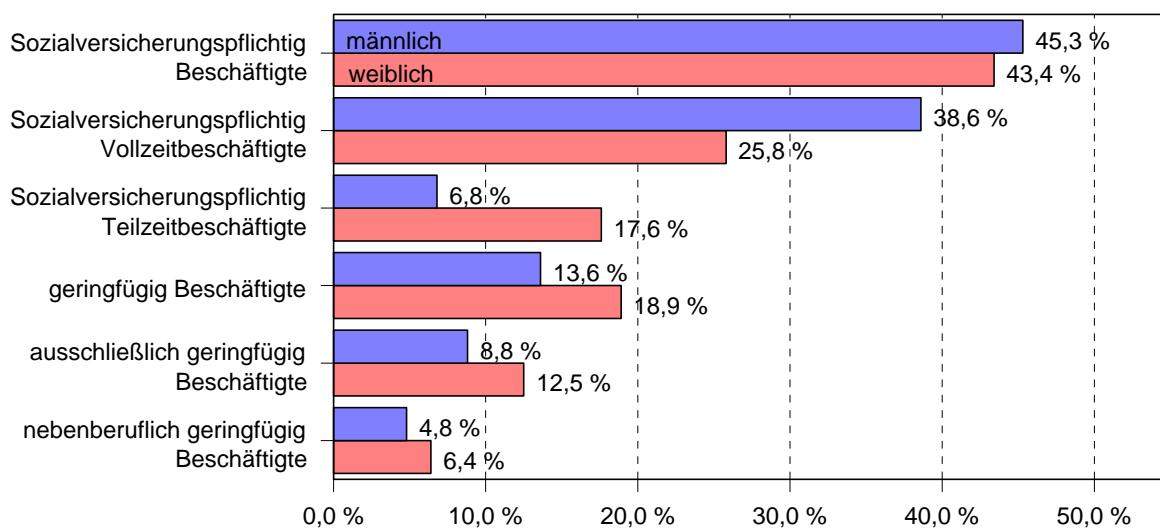
Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Die folgenden Abbildungen zeigen im Überblick den Umfang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (Vollzeit, Teilzeit) sowie im Vergleich dazu den Anteil geringfügiger Beschäftigung in Freiburg, sowohl für das Jahr 2009, als auch in einer Zeitreihe von 2000 bis 2009.⁴

Abbildung 3.6

Beschäftigungsverhältnisse am Wohnort bezogen auf die Wohnbevölkerung
15 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht am 30.6.2009 in Freiburg

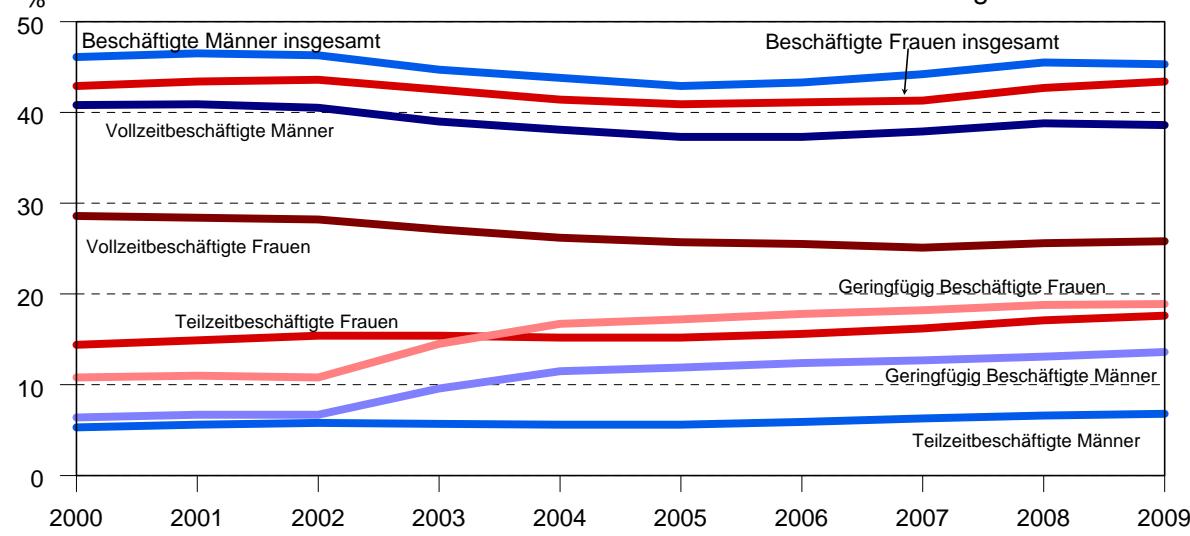


Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 3.7

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort bezogen auf die Wohnbevölkerung
15 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht seit 2000 in Freiburg



Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

⁴Die Daten in den Abbildungen unterscheiden sich leicht, da sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben worden sind, die differenzierten Daten in Abb. 3.6 zum 30.06.2009, der Zeitverlauf in Abb. 3.7 zum 31.12.2009.

3.1.1 Vollzeitbeschäftigte

Beschreibung des Indikators:

Definition: 1. Prozentualer Anteil der in Vollzeit beschäftigten Frauen bzw. Männer an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen bzw. Männern (Vollzeitquoten). 2. Anteil von Frauen und Männern an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

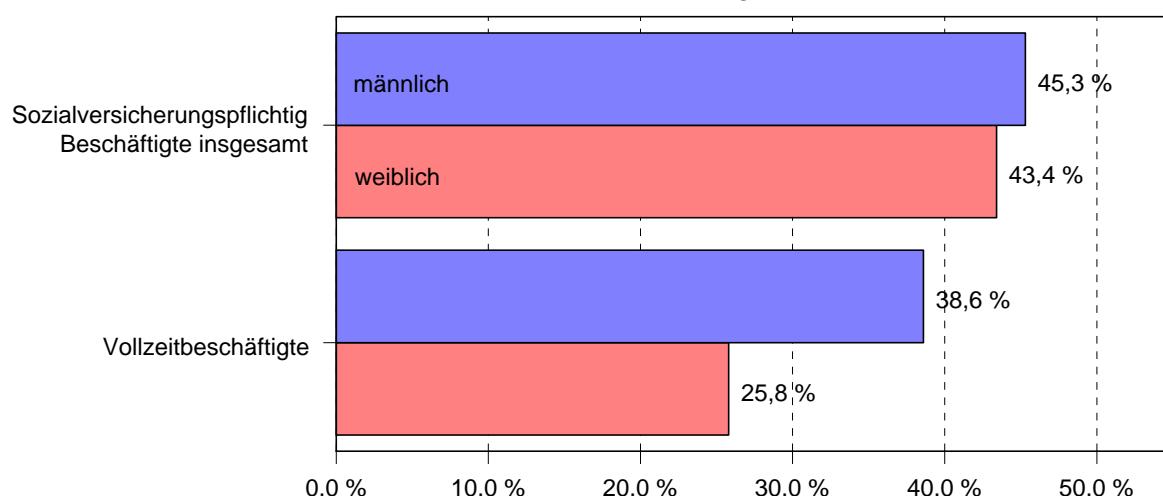
Methodische Hinweise: Erfasst werden weibliche und männliche Vollzeitbeschäftigte an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt sowie der Anteil der vollzeitbeschäftigte Männer und Frauen an den Vollbeschäftigte insgesamt.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Stand 30.06.2009.

- *Der Indikator gibt Hinweise auf geschlechterbezogene Unterschiede bei Vollzeitbeschäftigte.*

Abbildung 3.8

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und Vollzeitbeschäftigte am Wohnort
bezogen auf die Wohnbevölkerung 15 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht
am 30.6.2009 in Freiburg

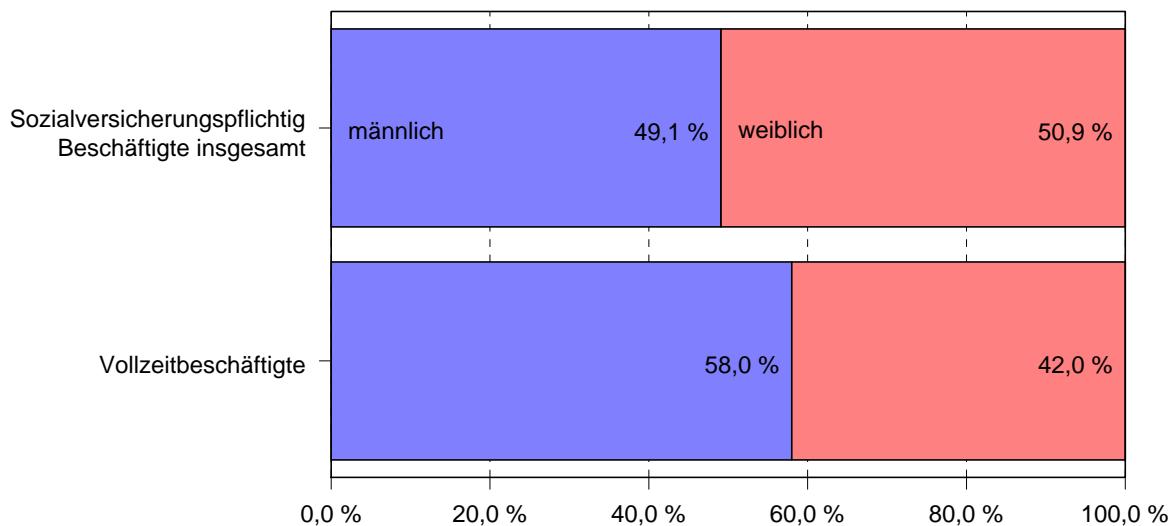


Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 3.9

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und Vollzeitbeschäftigte am Wohnort nach Geschlecht am 30.6.2009 in Freiburg



Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

3.1.2 Teilzeitbeschäftigte

Beschreibung des Indikators:

Definition: 1. Prozentualer Anteil der in Teilzeit beschäftigten Frauen bzw. Männer an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen bzw. Männern (Teilzeitquoten). 2. Anteil von Frauen und Männern an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Methodische Hinweise: Erfasst werden weibliche und männliche Teilzeitbeschäftigte an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt sowie der Anteil der teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen an den Teilzeitbeschäftigte insgesamt.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Stand 30.06.2009.

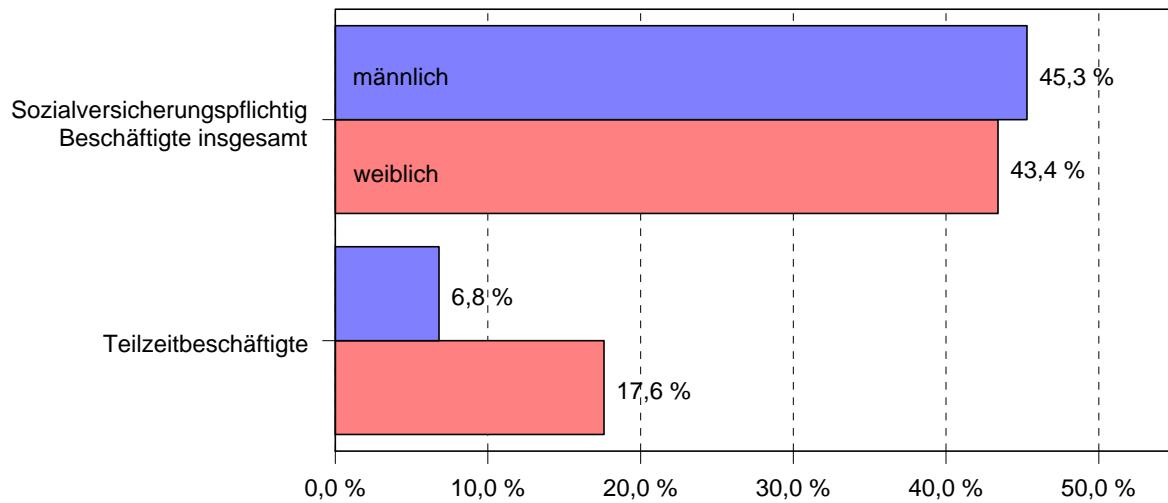
Der Indikator⁵ zeigt die erheblichen geschlechterbezogenen Unterschiede im Bereich der Beschäftigung in Teilzeit auf. Er gibt Hinweise auf:

- Teilzeitarbeit als frauentypische Beschäftigungsform (modifiziertes Ernährermodell mit Hinzuverdienst der Frau);
- die überwiegende innerfamiliäre Verantwortung der Frauen für Kinder und/oder pflegebedürftige Familienangehörige;
- ungünstigere berufliche Entwicklungs- und Karrierechancen für Frauen, die auch mit der Beschäftigungsform Teilzeit zusammenhängen können.

⁵ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 46

Abbildung 3.10

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und Teilzeitbeschäftigte am Wohnort bezogen auf die Wohnbevölkerung 15 bis unter 65 Jahren nach Geschlecht am 30.6.2009 in Freiburg

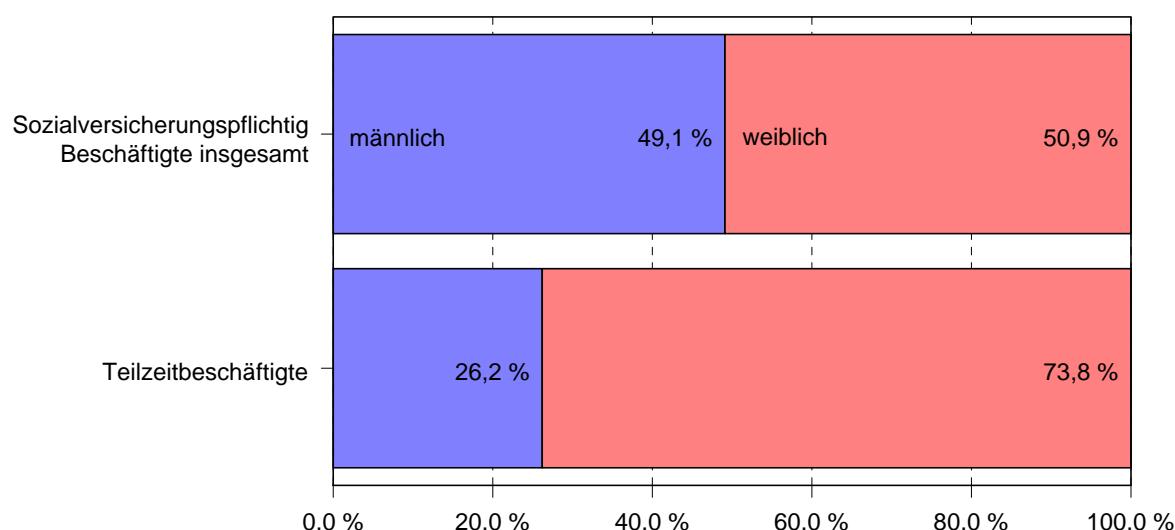


Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 3.11

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt und Teilzeitbeschäftigte am Wohnort nach Geschlecht am 30.6.2009 in Freiburg



Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Der Frauenanteil der Teilzeitbeschäftigten an der weiblichen Wohnbevölkerung betrug 2009 in Freiburg 17,6 %, der Männeranteil 6,8 %. Abbildung 3.11 zeigt, dass nahezu drei Viertel aller Teilzeitbeschäftigten Frauen sind.

3.2 Beamtinnen und Beamte

Beschreibung des Indikators:

Definition: 1. Prozentualer Anteil der Voll- und Teilzeit beschäftigten Beamtinnen und Beamten in Freiburg an der Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. 2. Anteil von Frauen und Männern an den Voll- und Teilzeit beschäftigten Beamtinnen und Beamten in Freiburg.

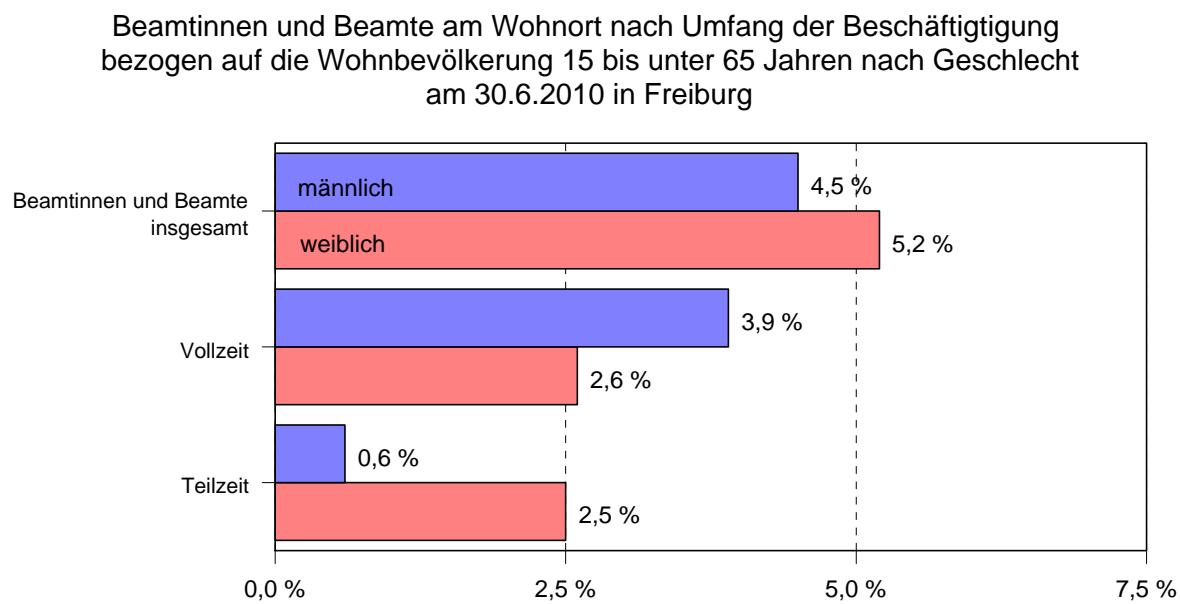
Methodische Hinweise: Erfasst werden weibliche und männliche Beamtinnen und Beamte insgesamt am Wohnort nach Umfang der Beschäftigung bezogen auf die Wohnbevölkerung sowie in Abb. 3.13 im Vergleich die in der Stadtverwaltung Freiburg beschäftigten Beamtinnen und Beamte nach Umfang der Beschäftigung.

Datenquelle: Statistisches Landesamt BW, Personalstandsstatistik, Auswertung des Einwohnermelderegisters; Stand 30.06.2010.

Der Indikator gibt Hinweise auf:

- geschlechterbezogene Unterschiede im Umfang der Beschäftigung bei den Beamtinnen und Beamten;
- geschlechterbezogene Unterschiede im Umfang der Beschäftigung bei den Beamtinnen und Beamten insgesamt und den bei der Stadtverwaltung Freiburg beschäftigten Beamtinnen und Beamten.

Abbildung 3.12

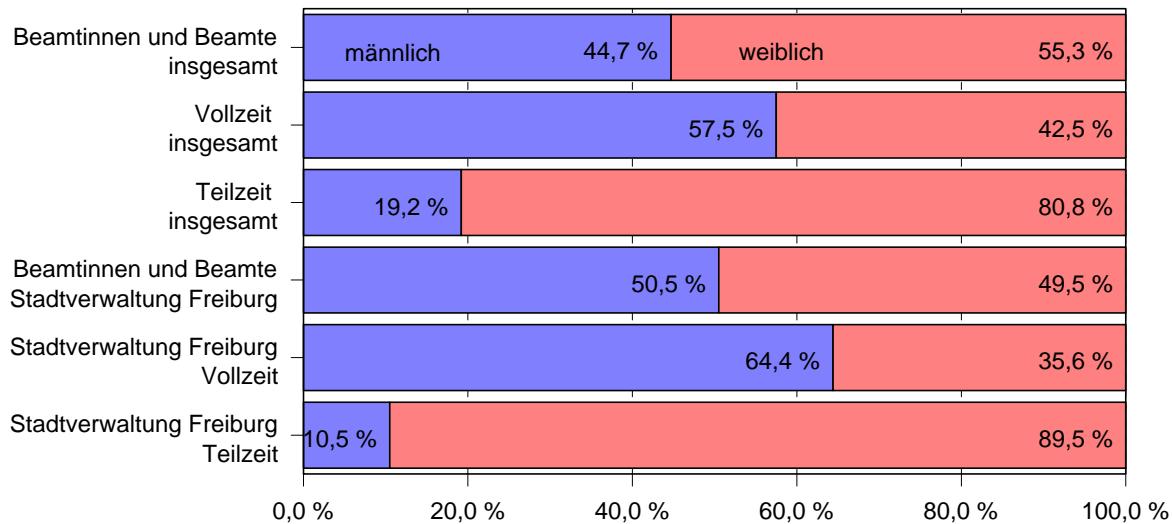


Quelle: Statistisches Landesamt BW, Personalstandstatistik,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 3.13

Beamtinnen und Beamte am Wohnort nach Geschlecht am 30.6.2010 in Freiburg



Quelle: Statistisches Landesamt BW, Personalstandstatistik,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Auffallend ist, dass mehr Freiburger Frauen als Männer in einem Beamtenverhältnis stehen. Allerdings ist auch hier, wie schon bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Teilzeitquote der Frauen erheblich höher als die der Männer. Während die Vollzeitquote zwischen den Geschlechtern bei beiden Beschäftigungsarten nahezu gleich hoch liegt (vgl. S. 30), geht, wenn man die Verteilung der Teilzeitarbeit zwischen Männern und Frauen analysiert, diese bei den Beamten noch stärker zu Lasten der Frauen als bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (80,8 % zu 73,8 %). Am höchsten ist die Teilzeitquote bei der Stadtverwaltung Freiburg, wo nahezu 90 % der Teilzeitarbeitenden Frauen sind.

3.3 Geringfügig entlohnte Beschäftigung

Beschreibung des Indikators:

Definition: 1. Prozentualer Anteil der geringfügig entlohnt beschäftigten Frauen und Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung in Freiburg. 2. Anteil von Frauen und Männern an allen geringfügig beschäftigten Frauen bzw. Männern im Vergleich zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Methodische Hinweise: Bis 2003 wurden als geringfügig Beschäftigte nur die Personen erfasst, die ausschließlich geringfügig beschäftigt waren. Übte eine Person mehrere geringfügige Beschäftigungen mit einem Verdienst von über 325 Euro aus, so galten diese als eine sozialversicherungspflichtige Stelle. Seit 2003 gilt, dass eine geringfügige Beschäftigung, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Stelle ausgeübt wird, in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleibt. Insofern ist die Differenzierung in „ausschließlich“ und „nebenberuflich“ erst seit April 2003 möglich.

Definition: „Unter Mini-Jobs versteht man Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich, aus denen ein monatlicher Arbeitsverdienst in Höhe von derzeit maximal 800 Euro erzielt wird. Bei den Mini-Jobs wird unterschieden zwischen geringfügig entlohten Beschäftigungen (400-Euro-Jobs), Mini-Jobs in Privathaushalten, kurzzeitigen Beschäftigungen (Aushilfsjobs) und Beschäftigungen mit Entgelten innerhalb der Gleitzone (derzeit zwischen 400,01 Euro und 800 Euro). [...] Zum 1. April 2003 ist die Einkommensgrenze bei den unteren Mini-Jobs von 325 auf 400 Euro erhöht worden. Auch die wöchentliche Arbeitszeit ist seit diesem Termin nicht mehr entscheidend. In diesem Verdienstbereich fallen für Arbeitnehmer keine Steuern oder Sozialabgaben an (Brutto für Netto). Für den Arbeitnehmer bleibt eine derartige Tätigkeit auch als Nebenbeschäftigung steuer- und sozialversicherungsfrei.“⁶

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Stand 30.06.2009.

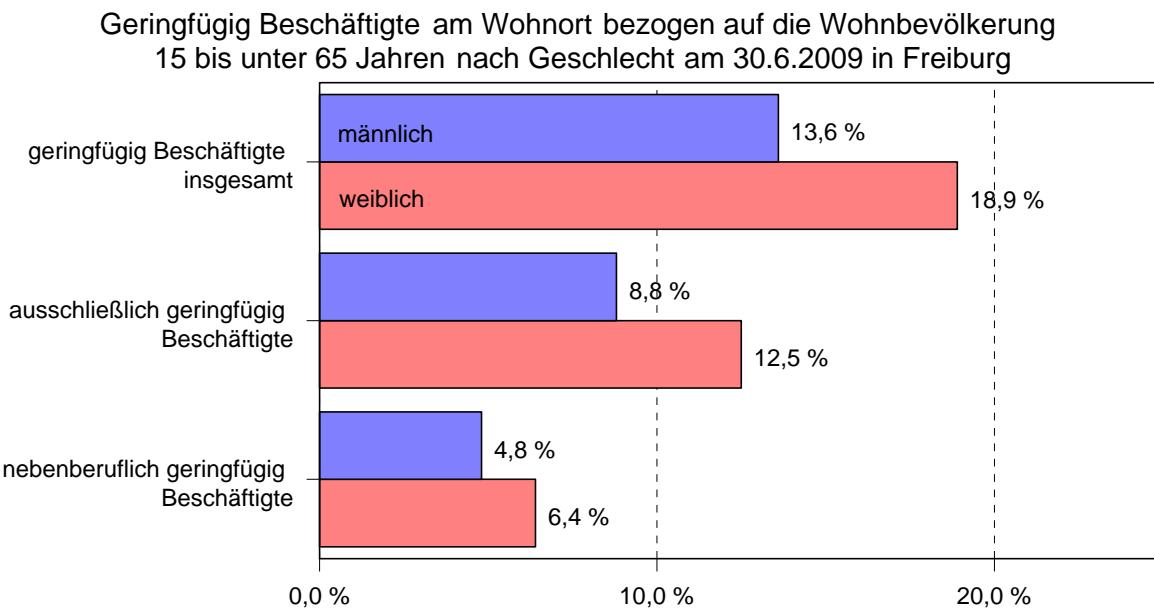
Der Indikator⁷ zeigt die erheblichen geschlechterbezogenen Unterschiede im Bereich der geringfügig entlohten Beschäftigung (400-Euro-Jobs) auf. Er gibt Hinweise auf:

- geringfügig entlohnte Beschäftigung als frauentypische Beschäftigungsform (modifiziertes Ernährermodell mit Hinzuerdienst der Frau);
- die überwiegend innerfamiliäre Verantwortung der Frauen für Kinder und/oder pflegebedürftige Familienangehörige;
- ungünstigere berufliche Entwicklungs- und Karrierechancen für Frauen, die auch mit der Beschäftigungsform „Minijob“ zusammenhängen können.

⁶ http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53848/DE/BMF_Startseite/Service/Glossar/M/005_Mini-Job.html?_nnn=true?_nnn=true (aufgerufen am 7.7.2011)

⁷ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen, a.a.O., S. 30

Abbildung 3.14

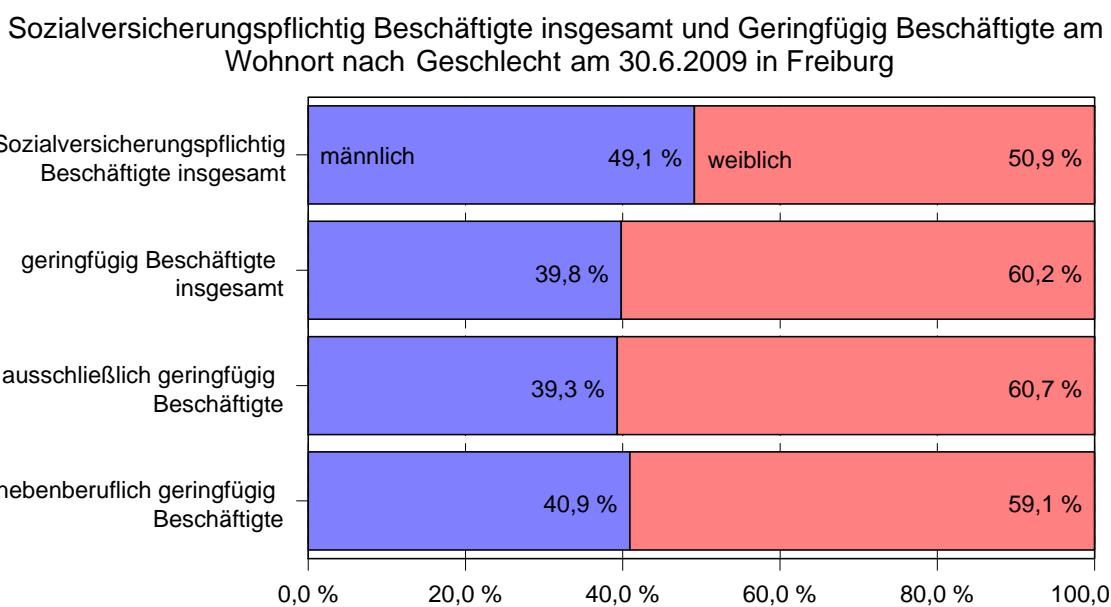


Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Im Jahr 2009 gingen in Freiburg 12,5 % der Frauen und 8,8 % der Männer ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach. Der weibliche Anteil liegt bei den geringfügigen Beschäftigungen jeweils über 60 % (vgl. Abb. 3.15):

Abbildung 3.15



Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

3.4 Selbständige

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Selbständigen an allen Befragten der Bürgerumfrage 2010 in Freiburg. Der Begriff "ausschließlich" meint hier: alle Männer und Frauen, die angegeben haben, dass sie freiberuflich oder gewerblich selbstständig und dabei nicht Beamtin/Beamter, Angestellte, Arbeiter/in, in Berufsausbildung/Lehre/Wehrdienst/Zivildienst, arbeitslos, in Rente/Pension oder Studierende sind.

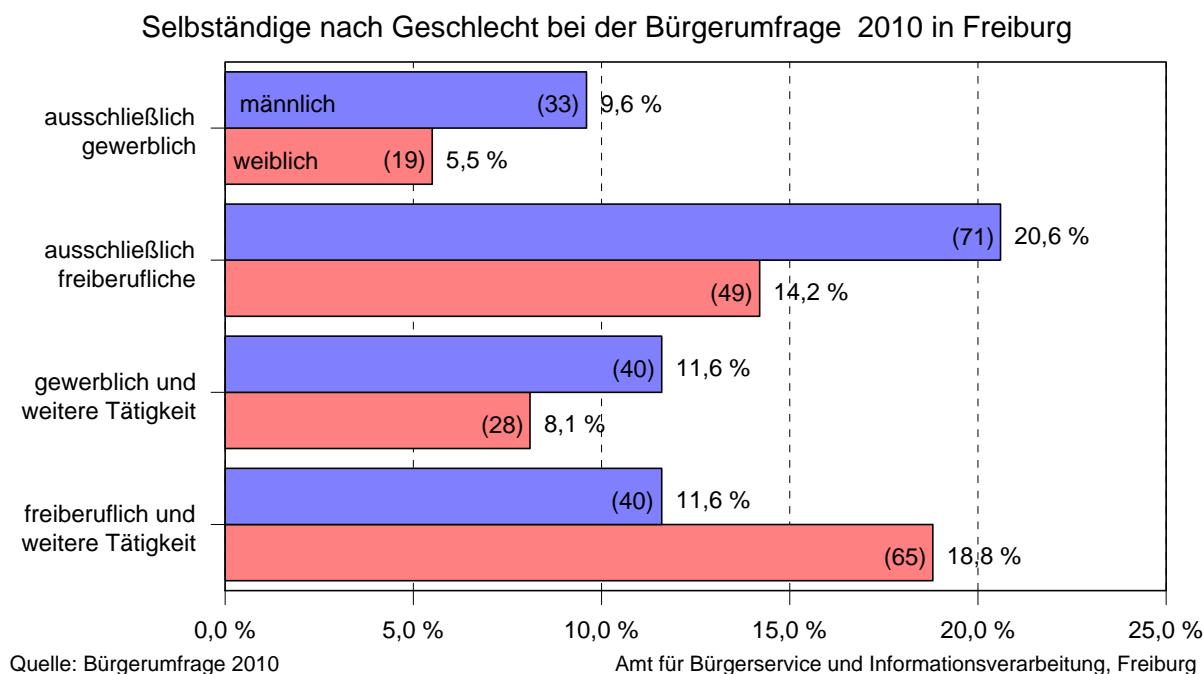
Methodische Hinweise: Erfasst werden ausschließlich gewerblich und freiberuflich Tätige sowie gewerbliche bzw. freiberufliche und weitere Tätigkeiten. Die Bürgerumfrage ist eine Repräsentativerhebung, daher können nur Anteile berechnet werden.

Datenquelle: Bürgerumfrage 2010, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg, eigene Berechnungen.

Der Indikator dient aufgrund der Datenbasis (Selbstauskunft in Repräsentativbefragung) zur Ergänzung des Indikators "3.5. Existenzgründungen" (S.37ff).

- *Er zeigt geschlechterbezogene Unterschiede im Bereich der selbständigen Erwerbsformen auf und gibt Hinweise auf den Umfang dieser Erwerbsformen in Freiburg.*

Abbildung 3.16



Unter den ausschließlich Selbständigen finden sich weniger Frauen als Männer. Allerdings überwiegt in der Kategorie "freiberufliche und weitere Tätigkeiten" der weibliche Anteil deutlich. Dies könnte darauf hindeuten, dass Frauen freiberufliche Tätigkeiten mit geringfügiger Beschäftigung kombinieren. Das deckt sich mit den Beratungserfahrungen der Freiburger Kontaktstelle Frau und Beruf, hier wird die freiberuflichen Tätigkeiten auch als „Brücke in den Arbeitsmarkt“ bezeichnet.

3.5 Existenzgründungen

Beschreibung des Indikators⁸:

Definition: Prozentualer Anteil von Frauen und Männern an der Gesamtzahl der Personen, die 2009 an entsprechenden Existenzgründungen beteiligt waren (Gründerpersonen).

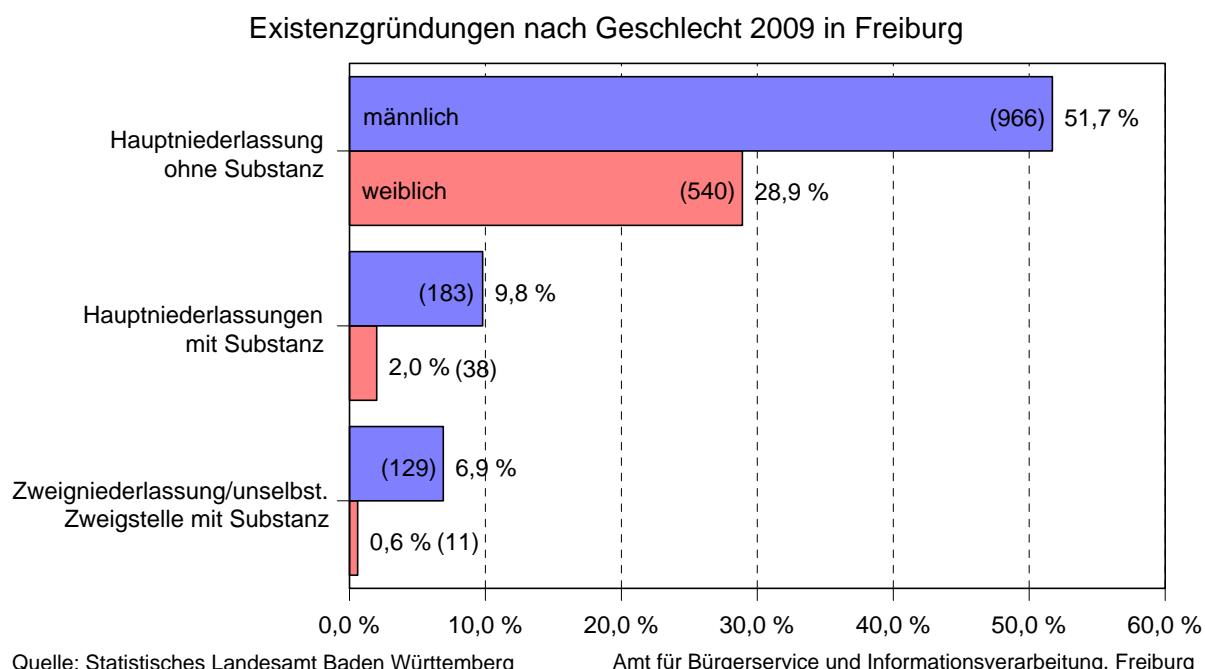
Methodische Hinweise: Die Aussagekraft des Indikators ist begrenzt, weil das Gewerbe nicht in allen Fällen, in denen eine Neugründung angezeigt wird, auch tatsächlich aufgenommen wird. Unberücksichtigt bleiben zudem Gründerinnen und Gründer in Bereichen, die nicht der Gewerbeordnung unterliegen (z. B. Freie Berufe, Urproduktion, Verwaltung eigenen Vermögens).

Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; 01.01.2009 bis 31.12.2009.

Der Indikator steht für die Beteiligung von Frauen an Existenzgründungen. Er gibt Hinweise auf:

- den Gründungswillen und den Unternehmerinnenmut von Frauen;
- zielgruppenspezifische Beratungsleistungen;
- zielgruppenspezifische Unterstützungsbedarfe;
- gründungsbeeinflussende Rahmenbedingungen (z. B. wirtschaftliche Bedingungen, Arbeitslosigkeit etc.).

Abbildung 3.17



Eine Unternehmensgründung muss beim örtlichen Gewerbeamt angezeigt werden. Ausgenommen sind Gründungen u.a. in Freien Berufen (z.B. Rechtsanwalt/ Rechtsanwältin, Arzt/Ärztin etc.), in der Landwirtschaft, im Versicherungsbereich sowie die Einrichtung einer Apotheke. Die Gewerbeanzeigenstatistik bildet daher nicht das volle Spektrum der

⁸ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 60

Existenzgründungen ab. Ob sich die neu gegründeten Betriebe erfolgreich am Markt behaupten werden, wird durch die Statistik ebenfalls nicht wiedergeben. Unterschieden wird nach Gründungen mit und ohne Substanz⁹, wobei ersteren mehr Wirtschaftskraft zugesprochen wird.

„Frauen fangen häufiger „klein“ an als Männer. [...] Bezogen auf die Gesamtzahl gründen Frauen häufiger im Nebenerwerb als Männer. [...] Ein wichtiges Motiv ist vermutlich die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit.“¹⁰

Dass dies vermutlich auch in Freiburg so ist, zeigen die Angaben der Bürgerumfrage zur Selbstständigkeit (s. Kap. 3.4), wo Frauen häufiger als Männer angeben “freiberufliche und weitere Tätigkeiten” miteinander zu kombinieren. Nicht vergessen werden darf, dass unter Existenzgründungen statistisch gesehen nur der Gewerbebereich erfasst wird, ein nicht geringer Teil der Gründungen, wie die Erfahrungen der Kontaktstelle Frau und Beruf aus den Beratungen zeigen, bleibt daher außen vor:

“Viele Frauen, insbesondere Akademikerinnen, gründen im Bereich der Freien Berufe. Sie machen sich z.B. als Trainerinnen, Marketingberaterinnen oder Grafikerinnen selbstständig. Dieser hohe Anteil an Freiberuflerinnen zeigt, dass die vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg veröffentlichten Zahlen zu Gründungen in der Region Freiburg, insbesondere bei Frauen nur einen Teil des Gründungsgeschehens widerspiegelt. Denn diese Statistik weist nur die gewerblichen Gründungen aus.“¹¹

⁹ „Als Betriebsgründungen mit vermutlich größerer wirtschaftlicher Substanz gelten alle Gründungen von Haupt- und Zweigniederlassungen/ unselbständigen Zweigstellen, die von einer juristischen Person, Personengesellschaft oder einer natürlichen Person angezeigt werden. Bei der Gründung einer Hauptniederlassung durch eine natürliche Person gilt die weitere Voraussetzung, dass ein Handelsregister- oder Handwerksrolleneintrag besteht oder mindestens eine Person beschäftigt wird. Das Gewerbe darf nicht im Nebenerwerb betrieben werden. Für Betriebsaufgaben gilt dies entsprechend“. <http://www.statistik-portal.de/VolkswPreise/Erlaeuterungen.asp.ba.asp#Def>, 19.04.2011

¹⁰ statistik aktuell: Existenzgründungen in Baden-Württemberg, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.), Stuttgart 2011, S. 3

¹¹ Hinweis der Kontaktstelle Frau und Beruf, Freiburg

3.6 Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern

Beschreibung des Indikators¹²:

Definition: 1. Prozentualer Anteil der arbeitslosen Frauen bzw. Männer an der weiblichen bzw. männlichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 30.06.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg. 2. Jeweils Anteil von Frauen und Männern an den Arbeitslosen nach SGB II und nach SGB III (Abb. 3.22).

Methodische Hinweise: Arbeitslos ist, wer keine Beschäftigung hat (weniger als 15 Wochenstunden), Arbeit sucht, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und bei einer Agentur für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung arbeitslos gemeldet ist.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit; Stand 30.06.2009.

Der Anteil der Arbeitslosen an der Wohnbevölkerung stellt einen der zentralen Indikatoren für die Beurteilung der Arbeitsmarktlage dar. Die getrennte Ausweisung von Anteilen zur Arbeitslosigkeit von Frauen und Männer vermittelt Anhaltspunkte für geschlechterbezogene Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt. Der Indikator gibt Hinweise auf:

- geschlechterbezogene Unterschiede bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt nach Arbeitslosigkeit;
- mögliche Hemmnisse für den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt;
- ein unterschiedliches potenzielles Armutsrisko für Frauen und Männer, insbesondere auch hinsichtlich späterer Armut im Alter.

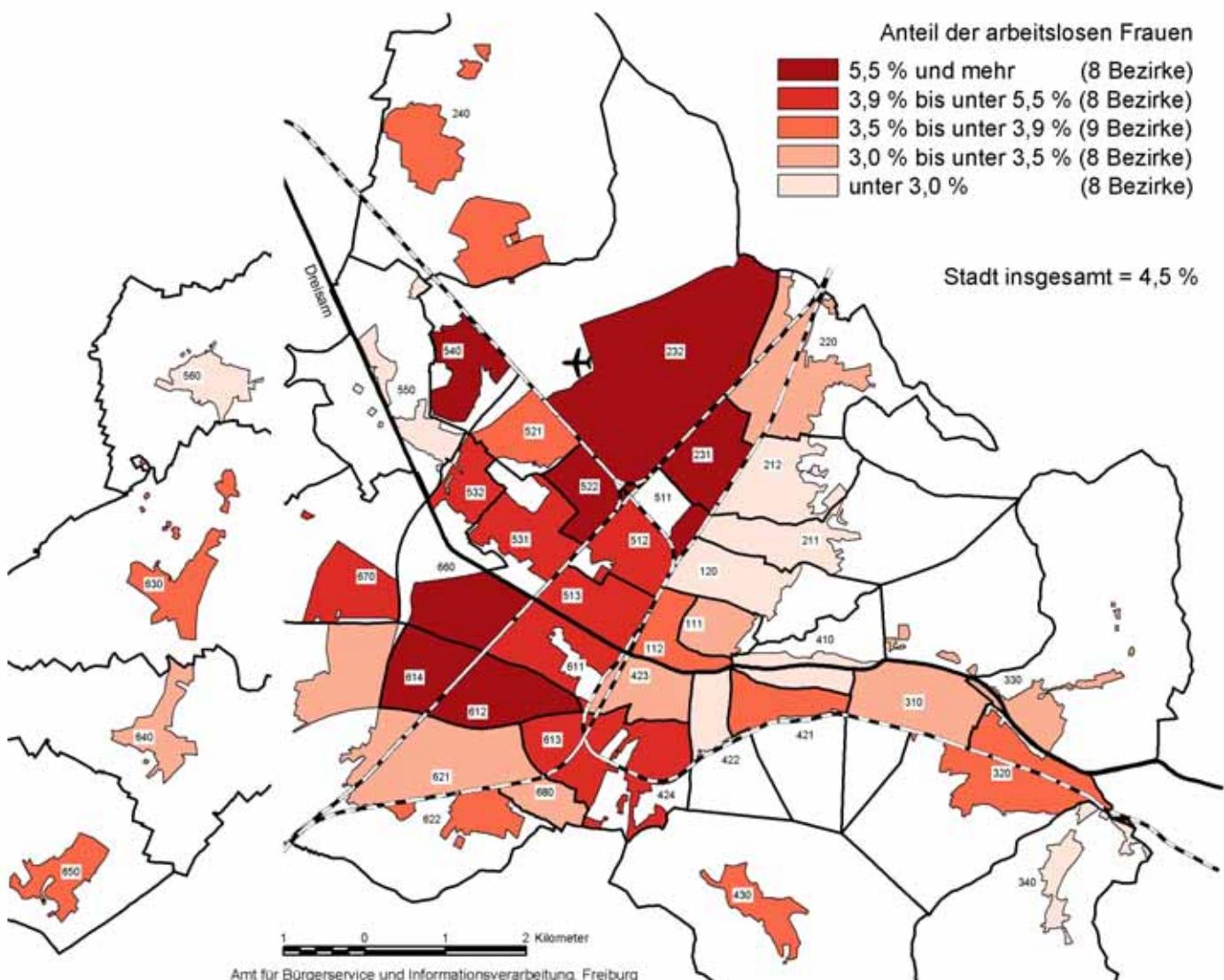
Der dargestellte Anteil der Arbeitslosen setzt sich aus Arbeitslosen nach SGB II und nach SGB III zusammen, die in der Stadtkafe gemeinsam ausgewiesen werden und in Abb. 3.19 und Abb. 3.20 mit unterschiedlichen Farben gekennzeichnet sind. Die Arbeitslosigkeit ist je nach Stadtteil sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die höchste Arbeitslosigkeit mit ca. 12 % war bei beiden Geschlechtern im Stadtteil Weingarten zu verzeichnen. Die niedrigste bei Frauen in Lehen und bei Männern in Waltershofen.¹³

¹² Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 54ff

¹³ Vgl. hierzu auch: Stadt Freiburg (Hg.): Beiträge zur Statistik: Sozialbericht, Datenreport, Freiburg 2011, S. 27ff

Abbildung 3.18

Anteil der arbeitslosen Frauen an der weiblichen Wohnbevölkerung
im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 30.6.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg

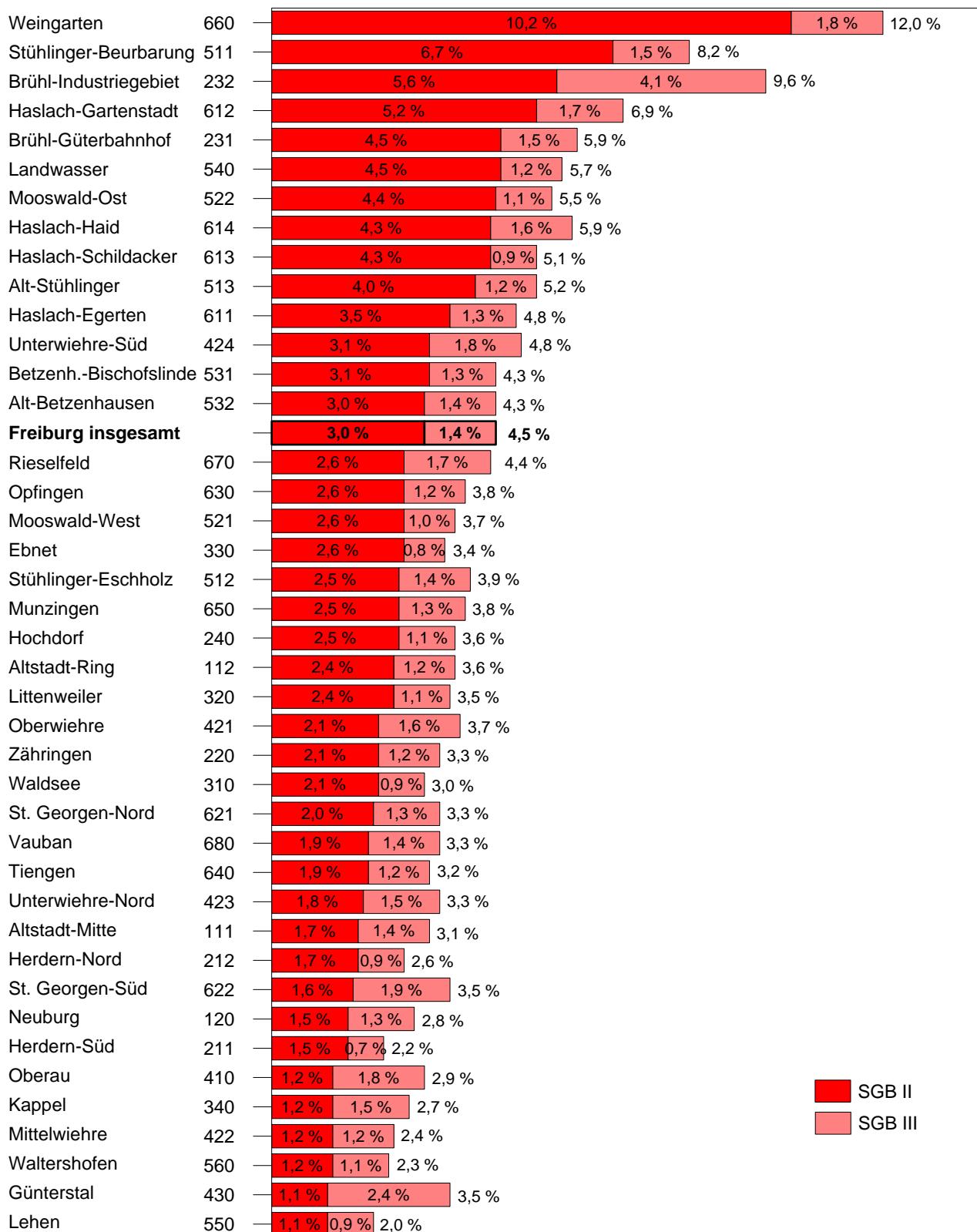


Namen der Stadtbezirke:

111	Altstadt-Mitte	421	Oberwiehre	560	Waltershofen
112	Altstadt-Ring	422	Mittelwiehre	611	Haslach-Egerten
120	Neuburg	423	Unterwiehre-Nord	612	Haslach-Gartenstadt
211	Herdern-Süd	424	Unterwiehre-Süd	613	Haslach-Schildacker
212	Herdern-Nord	430	Günterstal	614	Haslach-Haid
220	Zähringen	511	Stühlinger-Beurbarung	621	St. Georgen-Nord
231	Brühl-Güterbahnhof	512	Stühlinger-Eschholz	622	St. Georgen-Süd
232	Brühl-Industriegebiet	513	Alt-Stühlinger	630	Opfingen
240	Hochdorf	521	Mooswald-West	640	Tiengen
310	Waldsee	522	Mooswald-Ost	650	Munzingen
320	Littenweiler	531	Betzenhausen-Bischofslinde	660	Weingarten
330	Ebnet	532	Alt-Betzenhausen	670	Rieselfeld
340	Kappel	540	Landwasser	680	Vauban
410	Oberau	550	Lehen		

Abbildung 3.19

Anteil der arbeitslosen Frauen an der weiblichen Wohnbevölkerung
im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 30.6.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



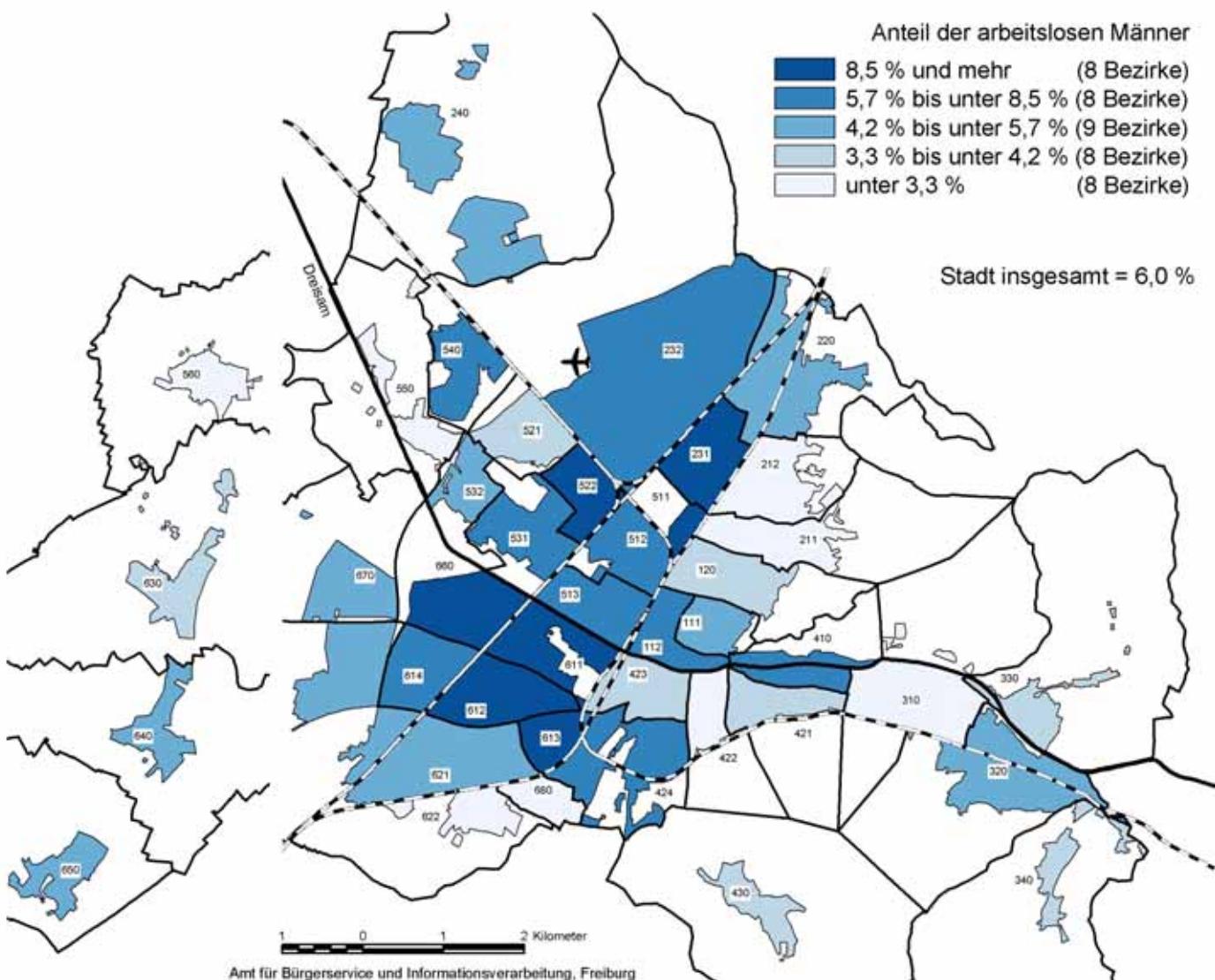
Abweichungen sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 3.20

Anteil der arbeitslosen Männer an der männlichen Wohnbevölkerung
im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 30.6.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



Namen der Stadtbezirke:

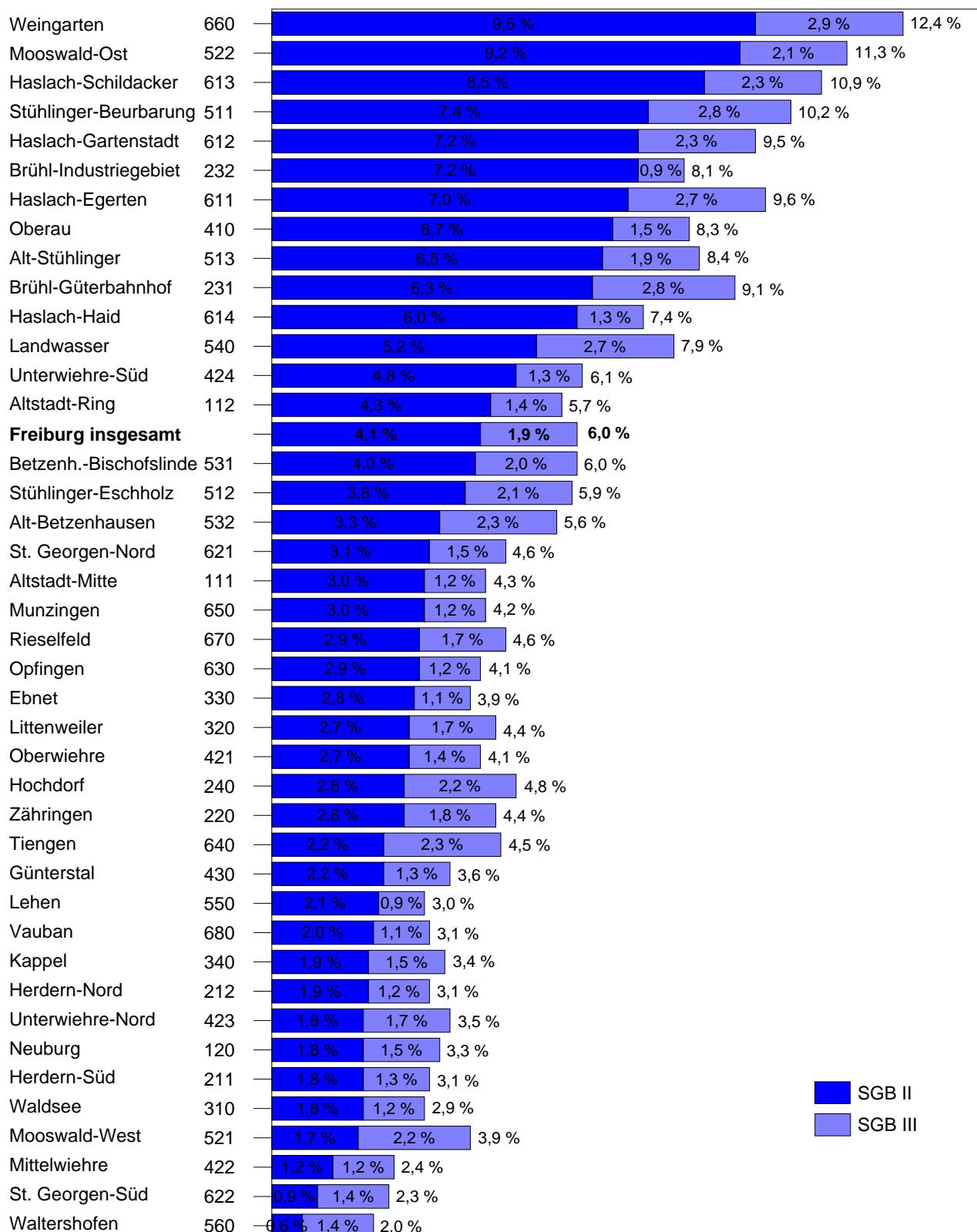
111 Altstadt-Mitte
 112 Altstadt-Ring
 120 Neuburg
 211 Herdern-Süd
 212 Herdern-Nord
 220 Zähringen
 231 Brühl-Güterbahnhof
 232 Brühl-Industriegebiet
 240 Hochdorf
 310 Waldsee
 320 Littenweiler
 330 Ebnet
 340 Kappel
 410 Oberau

421 Oberwiehre
 422 Mittelwiehre
 423 Unterwiehre-Nord
 424 Unterwiehre-Süd
 430 Günterstal
 511 Stühlinger-Beurbarung
 512 Stühlinger-Eschholz
 513 Alt-Stühlinger
 521 Mooswald-West
 522 Mooswald-Ost
 531 Betzenhausen-Bischofslinde
 532 Alt-Betzenhausen
 540 Landwasser
 550 Lehen

560 Waltershofen
 611 Haslach-Egerten
 612 Haslach-Gartenstadt
 613 Haslach-Schildacker
 614 Haslach-Haid
 621 St. Georgen-Nord
 622 St. Georgen-Süd
 630 Opfingen
 640 Tiengen
 650 Munzingen
 660 Weingarten
 670 Rieselfeld
 680 Vauban

Abbildung 3.21

Anteil der arbeitslosen Männer an der männlichen Wohnbevölkerung
im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 30.6.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg

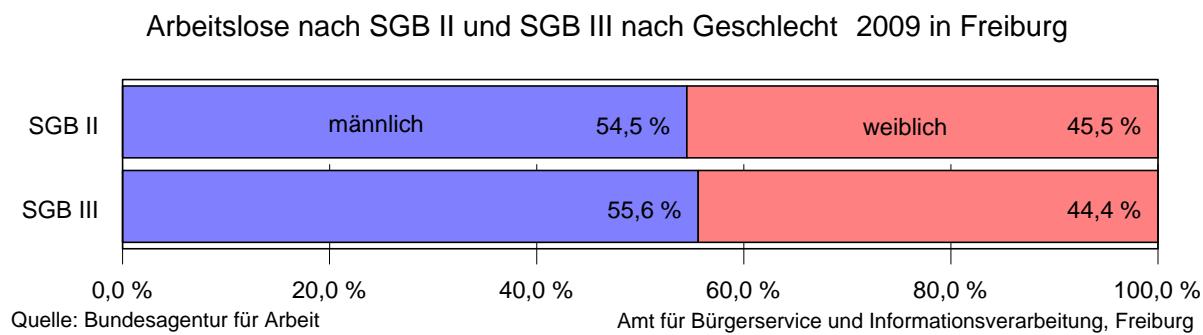


Abweichungen sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit,
Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 3.22



Die Anteile der Arbeitslosen unterscheiden sich bei beiden Geschlechtern nur wenig, allerdings sind Männer jeweils überrepräsentiert.

Der Sozialbericht¹⁴, der nach Alter, Geschlecht und Herkunft differenzierte Daten bereit stellt, konstatiert, dass bei der Gruppe der arbeitslosen Männer und der älteren Arbeitslosen eine Verfestigung und Ausweitung der Arbeitslosigkeit festzustellen ist. Die Jugendarbeitslosenquote liegt, so der Sozialbericht, stadtweit bei 1 %. Bezuglich des Bezugs nach SGB II (Hartz IV) stellt der Sozialbericht bei der Gruppe der älteren Erwerbstätigen (55 bis 65 Jahre) und bei der Gruppe der Ausländer einen Anstieg der Fallzahlen fest. Jede fünfte Person ist hier auf ein Transfereinkommen angewiesen. Überdurchschnittlich betroffen sind auch Kinder und Jugendliche, 17 % leben von Grundsicherung.¹⁵

Diskussion der Ergebnisse:

Oberflächlich betrachtet scheint sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt angeglichen zu haben und damit das EU-Ziel, wonach 75 % der 20- bis 64-Jährigen in Arbeit stehen sollen, nahezu erreicht zu sein.¹⁶ Dies legt der Fokus auf die Erwerbstätigenquote nahe:

„Die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen liegt in Baden-Württemberg im Jahr 2009 bei knapp 70 %. Damit nimmt Baden-Württemberg im Vergleich der Bundesländer und Deutschland auch in Sachen Erwerbsbeteiligung der Frauen eine Spitzenposition ein.“¹⁷ meldete beispielsweise das Statistische Landesamt Baden-Württemberg am 21.12.2010.

Auch wenn man sich den Frauen- und Männeranteil an der sozialversicherungspflichtigen Wohnbevölkerung in Freiburg zwischen 15 und 65 Jahren ansieht, so scheinen Frauen kaum schlechter abzuschneiden als Männer. Immerhin sind 43,9 % der weiblichen Wohnbevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt, nur 1,7 Prozentpunkte weniger als Männer.

¹⁴ Beiträge zur Statistik: Sozialbericht a.a.O., S. 31ff

¹⁵ Ebenda S. 49ff

¹⁶ Europa 2020 http://ec.europa.eu/europe2020/targets/eu-targets/index_de.htm (Zugriff 7.9.2011)

¹⁷ Statistisches Landesamt, Baden-Württemberg, http://www.statistik-bw.de/ArbeitsmErwerb/Indikatoren/ET_ewTaetigenQuoteFr.asp (Zugriff 7.9.2011)

Erst die genauere Analyse der Ergebnisse zeigt, dass immer noch gravierende Unterschiede zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt bestehen. Dies wird dann deutlich, wenn man das Arbeitsvolumen, also die Stundenzahl und die Art der Beschäftigungsverhältnisse genauer analysiert. Nur die Erwerbstägenquote zu Rate zu ziehen verfälscht das Bild, denn als erwerbstätig werden bereits all diejenigen Personen betrachtet, die in der Woche, in der die statistischen Daten erhoben wurden, mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Außerdem zählen auch all diejenigen dazu, die z. B. aufgrund von Krankheit, Mutterschutz oder Elternzeit vorübergehend nicht gearbeitet haben¹⁸. Nimmt man jedoch den Beschäftigungsumfang in den Blick so wird deutlich, dass weit mehr Frauen als Männer auch in Freiburg in atypischen Beschäftigungsverhältnissen sind.¹⁹ Die Zeitreihe in Abbildung 3.7 (S. 31) macht deutlich, dass in den letzten 10 Jahren die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung bei Frauen wie bei Männern abgenommen hat:

*Der Wandel der Strukturen der Erwerbsarbeit lässt Tendenzen erkennen, dass das Leitbild des männlichen Alleinernählers abgelöst wird. Sogenannte Normalarbeitsverhältnisse „Vollzeitarbeit ohne Unterbrechung bis zur Rente“, die in der Regel Männer ausgefüllt haben, sind rückläufig. Diskontinuierliche Erwerbsbiografien, also der Wechsel zwischen Phasen der Vollzeitbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Teilzeitbeschäftigung und Minijobs, werden Frauen und Männer treffen.*²⁰

Laut den Daten der Agentur für Arbeit vom 30.6.2009 waren in Freiburg 38,6 % der Männer und nur 25,8 % der Frauen in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Teilzeitbeschäftigt waren 17,6 % der Frauen und 6,8 % der Männer. Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren 12,5 % der Frauen und 8,8 % der Männer.

D.h. die Mehrzahl der abhängig beschäftigten Frauen (über die Selbstständigen liegen in Freiburg keine Daten zum Umfang der Beschäftigung vor) arbeiten Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt. Dies entspricht einem bundesweiten Trend. So stellt Allmendinger in ihren Analysen fest²¹, dass die Erwerbsquote von Frauen ausschließlich durch die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung gestiegen ist, während die Vollzeitbeschäftigung insgesamt gesunken ist. Dies wird auch für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg bestätigt:

„Die positive Bilanz bei der Entwicklung der Zahl der Erwerbstägen und vor allem bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit beruht besonders auf dem starken Anstieg der Teilzeitbeschäftigung. Nahezu 750 000 Teilzeitstellen kamen in Baden-Württemberg seit 1990 hinzu, das heißt, die Zahl der Teilzeitstellen hat sich in diesem Zeitraum fast verdoppelt. Die Zahl der Vollzeitstellen ist gegenüber 1990 um rund 4 % zurückgegangen. Teilzeit zu arbeiten ist auch heute noch eine weibliche Domäne, denn 2009 waren immerhin nahezu 82 % der rund 1,5 Mill. Teilzeiterwerbstägen in Baden-Württemberg Frauen. Männer sind unter den Teilzeitkräften mit einem Anteil von gut 18 % nach wie vor in der Minderzahl, obwohl auch die Zahl der männlichen Teilzeitbeschäftigen gegenüber 1990 um mehr als

¹⁸ Statistisches Bundesamt,

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2009_01/2009_01Erwerbstägenquote,templateld=renderPrint.psm1 (Zugriff 7.9.2011)

¹⁹ „Unter atypischer Beschäftigung werden alle Beschäftigungsverhältnisse verstanden, die eines oder mehrere der folgenden Merkmale aufweisen: Befristung, Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeitsverhältnis und geringfügige Beschäftigung.“ Überblick Datenbank „Atypische Beschäftigung“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2010, S. 3

²⁰ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O. S. 43

²¹ Allmendinger, Jutta: Verschenkte Potentiale. Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen, Frankfurt 2010, S. 16

200 000 Personen (etwa 280 %) massiv zugenommen hat. Frauen dominieren dabei nicht nur unter den Teilzeitbeschäftigen, sondern sie haben auch den Großteil der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Baden-Württemberg inne.²²

Der Trend, dass die Zahl der atypisch Beschäftigten in Baden-Württemberg weiter steige, bleibe ungebrochen, meldete der Staatsanzeiger im Juli 2011²³:

„Demnach waren im Jahr 2010 rund eine Million Baden-Württemberger befristet, geringfügig oder in Teilzeit beschäftigt – das sind 24,9 Prozent aller abhängig Beschäftigten. [...] Frauen sind unter den atypisch Beschäftigten deutlich überrepräsentiert: 78 Prozent [...] waren Frauen, bloß 22 Prozent Männer.“

Der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung empfiehlt daher, statt der Erwerbsquote die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) zu messen, denn die auf Frauen entfallenden Erwerbstunden haben sich nicht ausgeweitet, sondern wurden nur auf mehr Schultern verteilt, es wird daher eine Stagnation bei der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit konstatiert.²⁴ Sowohl mit einer geringfügigen Beschäftigung wie auch mit einer Teilzeitbeschäftigung in einem typischen Frauenberuf²⁵ und den damit verbundenen geringen Einkommen lässt sich weder auskömmlich leben noch ein Grundstock für eine existenzsichernde Rente im Alter aufbauen. Das Risiko der Abhängigkeit von Transfereinkommen, sei es durch den Partner oder den Staat, ist für Frauen daher nach wie vor außerordentlich hoch, für Frauen besteht dadurch ein erhöhtes Risiko für Altersarmut.

Die Ursache für den geringen Umfang der Erwerbsbeteiligung liegt in der nach wie vor traditionellen geschlechterspezifischen Arbeitsteilung. Frauen sind immer noch mehrheitlich für die unbezahlte Haus- und Familienarbeit zuständig und von daher zeitlich eingeschränkt.

Die Arbeit in Teilzeit oder sogenannten Minijobs weist daher auf Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin. Wie Allmendinger in ihrer Untersuchung feststellt, trägt dazu paradoxe Weise auch die Berufswahl von Frauen bei, denn gerade frauen-spezifische Berufe im Gesundheits- oder Dienstleistungsbereich lassen sich häufig nur schlecht mit den Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen oder Schulen vereinbaren.²⁶

Arbeitslosigkeit:

Frauen sind in Freiburg etwas weniger als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen (4,5 % zu 6%). Allerdings muss man berücksichtigen, dass nicht alle Frauen auch mit der Arbeitslosenstatistik erfasst werden.

Es wird hier von der sogenannten „Stillen Reserve“ gesprochen, darunter werden die Frauen verstanden, die weder erwerbstätig sind noch als arbeitssuchend gemeldet sind.

²² Hin, Monika: Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2010, S. 20f

²³ Staatsanzeiger, Jg.2011, Nr.28 vom 22.7.2011

²⁴ Erster Gleichstellungsbericht, a.a.O. 111

²⁵ Allmendinger, Jutta: Verschenkte Potentiale. Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen, Frankfurt 2010, S.17: „Die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in nur fünf von 87 Berufsgruppen: 20 Prozent der Frauen in Büroberufen, 10 Prozent in Gesundheitsdienstberufen, 8 Prozent als Verkaufspersonal, 7 Prozent in sozialen Berufen, 6 Prozent in Reinigungs- und Entsorgungsberufen.“

²⁶ Allmendinger a.a.O., S. 140

Allmendinger²⁷ geht von 5,6 Millionen Frauen zwischen 25 und 59 Jahren (= 28 %) aus, die in Deutschland nicht erwerbstätig sind. Davon sind 1,8 Millionen arbeitssuchend und 3,8 Millionen Nichterwerbspersonen, von denen wiederum 1 Million noch nie erwerbstätig war. Die Ergebnisse ihrer Untersuchung zeigen, dass die meisten dieser Frauen Kinder haben. Von den Nichterwerbspersonen leben 70 Prozent überwiegend vom Partnereinkommen oder werden von Familienangehörigen unterstützt. Sie tauchen in keiner Arbeitslosenstatistik auf.

„Frauen, die zu den Nichterwerbspersonen gehören setzen voll auf die Familie. Weder Staat noch Markt spielen für ihren Unterhalt eine Rolle. Nur wenige dieser Frauen bleiben kinderlos, 41 Prozent haben sogar zwei Kinder“²⁸.

Angesicht der hohen Scheidungsquoten²⁹ und der seit 2008 geänderten Unterhaltsregelungen besteht für viele Frauen ein großes Risiko, sich künftig u.U. auch über Transferleistungen finanzieren zu müssen. Dies zeigt auch die hohe Zahl von Alleinerziehenden in Freiburg, die im SGB II Bezug stehen (vgl. Kap. 4.2).

Empfehlungen:

Da die Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit von der Bundesgesetzgebung vorgegeben werden (z.B. Ehegattensplitting, Regelungen zum SGB II und III), kann vor Ort, vor allem mit Hilfe entsprechender Beratungsstellen, wie z.B. den Kontaktstellen Frau und Beruf, der Agentur für Arbeit und den Jobcentern gehandelt werden:

- Gefördert werden sollten verstärkt Selbstständigkeit und Existenzgründungen durch Frauen.
- Im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit mit den Jobcentern sollte vermehrt auf geschlechterdifferenzierende Beratungskonzepte Wert gelegt und es sollten entsprechende Schulungen angeboten werden.
- Die Agentur für Arbeit sollte im Rahmen von Kooperationen dahingehend motiviert werden, Frauen und Mädchen, Männer und Jungen auch im Hinblick auf nicht stereotype Berufswahlen zu beraten.
- Gezielte Angebote für den Wiedereinstieg nach der Elternzeit sollten vorgehalten werden.
- Angesichts der auch in Freiburg sehr hohen Zahl von Frauen, die entweder Teilzeit arbeiten oder aber einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, sollten insgesamt Frauen auf breiter Basis unterstützt werden, eine existenzsichernde Erwerbsarbeit aufzunehmen zu können.

²⁷ Allmendinger, a.a.O., S. 45ff

²⁸ Ebenda S. 49

²⁹ Brachat-Schwarz, Werner: Zur Entwicklung der Ehescheidungen in Baden-Württemberg Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2011, S.1: „Die Scheidungshäufigkeit hat sich seit den 60er-Jahren mehr als verdoppelt, etwa 40 % der Ehepartner werden aus heutiger Sicht wohl künftig den Gang zum Scheidungsrichter wählen.“

3.7 Elterngeld

3.7.1 Leistungsbezüge

Beschreibung des Indikators³⁰:

Definition: Anteile der beendeten Leistungsbezüge von Frauen und Männern an allen beendeten Leistungsbezügen 2009 in Freiburg.

Methodische Hinweise: Im Jahr 2007 wurden lediglich die Anträge erfasst,³¹ seit 2008 jedoch werden die Leistungsbezüge bei deren Beendigung erfasst. Von den 2009 geborenen Kindern sind bisher nur die im 1. Halbjahr Geborenen registriert, von den 2008 Geborenen alle. Da der Erfassungszeitraum der gemeldeten beendeten Leistungsbezüge unterschiedlich ist (2008 geborene Kinder: Erfassungszeitraum gemeldete beendete Leistungsbezüge Januar 2008 - März 2010; 1. Halbjahr 2009 geborene Kinder: Erfassungszeitraum Januar 2009 - September 2010) wurden nur die Anteile berechnet.

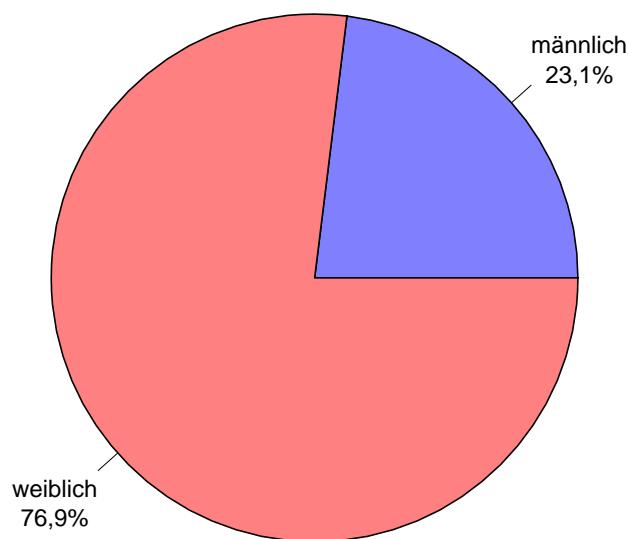
Datenquelle: Bundesstatistik zum Elterngeld 2009.

Der Indikator zeigt die Beteiligung von Müttern und Vätern an der Elternzeit und gibt Hinweise auf:

- die aktuelle Situation bzw. Veränderung der beruflichen und familiären Orientierung von jungen Vätern;
- das Aufbrechen von Rollenmustern/Geschlechterstereotypen;
- die gesellschaftliche und betriebliche Akzeptanz der „neuen Väter“.

Abbildung 3.23

Anteile der beendeten Leistungsbezüge von Männern und Frauen an allen beendeten Leistungsbezügen 2009 in Freiburg



Quelle: Bundesstatistik zum Elterngeld

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

³⁰ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 50

³¹ Ebenda

3.7.2 Bezugsdauer

Beschreibung des Indikators:

Definition: Durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes in Monaten 2008 und 2009 in Freiburg.

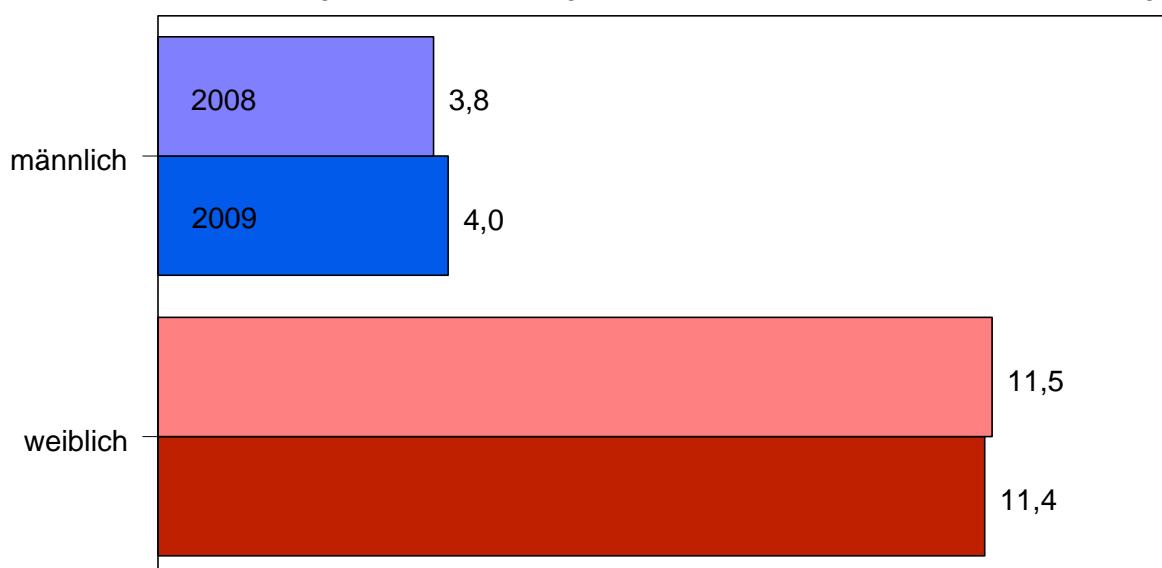
Methodische Hinweise: siehe Kap. 3.7.1 Leistungsbezüge.

Datenquelle: Bundesstatistik zum Elterngeld.

Der Indikator zeigt den Umfang der Beteiligung von Müttern und Vätern an der Elternzeit auf und ergänzt damit den Indikator 3.7.1.

Abbildung 3.24

Durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes in Monaten 2008 und 2009 in Freiburg



Quelle: Bundesstatistik zum Elterngeld

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

In Freiburg liegt 2009 der Anteil von Vätern an den Personen, die Elterngeld bezogen haben, durchschnittlich bei 23,1 %. Mehr als Dreiviertel der Leistungsbeziehenden sind Frauen.

Diskussion der Ergebnisse:

Seit der Einführung des Elterngeldes ist die Zahl der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen, kontinuierlich gestiegen. Variierte in den Länderdurchschnitten der Bundesrepublik der Anteil der Väter an den Personen, die 2007 Elternzeit beantragt haben, noch zwischen 12,0 % und 17,1 %, so sind es nach den neuesten Angaben des Bundesamtes für Statistik im ersten Quartal 2010 bereits zwischen 14,1 % (Saarland) und 31,7 % (Berlin) der Väter, die für ihre Kinder eine Auszeit vom Beruf nehmen. In Baden-Württemberg liegt der Anteil für das erste Quartal 2011 bei 25,3 %.

Vermutlich ist auch die Zahl der Väter in Freiburg im letzten und in diesem Jahr weiter gestiegen, denn schon 2009 war der Anteil der Väter, die Elterngeld beziehen mit 23,1 % hier etwas höher als in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet. Durchschnittlich beziehen Väter 3,4 Monate Elterngeld, d.h. mehr als die nur für sie reservierten zwei Monate³², wenn auch weniger als Frauen, die immer noch deutlich öfter und länger als Männer Elterngeld beziehen.

Welche Faktoren bewegen Väter, Elterngeld zu beziehen bzw. es eben nicht zu tun? In einer Evaluation des Elterngeldes wurde dies 2008 analysiert:

„Danach gaben rund zwei Drittel der Familien (68 %), in denen der Vater keinen Antrag auf Elterngeld gestellt hat, als Grund hierfür an, dass der Vater seine Arbeitszeit nicht reduzieren könne. 35 % machten hierfür berufliche oder betriebliche Gründe geltend. Dazu gehören beispielsweise eine fehlende Akzeptanz oder Unterstützung seitens des Arbeitgebers oder Befürchtungen, die Karriere könne dadurch beeinträchtigt werden bzw. das Image Schaden leiden. [...] Fast die Hälfte derjenigen, die angaben, der Vater könne seine Arbeitszeit nicht reduzieren, führten hierfür finanzielle Gründe an (48 %). [...] Bei einem Fünftel der Familien lag der Entscheidung, dass allein die Mutter Elterngeld beziehen soll, ein traditionelles Rollenbild zugrunde. [...] Die Wahrscheinlichkeit, dass Väter einen Antrag auf Elterngeld stellen, ist beim ersten Kind höher als wenn noch andere Kinder im Haushalt leben. Auch die Erwerbstätigkeit der Mutter im Jahr vor der Geburt oder ein akademischer Abschluss des Vaters erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Väter temporär aus dem Beruf aussteigen und die Betreuung ihres Kindes übernehmen. [...] Ältere Väter entschließen sich tendenziell eher zu diesem Schritt als jüngere unter 25 Jahren. [...] Am häufigsten beziehen Väter das Elterngeld erstmals entweder ab dem ersten Monat nach der Geburt (13 %) oder nach dem dreizehnten Monat, wenn der Elterngeldbezug der Mutter ausläuft (29 %).³³

Die höhere Zahl von Vätern, die mittlerweile Elterngeld beantragen, könnte ein Hinweis darauf sein, dass mittlerweile die Akzeptanz in den Betrieben gestiegen ist und sich Väter weniger stark als noch vor zwei Jahren um ihre Karriere oder ihr Image sorgen.

Empfehlung:

Für Väter muss ein positives Klima geschaffen werden, das es ihnen erleichtert, Elternzeit zu nehmen, auch mehr als nur die für sie reservierten beiden Monate. Verwaltungen und Betriebe, die hier Vorbildcharakter haben, sollten entsprechend herausgestellt werden.

³² Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr.321 vom 06.09.2011 zum Elterngeld

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/09/PD11_321_22922,templateId=renderPrint.psm1 (aufgerufen am 8.9.2011)

³³ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg): Elternzeit, Elterngeld und beruflicher Widereinstieg, in: Familien in Baden-Württemberg 01/2009, S. 11

3.8 Kinderbetreuung

Kinderbetreuung ist die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ausschlaggebend hierfür ist nicht nur eine ausreichende Anzahl von Betreuungsplätzen für die verschiedenen Altersgruppen, sondern auch der Umfang der Betreuung. Dies wird im folgenden dargestellt. Im Unterschied zum Gleichstellungsatlas des Bundes wird nicht nur die Betreuung der unter Dreijährigen als Indikator dargestellt, sondern die Betreuungsverhältnisse in allen Altersgruppen werden beleuchtet.

3.8.1 Unter Dreijährige

Beschreibung des Indikators:

Definition: 1. Prozentualer Anteil der Betreuungsplätze für Kinder im Alter von unter drei Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe seit 2007 in Freiburg (Versorgungsquote).
2. Anteil der Ganztagesplätze an den Betreuungsplätzen.

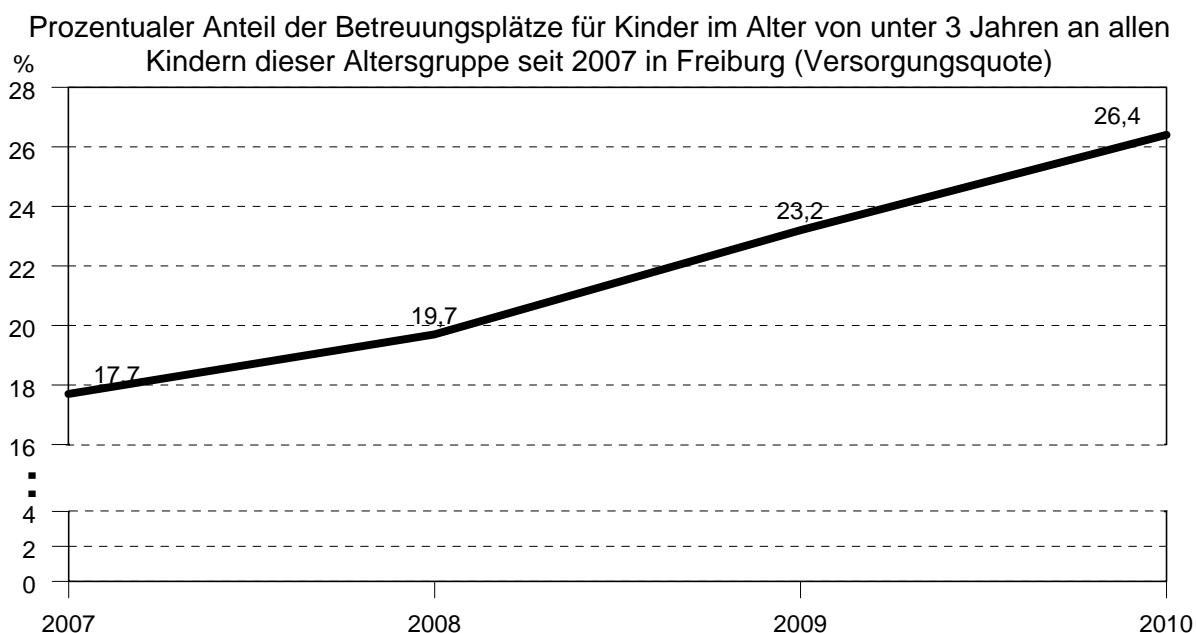
Methodische Hinweise: Erfasst wird die Zahl der betreuten Kinder insgesamt, welche einen Platz in der Kindertagespflege, einen Regel- oder Ganztagsplatz oder einen Platz mit verlängerten Öffnungszeiten haben sowie die Entwicklung der Ganztagesplätze.

Datenquelle: Sozialbericht, Sozial- und Jugendamt der Stadt Freiburg, Zeitreihe 2007 bis 2010, Stand 31.12.2010.

Der Indikator gibt Hinweise auf die:

- aktuelle Situation bzw. Veränderung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege;
- tatsächliche Wahlfreiheit zwischen der Betreuung in der Familie und der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung.

Abbildung 3.25

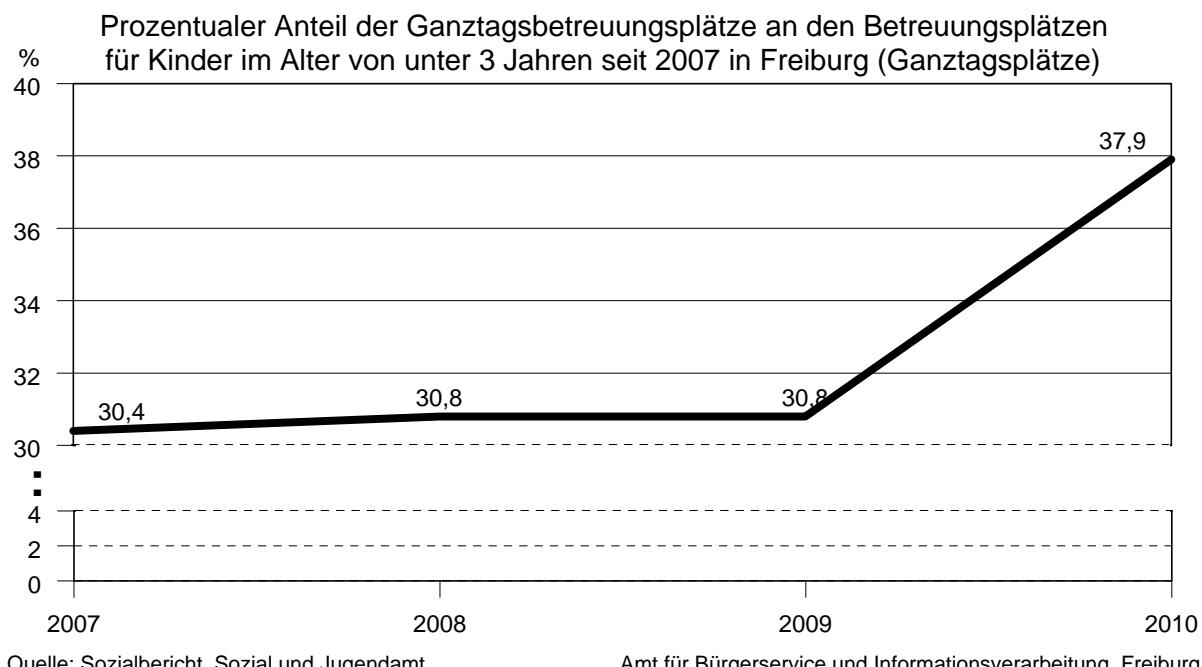


Quelle: Sozialbericht, Sozial und Jugendamt

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Die Versorgungsquote der unter Dreijährigen ist in den letzten Jahren in Freiburg um nahezu 10 % gestiegen, ausgehend von einer für Baden-Württemberg schon hohen Betreuungsquote von 17,7 %. Von besonderem Interesse, angesichts der Bedeutung der Vollzeiterwerbstätigkeit für Frauen, ist die Entwicklung der Ganztagsplätze für Kinder unter 3 Jahren.

Abbildung 3.26



Seit 2007 ist das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren stetig ausgebaut worden. Die Zahl der Ganztagesplätze ist um 25 % gestiegen. Der größte Zuwachs an Betreuungsplätzen erfolgte zwischen 2009 und 2010.

3.8.2 Drei- bis unter Siebenjährige

Beschreibung des Indikators:

Definition: 1. Prozentualer Anteil der Betreuungsplätze für Kinder im Alter von drei bis unter sieben Jahre an allen Kindern dieser Altersgruppe seit 2007 in Freiburg. 2. Anteil der Ganztagesplätze an den Betreuungsplätzen.

Methodische Hinweise: Erfasst wird die Zahl der betreuten Kinder insgesamt, welche einen Regel- oder Ganztagsplatz oder einen Platz mit verlängerten Öffnungszeiten haben und die Zahl der ganztags betreuten Kinder.

Datenquelle: Sozialbericht, Sozial- und Jugendamt der Stadt Freiburg, Zeitreihe 2007 bis 2010, Stand 31.12.2010.

Der Indikator gibt Hinweise auf die:

- aktuelle Situation bzw. Veränderung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege;
- tatsächliche Wahlfreiheit zwischen der Betreuung in der Familie und der Betreuung in einer Kindertageseinrichtung.

Abbildung 3.27

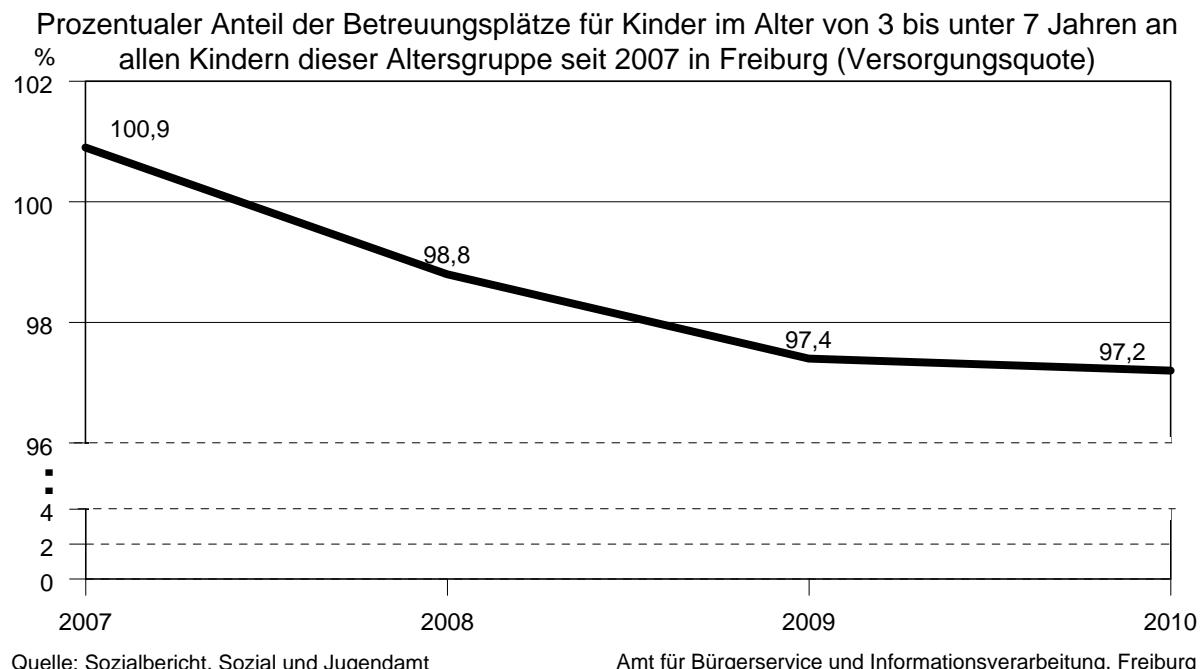
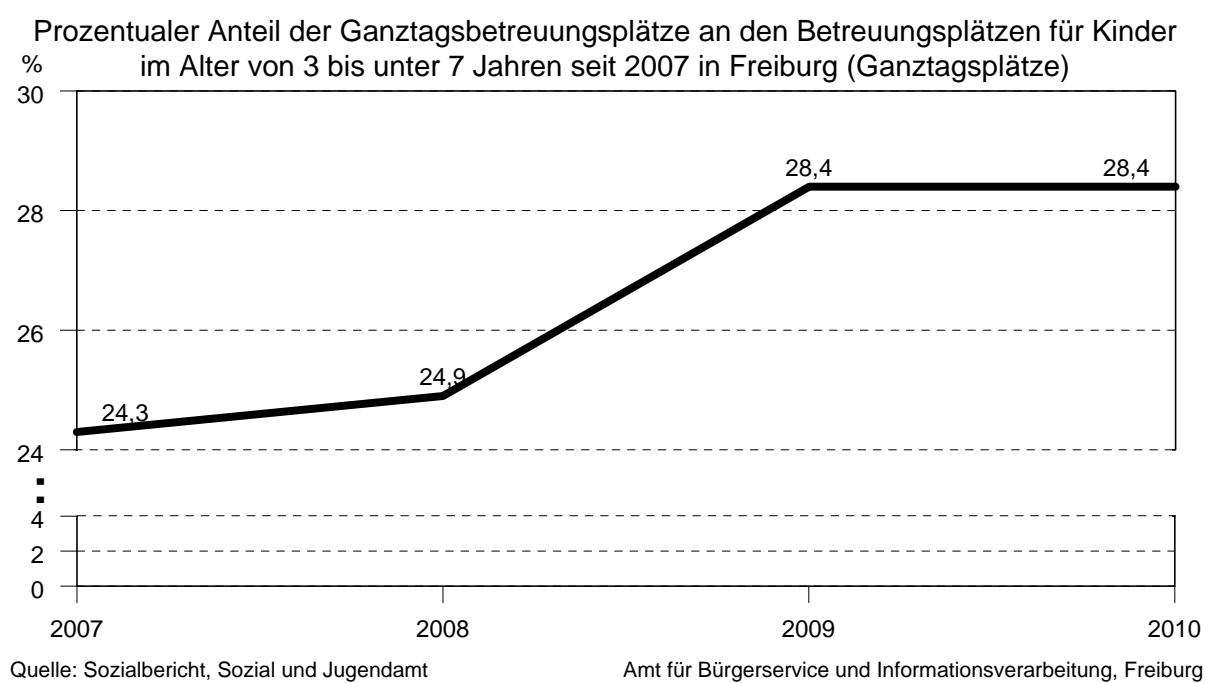


Abbildung 3.28



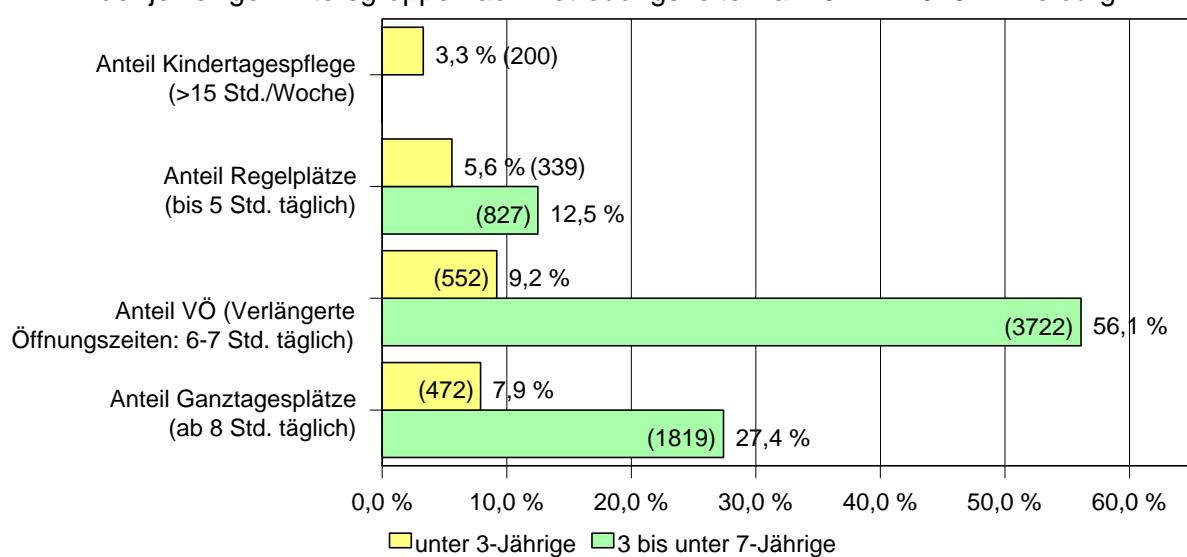
Die Versorgungsquote der Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren liegt seit Jahren über 96%. Von 2007 bis 2009 konnte die Anzahl an Ganztagesplätze deutlich erhöht werden.

Die Versorgungssituation im Vergleich

Im Folgenden wird die Versorgungssituation der Kinder im Alter von unter drei Jahren sowie der Drei- bis unter Siebenjährigen, aufgeschlüsselt nach Betreuungszeiten, in den unterschiedlichen Einrichtungen dargestellt. Erfasst wird das Angebot an Regelplätzen, verlängerten Öffnungszeiten und Ganztagsplätzen. Betreuungseinrichtungen bzw. -angebote wurden unterschieden nach Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege. Erfasst wird die Zahl der betreuten Kinder gemessen an der Zahl aller Kinder der genannten Altersgruppe.

Abbildung 3.29

Anteil der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 und 3 bis unter 7 Jahren an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe nach Betreuungszeiten am 31.12.2010 in Freiburg



Quelle: Sozial und Jugendamt

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

3.8.3 Schulkindbetreuung

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil der Schulkinder über sechs Jahre an allen Kindern dieser Altersgruppe, die über den regulären Unterricht hinaus entweder an der Schule oder in sonstigen Einrichtungen betreut werden, aufgeschlüsselt nach Betreuungszeiten: Ganztags, Übermittag, Hort und flexible Nachmittagsbetreuung in Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien.

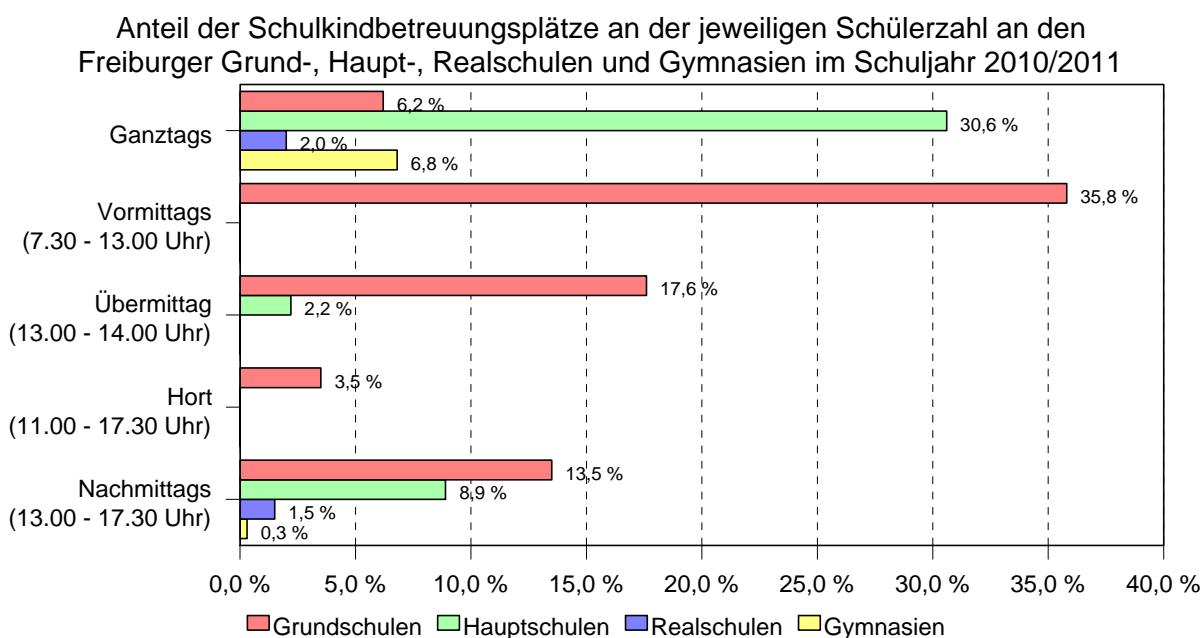
Methodische Hinweise: Erfasst wird die Zahl der betreuten Kinder.

Datenquelle: Amt für Schule und Bildung der Stadt Freiburg, Schuljahr 2010/2011, Stand 16.12.2010.

Der Indikator gibt Hinweise auf die:

- aktuelle Situation bzw. Veränderung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege;
- tatsächliche Wahlfreiheit zwischen der Betreuung in der Familie und den Schulkindbetreuungsangeboten.

Abbildung 3.30



In Freiburg gibt es 30 öffentliche Grundschulen. Bis auf eine Schule haben alle Schulen mindestens am Vormittag ein verlässliches Betreuungsangebot. An 22 Schulen wird eine Übermittagsbetreuung angeboten. Mittagstisch können Schüler/innen an 19 Schulen erhalten. An 21 Schulen findet eine flexible Nachmittagsbetreuung statt, zusätzlich wird an

acht Einrichtungen³⁴ eine flexible Nachmittagsbetreuung angeboten. Drei Schulen sind Ganztagschulen.

An sechs der zehn Hauptschulen können Kinder ein warmes Mittagessen erhalten. Flexible Nachmittagsbetreuung bieten fünf Schulen an. In sechs der neun Einrichtungen (s.o.) werden im Rahmen der flexiblen Nachmittagsbetreuung auch Hauptschüler/innen betreut.

Eine der sechs Freiburger Realschulen bietet Mittagessen für die Schüler/innen an. An den Realschulen findet keine flexible Nachmittagsbetreuung statt. Diese wird Realschüler/innen von Einrichtungen wie bspw. dem Jugendzentrum Stühlinger angeboten. Eine der Schulen, die Wentzinger-Realschule, ist eine offene Ganztagschule.

An allen Gymnasien gibt es zusätzlich eine G8-Mittagsbetreuung. An acht der neun Schulen können die Schüler/innen ein warmes Mittagessen erhalten. Drei Gymnasien sind Ganztagschulen, jedoch nehmen nicht alle Schüler/innen dieses Angebot war

Laut Angaben des Amtes für Schule und Bildung liegt die Quote der Schulkinder, die über den Schulunterricht hinaus betreut werden, bei 51,3 %. Die qualitativ unterschiedlichen Angebote beinhalten sowohl Plätze an Ganztagschulen wie auch die kommunale ergänzende Betreuung an Grundschulen, die G-8 Mittagsbetreuung an Gymnasien und auch die Ferienbetreuung: „Für 10.255 der insgesamt 19.993 Schülerinnen und Schüler der Allgemein Bildenden Schulen steht ein Betreuungsangebot zur Verfügung. [...] Vergleicht man die Entwicklung der Betreuungsplätze vom Schuljahr 2007/2008 zum Schuljahr 2008/2009 ist ein Anstieg von 8.472 auf 10.255 Plätze zu erkennen. Zum einen liegt das daran, dass vom Amt für Schule und Bildung 1.000 Plätze zur Ferienbetreuung von Grundschulkindern eingerichtet wurden. Jedoch sind die Betreuungsplätze unabhängig von der Ferienbetreuung um 783 Plätze angestiegen [...]“³⁵ Die Betreuungsangebote verteilen sich ungleichmäßig auf die verschiedenen Schulformen wie die Abb. 3.30 zeigt.

Seit der Einführung des 8-jährigen Gymnasiums im Schuljahr 2004/2005 findet an den Gymnasien vermehrt Nachmittagsunterricht statt. Hierfür wurde die G8-Mittagsbetreuung eingerichtet. 2.385 Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit hieran teilzunehmen. Betreut werden sie durch Studierende der Pädagogischen Hochschule und der Universität Freiburg. Derzeit sind 119 Studentinnen und Studenten an den neun städtischen Gymnasien in Freiburg in der G8-Mittagsbetreuung beschäftigt.“³⁶

³⁴Zu diesen Einrichtungen zählen: Kinder- und Jugendtreff Faulerstraße; Kinder- und Jugendzentrum Weingarten; Kinderabenteuerhof; Staudinger Kinder- und Jugendtreff Haslach; Sozial- und Jugendzentrum Breisacher Hof; Jugendzentrum Stühlinger; Haus Weingarten; Haus der Begegnung; Waldgruppe Rieselfeld.

³⁵Stadt Freiburg Amt für Schule und Bildung, Drucksache ASW-09-011, Freiburg 2009, S. 10

³⁶Amt für Schule und Bildung Stadt Freiburg, Drucksache ASW-09-011, Freiburg 2009, S. 8

Diskussion der Ergebnisse:

Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände hatten sich 2007 auf dem sogenannten „Krippengipfel“ geeinigt, bis 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren aufzubauen, dabei ging man von einer bundesweit durchschnittlichen Betreuungsquote von 35 % aus³⁷. Der Freiburger Gemeinderat hat im gleichen Jahr beschlossen (20.11.2007), dass zum Kindergartenjahr 2013/2014 in Freiburg für 39 % der unter Dreijährigen ein Platzangebot zur Verfügung stehen soll und somit der Rechtsanspruch für Kinder unter drei Jahren nach dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) erfüllt wird.³⁸ In den vergangenen Jahren wurde die Betreuungsquote für die unter Dreijährigen beständig erhöht, von rund 8 % im Jahr 2000 auf 26,4 % Ende 2010.³⁹ Um die vom Gemeinderat beschlossene Versorgungsquote von 39 % bis 2013 zu erreichen, fehlen derzeit noch mehr als 800 Plätze.⁴⁰ Dennoch ist Freiburg im Vergleich zu Baden-Württemberg deutlich weiter, denn von den im Land anvisierten 34 % sind im Landesdurchschnitt erst 18 Prozent erreicht. Außer Heidelberg, Stuttgart, Tübingen, Karlsruhe und Freiburg sind die meisten Kommunen davon noch weit entfernt.⁴¹ Freiburg bietet daher nicht nur bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als viele andere Kommunen in Baden-Württemberg, sondern ist damit auch schon besser auf die Erfordernisse des demografischen Wandels vorbereitet.

Für die Drei- bis Sechsjährigen besteht sei 1996 ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (BVerfG im Urteil zum § 218 StGB), in der Regel auf einen Halbtagsplatz. Der Rechtsanspruch wird in Freiburg seit 1998 erfüllt, mittlerweile wurden auch die Öffnungszeiten durch den Ausbau des Angebots an verlängerten Öffnungszeiten sowie an Ganztagesplätzen dem Bedarf entsprechend kontinuierlich erweitert. Das Angebot an Ganztagesplätzen hat sich von 17 % im Jahr 2000⁴² auf rund 27,4 % im Jahr 2010 erweitert.

Die große Bedeutung die eine gute Kinderbetreuung für die Gleichstellung von Frauen und Männern hat, stellt auch der Erste Gleichstellungsbericht heraus und fordert:

„Die Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind quantitativ und qualitativ weiter auszubauen. Betreuungsangebote für Kinder setzen vielfach implizit noch eine allenfalls teilzeiterwerbstätige Mutter voraus. Betreuungszeiten von Kindereinrichtungen müssen vom Angebot her den ganzen Tag abdecken, umgekehrt aber auch – den flexiblen Arbeitsanforderungen der Mütter und Väter folgend – eine größere Flexibilität der Inanspruchnahme anbieten. Soll die angestrebte Betreuungsquote für unter Dreijährige 2013 (35 Prozent) erreicht werden, muss das bisherige Ausbautempo des Kinderbetreuungsangebots für unter Dreijährige gesteigert werden. Zudem muss überprüft werden, ob die Quote von 35 Prozent dem tatsächlichen Bedarf entspricht oder gegebenenfalls angepasst werden muss. Auch Ganztagschulen mit bezahlbarer Mittagessenversorgung und Hausaufgabenunterstützung sowie Horte und andere Freizeitangebote sind erforderlich, um die mehrheitlich von Eltern gewünschten Erwerbskonstellationen zu ermöglichen.“⁴³

³⁷ Pflugmann-Hohlstein, Barbara: Auf dem Weg ins Jahr 2013: Zum Ausbau der Kleinkindbetreuung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 03/2011, S. 29

³⁸ Stadt Freiburg im Breisgau, Drucksache G-08/235, Freiburg 2008

³⁹ Stadt Freiburg im Breisgau, Drucksache G-08/235, Freiburg 2008

⁴⁰ Stadt Freiburg im Breisgau, Drucksache G-11/023, Freiburg 2011

⁴¹ Pflugmann-Hohlstein, a.a.O. , S. 31

⁴² Stadt Freiburg im Breisgau, Drucksache G-08/235

⁴³ Erster Gleichstellungsbericht, a.a.O. S. 243

Umfangreiche Betreuungsangebote dienen nicht nur einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern sind auch ein wichtiger Baustein für die Verbesserung der Chancengleichheit von Jungen und Mädchen aus benachteiligten sozialen Lagen.

Empfehlung:

Freiburg arbeitet kontinuierlich an einer Ausweitung der verlässlichen Kinderbetreuung für die einzelnen Altersgruppen. Dies ist zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch weiterhin dringend geboten, wie die Analyse der Erwerbsbeteiligung von Frauen zeigte. Dabei ist genau zu evaluieren, wo besonderer Nachholbedarf hinsichtlich Umfang und Verlässlichkeit besteht. Dies betrifft insbesondere die Betreuung der unter Dreijährigen sowie die der Schulkinder. Beim Um- und Ausbau von Einrichtungen (bspw. zur Ganztagesbetreuung) sollte auf geschlechterdifferenzierende Erholungsbereiche und Verpflegungsangebote geachtet werden.

4 Lebenswelt

Im Kapitel Lebenswelt werden zwei Lebenslagen besonders in das Blickfeld genommen, zum einen die älteren Menschen über 65, die alleine leben und zum anderen die Gruppe der Allenerziehenden. Beide Lebenslagen betreffen insbesondere Frauen, sie zeigen deutliche geschlechtsbezogene Unterschiede und geben daher als Indikatoren Hinweise auf geschlechterspezifischen Handlungsbedarf.

4.1 Wohnsituation von Menschen im Alter von 65 Jahren und mehr

Beschreibung des Indikators¹:

Definition: 1. Prozentualer Anteil von Frauen an allen Alleinlebenden im Alter von 65 und mehr Jahren. 2. Anteil von Frauen und Männern an den Alleinlebenden im Alter von 65 und mehr Jahren.

Datenquelle: Auswertung des Einwohnermelderegister, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg, eigene Berechnungen, Stand 31.12.2009.

Der *Indikator zeigt geschlechterbezogene Unterschiede in der Wohnsituation von älteren Menschen. Er gibt Hinweise auf:*

- die überwiegend für Frauen typische Lebenssituation im Alter;
- den Unterstützungs- und Hilfebedarf bei fortschreitendem Alter;
- die notwendige Förderung sozialer Kontakte.

Abbildung 4.1

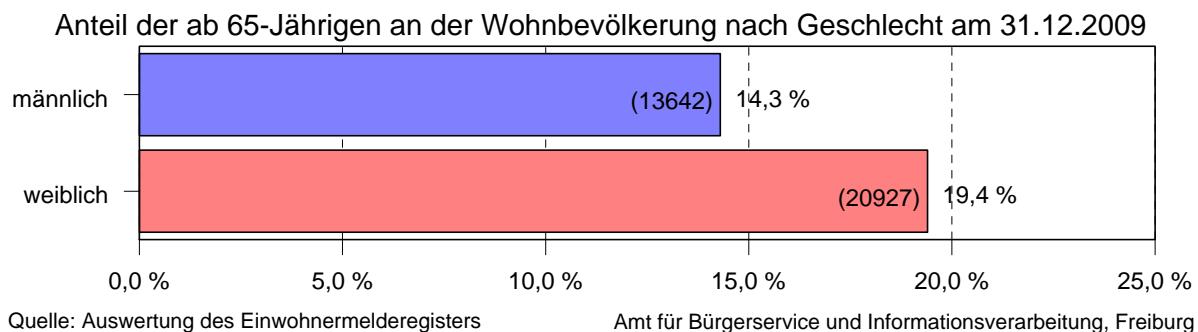
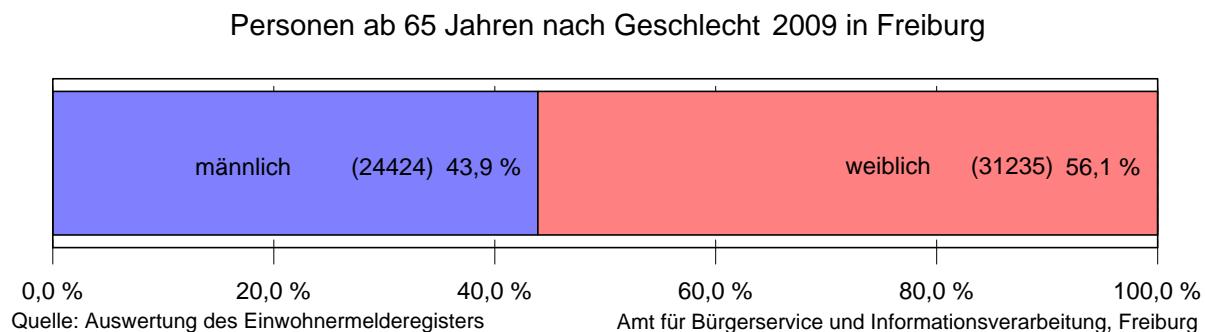


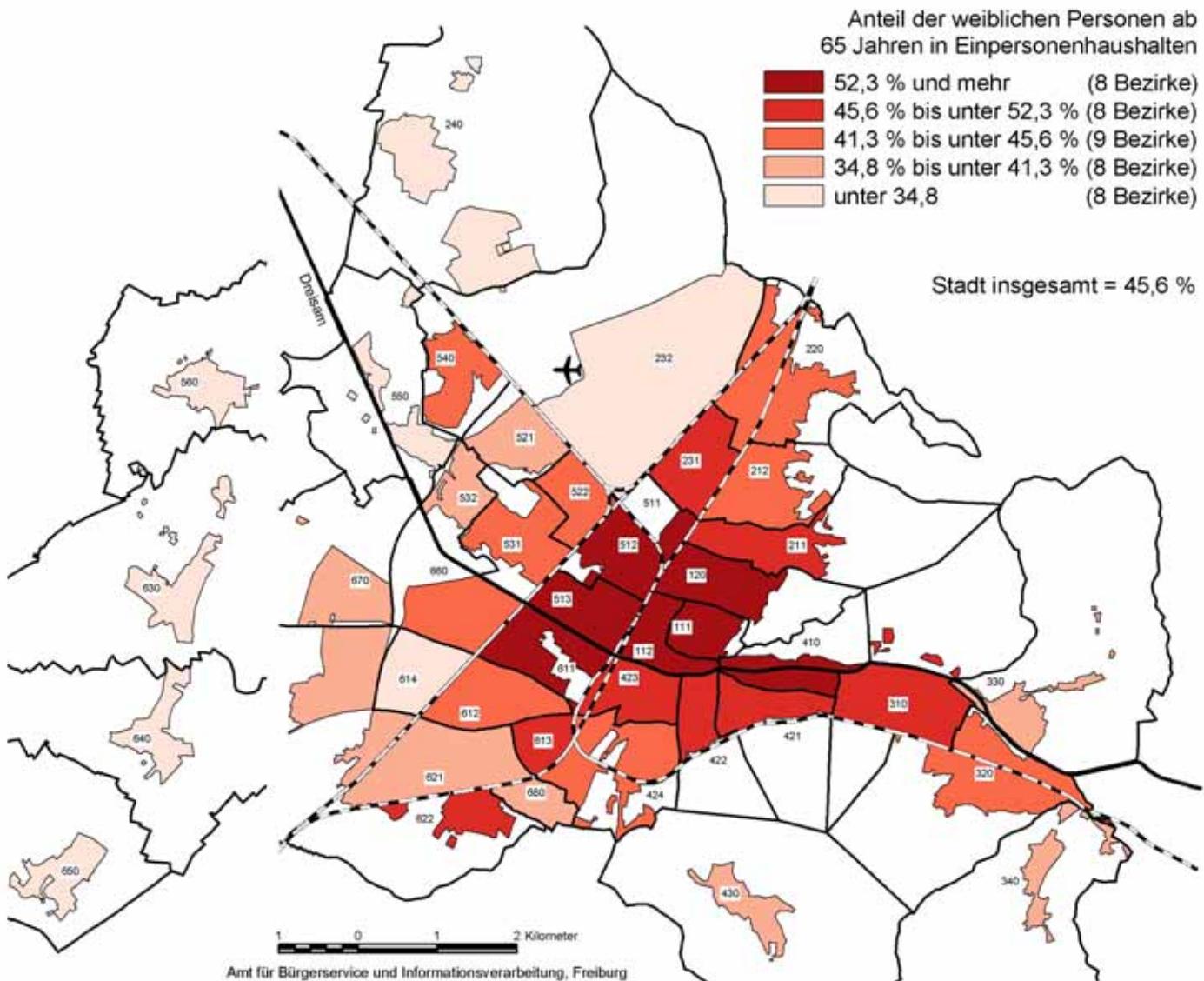
Abbildung 4.2



¹ Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 63

Abbildung 4.3

Anteil der weiblichen Personen ab 65 Jahren in Einpersonenhaushalten an der weiblichen Wohnbevölkerung ab 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



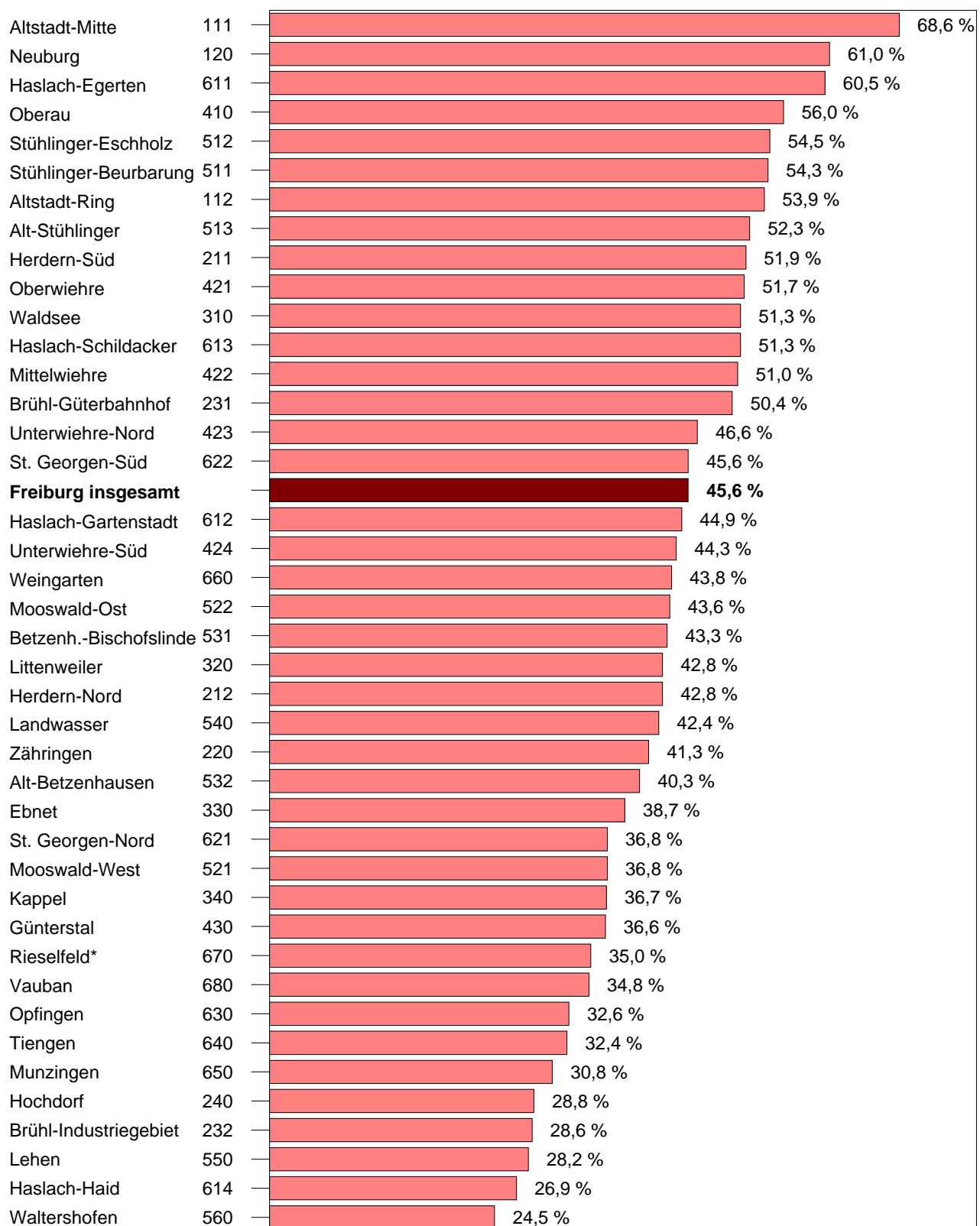
Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnat	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Abbildung 4.4

Anteil der weiblichen Personen ab 65 Jahren in Einpersonenhaushalten an der weiblichen Wohnbevölkerung ab 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



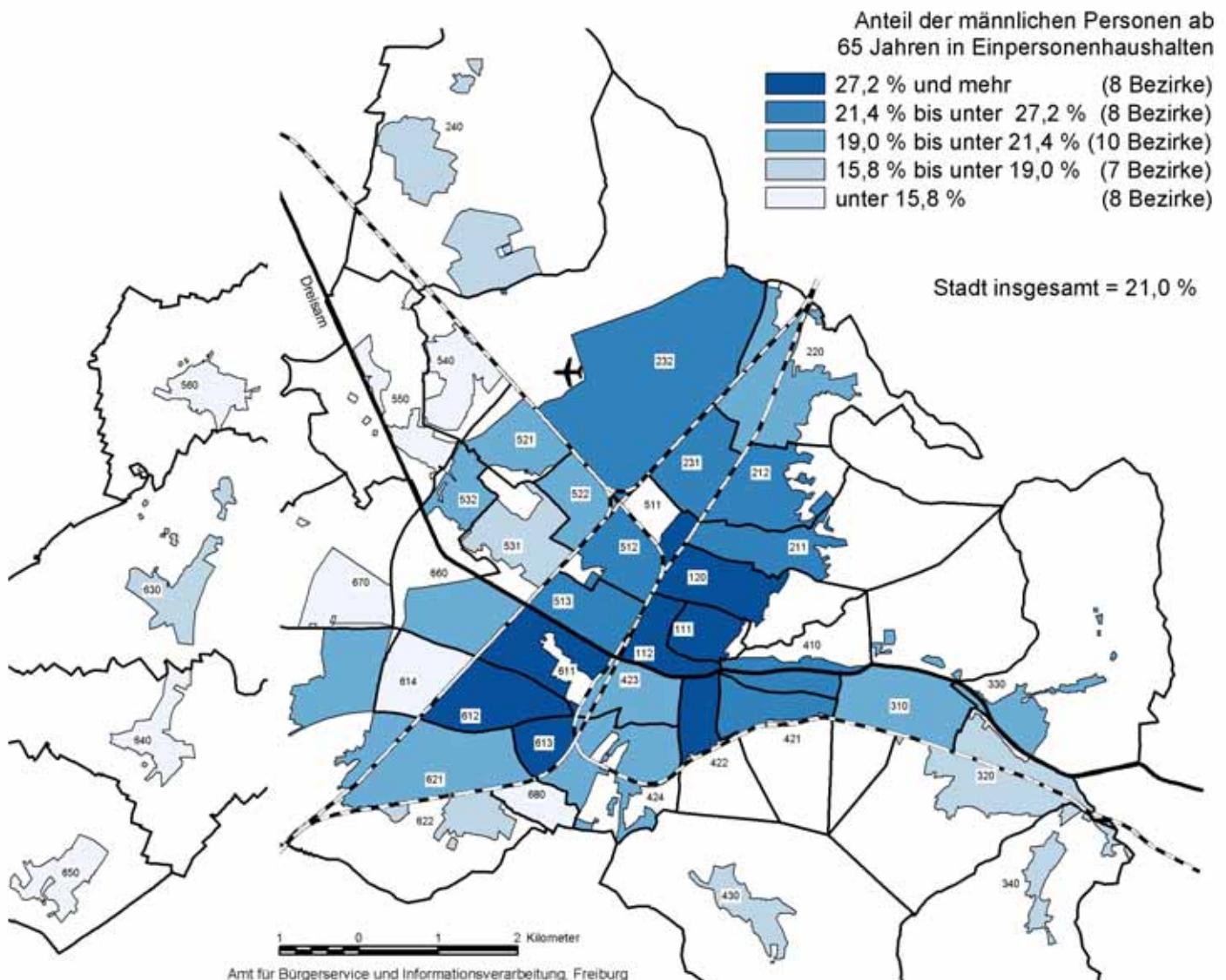
*Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Quelle: Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 4.5

Anteil der männlichen Personen ab 65 Jahren in Einpersonenhaushalten an der männlichen Wohnbevölkerung ab 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



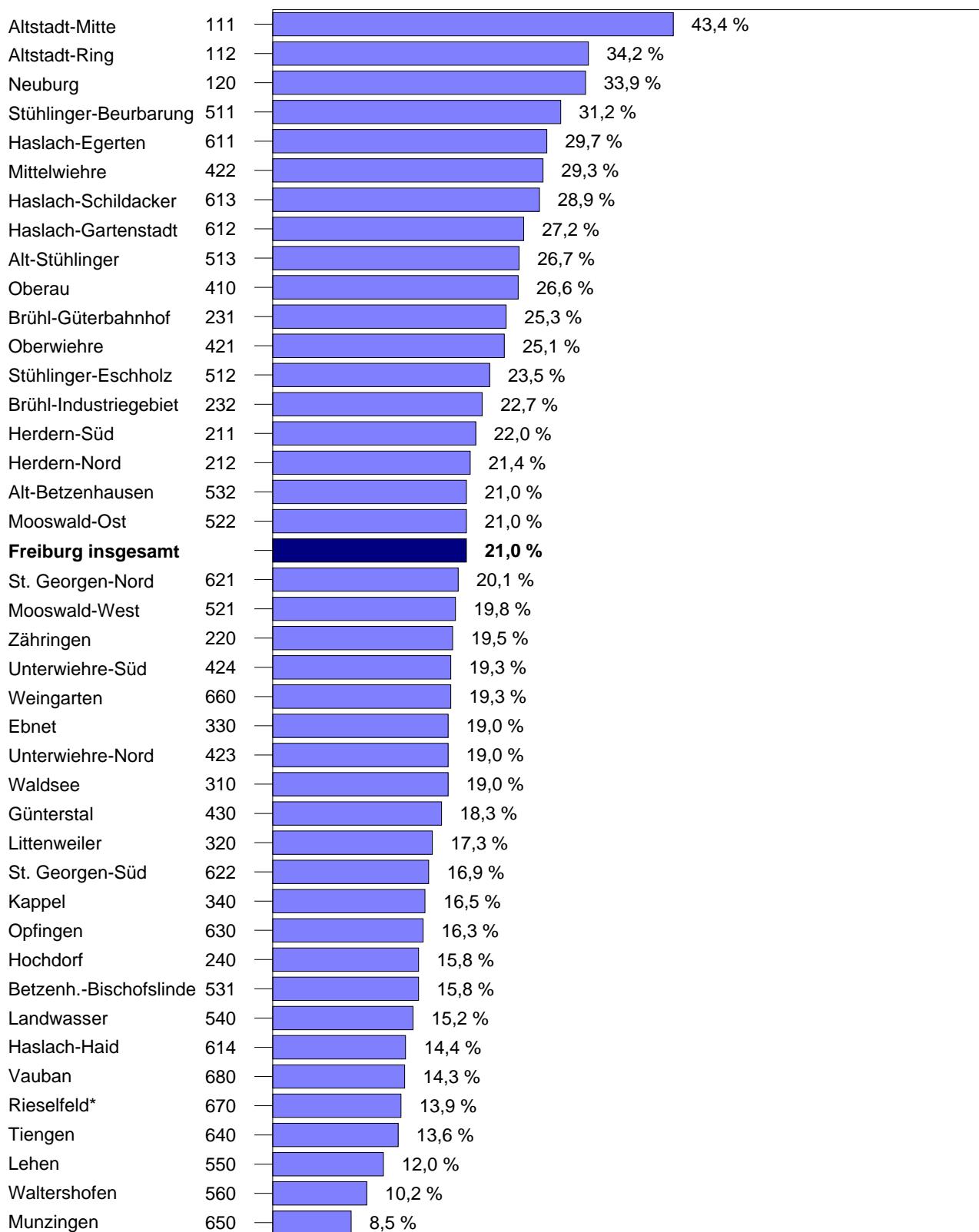
Namen der Stadtbezirke:

111 Altstadt-Mitte	421 Oberwiehre	560 Waltershofen
112 Altstadt-Ring	422 Mittelwiehre	611 Haslach-Egerten
120 Neuburg	423 Unterwiehre-Nord	612 Haslach-Gartenstadt
211 Herdern-Süd	424 Unterwiehre-Süd	613 Haslach-Schildacker
212 Herdern-Nord	430 Günterstal	614 Haslach-Haid
220 Zähringen	511 Stühlinger-Beurbarung	621 St. Georgen-Nord
231 Brühl-Güterbahnhof	512 Stühlinger-Eschholz	622 St. Georgen-Süd
232 Brühl-Industriegebiet	513 Alt-Stühlinger	630 Opfingen
240 Hochdorf	521 Mooswald-West	640 Tiengen
310 Waldsee	522 Mooswald-Ost	650 Munzingen
320 Littenweiler	531 Betzenhausen-Bischofslinde	660 Weingarten
330 Ebnet	532 Alt-Betzenhausen	670 Rieselfeld
340 Kappel	540 Landwasser	680 Vauban
410 Oberau	550 Lehen	

Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Abbildung 4.6

Anteil der männlichen Personen ab 65 Jahren in Einpersonenhaushalten an der männlichen Wohnbevölkerung ab 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg

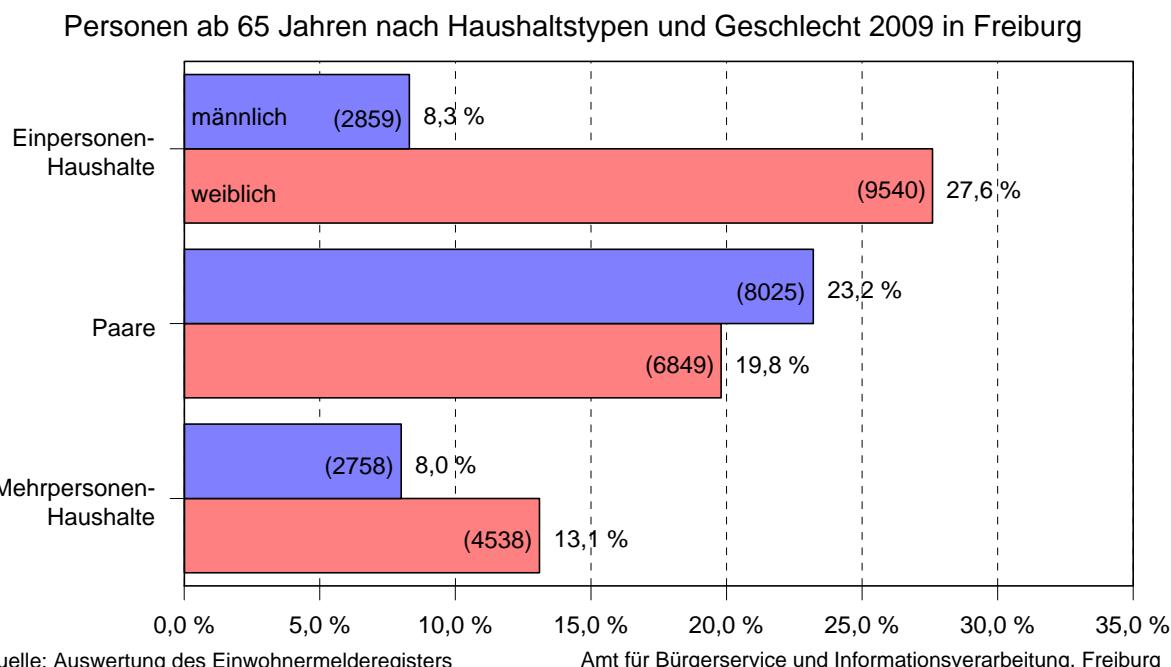


*Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Quelle: Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 4.7



Insgesamt leben 35,9 % der Menschen im Alter über 65 in Einpersonenhaushalten, der weibliche Anteil hieran beträgt 27,6 %, der männliche 8,3 % (bezogen auf alle Haushaltstypen). Das bedeutet, dass 76,9 % der Alleinlebenden im Alter von 65 und mehr Jahren Frauen sind.

Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil der alleinlebenden Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren bei 77,3 % (2007), Freiburg unterscheidet sich hier kaum von anderen Kommunen. Im Ländervergleich reicht die Spanne von 75,8 % bis zu 81,7 %.

Diskussion der Ergebnisse:

Der größte Anteil der über 65-Jährigen (43 %) lebt in Freiburg als Paar zusammen, gefolgt von 35,9 %, die in Einpersonenhaushalten wohnen. In Mehrpersonenhaushalten leben insgesamt 21,1 % der Personen ab 65 Jahren. Es bestehen erhebliche geschlechtsbezogene Unterschiede: Mehr als dreimal so viele Frauen wie Männer leben im Alter in Einpersonenhaushalten. Das ist nicht für Freiburg spezifisch, sondern deckt sich mit der Analyse des Statistischen Bundesamts Wiesbaden zu Haushalten und Lebensformen der Bevölkerung (Basis sind die Ergebnisse des Mikrozensus 2009):

„Signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede zeigt die Altersverteilung alleinlebender Frauen und Männer: Während Frauen im jüngeren und mittleren Alter von 25 bis 54 Jahren seltener allein lebten als die gleichaltrigen Männer, lebten Frauen im höheren Alter (ab 55 Jahren) weitaus häufiger allein als Männer dieses Alters. [...] In hohen Altersjahren wirkt sich besonders die deutlich höhere Lebenserwartung der Frauen gegenüber den Männern aus:“

Ab einem Alter von etwa 70 Jahren bis zur Altersgruppe der 80- bis 84-Jährigen steigt die Differenz zwischen den geschlechtsspezifischen Alleinlebendenquoten von etwa 21 Prozentpunkten bis auf rund 39 Prozentpunkte an. Hierbei ist zu beachten, dass sich unter den hoch betagten Frauen noch einige befinden, die seit dem Zweiten Weltkrieg verwitwet sind und seit damals allein leben.²

Abb. 4.1 zeigt, dass fast ein Fünftel aller Freiburger Bewohnerinnen und Bewohner alleinlebende Frauen über 65 Jahre sind. Ein Großteil dieser alleinlebenden Frauen wird vermutlich mit voranschreitendem Alter auf Hilfe angewiesen ist. Statistisch gesehen haben Frauen bei Erreichen des 65. Lebensjahres noch ca. 20,4 Lebensjahre vor sich (Männer 17,1 Jahre). Haben sie erst das 80. Lebensjahr vollendet, haben Frauen statistisch gesehen noch 9 bzw. Männer 7,7 Lebensjahre als Hochbetagte und damit potentiell auch als Pflegebedürftige vor sich.³

„Überwiegend Frauen leben im Alter alleine. Dies ist vor allem eine Folge der höheren Lebenserwartung von Frauen und der gesellschaftlichen Norm, dass der männliche Partner älter als die Partnerin ist. In der Folge daraus sind Frauen häufiger auf professionelle Unterstützung und Hilfen angewiesen, wenn sie pflegebedürftig werden.“⁴

Bei 77 % der verheirateten Männer ab 65 Jahren war 2009 die Ehefrau jünger, dagegen hatten nur 21 % der Frauen einen jüngeren Lebenspartner⁵. Da Frauen, wie im Kapitel Erwerbsleben auch für Freiburg gezeigt wurde, aufgrund der Übernahme von Familienarbeit seltener als Männer in Vollzeit erwerbstätig sind, konnten viele keine auskömmliche Rente erwirtschaften, was dazu führt, dass sie im Alter eher als Männer auf Transfereinkommen angewiesen sind:

„Deutliche Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Höhe der Einkünfte, die älteren Männern und Frauen zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts zur Verfügung stehen. Dies ist im Wesentlichen auf den unterschiedlichen Umfang der früheren Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen zurückzuführen. Ein großer Teil der Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren hat ein geringeres persönliches Nettoeinkommen als Männer im gleichen Alter. Knapp 40 % der Frauen haben ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 700 Euro, dies trifft dagegen nur auf rund 7 % der älteren Männer zu. Zwischen 700 bis unter 1 300 Euro stehen gut 37 % der Frauen und 35 % der Männer dieser Altersgruppe zur Verfügung. Weitere 35 % der älteren Männer haben ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 1 300 bis unter 2 000 Euro, bei den Frauen ist dieser Anteil dagegen nur halb so hoch (17 %). Höhere Einkommen von monatlich 2 000 und mehr Euro fließen 23 % der Männer, aber nur rund 6 % der Frauen zu.“⁶

Abbildung 4.3 bis Abbildung 4.6 verdeutlicht die gravierenden Unterschiede zwischen älteren allein lebenden Frauen und Männern. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Männer an dieser Altersgruppe einen Anteil von ca. 44 % stellen und Frauen von etwa 56 % (vgl. Abb.4.3). In jedem Stadtteil stellen ältere Frauen in Einpersonenhaushalten fast ein Viertel der Wohnbevölkerung, dies reicht von Waltershofen (24,5 % - Männer 10,2 %) über St. Georgen Süd (45,6 % - Männer 16,9 %) bis nach Neuburg (61 % - Männer 33,9 %) und Altstadt Mitte mit 68 % bei Frauen und 43,4 % bei Männern.

²Hammes, Winfried / Rübenach, Stefan P.: Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus 2009, in: Stat. Bundesamt (Hg.): Wirtschaft und Statistik 10/2010, Wiesbaden 2010, S. 915

³ Erster Gleichstellungsbericht, a.a.O., S. 238

⁴Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, a.a.O., S. 62

⁵ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hg): Ältere Menschen in Deutschland und der EU. Wiesbaden 2011, S. 18

⁶Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 11/2010: Schaubild des Monats: Frauen sind im Alter finanziell schlechter gestellt als Männer, S. 55

Dass in Freiburg ältere Menschen in Einpersonenhaushalten mehrheitlich in Innenstadtnähe leben, hängt allerdings auch mit den dort ansässigen Pflege- und Altersheimen zusammen, da Personen, die in Pflege- oder Altersheimen leben, von der Statistik als Personen in Einpersonenhaushalten erfasst werden.

Empfehlungen:

Aufgrund des demografischen Wandels ist davon auszugehen, dass die Zahl der Frauen über 65 Jahre in Einpersonenhaushalten weiter zunehmen wird. Angesichts einer künftig stärker wachsenden Altersarmut (niedrigere Renten aufgrund der Absenkung des Rentenniveaus und einer höheren Scheidungsquote) und mit höherem Alter auch wachsendem Pflegebedarf, sollten Überlegungen angestellt werden, wie künftig diesem Personenkreis auch angesichts knapper Ressourcen ein würdevolles Altern ermöglicht werden kann. Dies vor dem Hintergrund, dass immer mehr Frauen keine Kinder bekommen (23 % bei den Frauen der Jahrgänge 1957 bis 1961⁷) und von daher nicht auf familiäre Strukturen bei der Pflege zurückgreifen können. Konzepte wie das von der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelte kommunale Dienstleistungszentrum für Bürgerinnen und Bürger (DZB)⁸, in dem quartiersnah für jede(n) finanzierte Angebote und qualitativ hochwertige Serviceangebote angeboten und koordiniert werden, sollten verstärkt diskutiert werden. Im Pflegebereich und in der Altenbetreuung sollten gendersensible Angebote zur Norm werden, denn noch immer ist es keineswegs selbstverständlich, dass auf Wunsch Frauen von Frauen und Männer von Männern gepflegt werden.

⁷ Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2007

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/BroschuereGeburtenDeutschland,property=file.pdf> (Aufgerufen 8.9.2011), S. 28

⁸ Stiegler, Barbara: Gute Pflege – gute Arbeit. Das kommunale Dienstleistungszentrum für Bürgerinnen und Bürger, WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung 2011, S. 1

4.2 Alleinerziehende

Beschreibung des Indikators:

Definition: 1. Prozentualer Anteil von alleinerziehenden Frauen und Männern an der Freiburger Wohnbevölkerung. 2. Anteil von Frauen und Männern an den Alleinerziehenden.

Datenquelle: Auswertung des Einwohnermelderegister 2009, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg, Stand 31.12.2009.

Der Indikator gibt Hinweise auf:

- Veränderungen und Entwicklung der Familienstrukturen;
- Alleinerziehen als „Frauensache“.

Abbildung 4.8

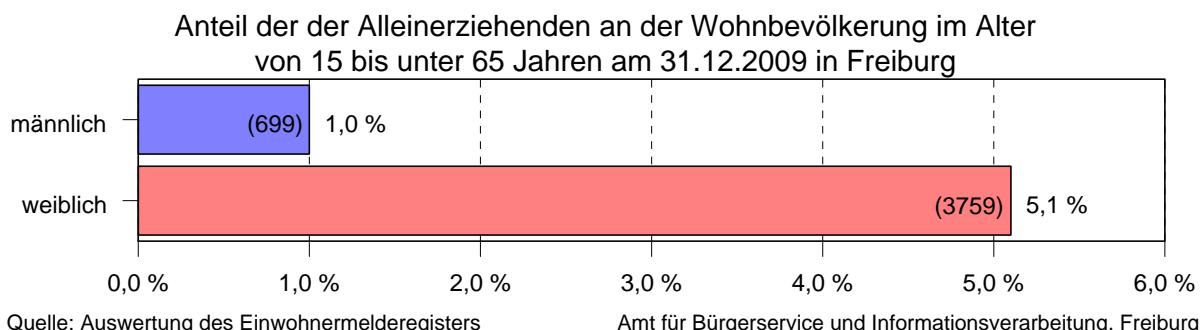
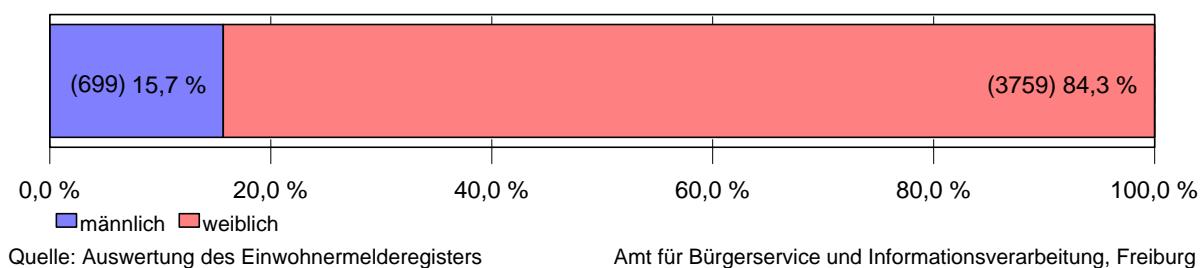


Abbildung 4.9

Alleinerziehende nach Geschlecht 2009 in Freiburg



In Freiburg sind 6,1 % der Wohnbevölkerung alleinerziehend. Der weibliche Anteil daran beträgt über 84 %, knapp 16 % der Alleinerziehenden sind Männer. Der Anteil der Alleinerziehenden an der Wohnbevölkerung beträgt bei Frauen 5 % und bei Männern 1 %.

Beschreibung des Indikators:

Definition: Prozentualer Anteil von alleinerziehenden arbeitslosen Frauen und Männern nach SGB II sowie alleinerziehende Wohnungssuchende an allen Alleinerziehenden.

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswertung des Einwohnermelderegister 2009, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung Freiburg, Stand 31.12.2009.

Der Indikator gibt Hinweise auf:

- erhöhtes Armutsrisko Alleinerziehender.

Abbildung 4.10

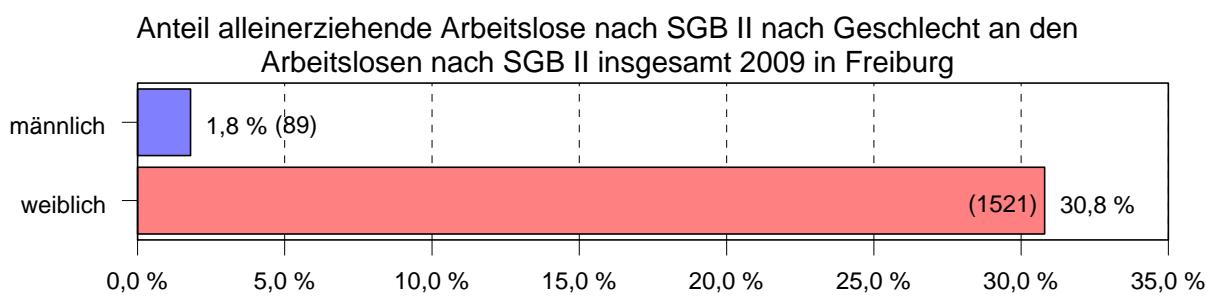


Abbildung 4.11

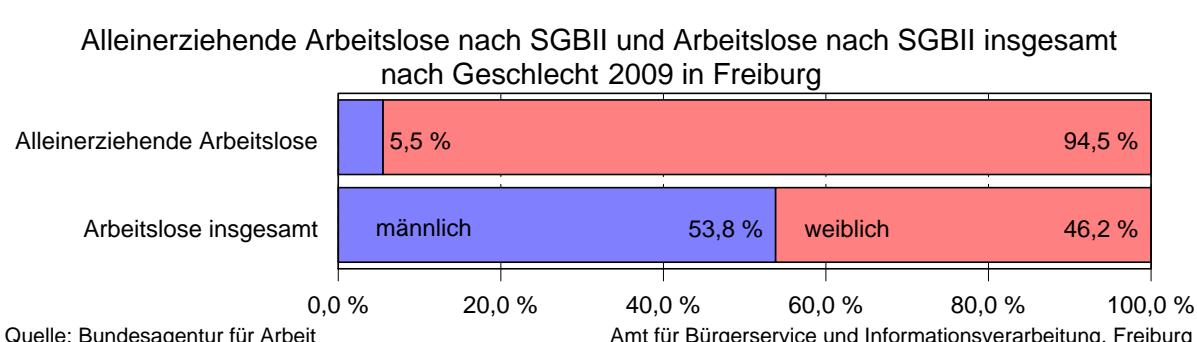


Abbildung 4.12

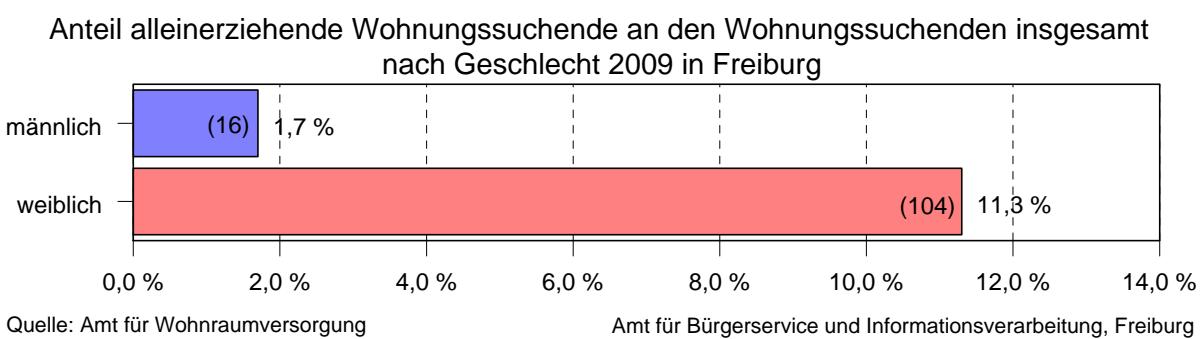
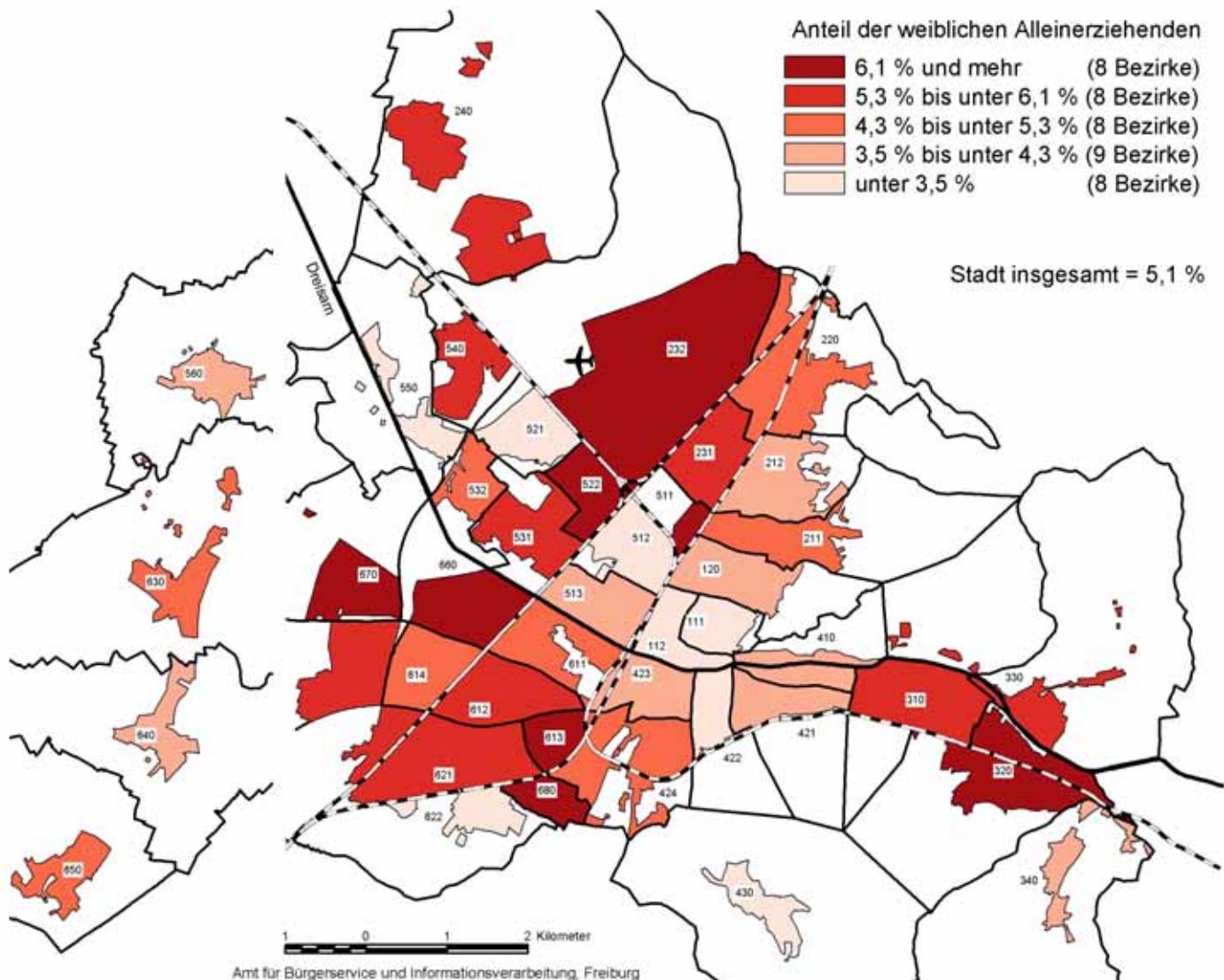


Abbildung 4.13

Anteil der weiblichen Alleinerziehenden an der weiblichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



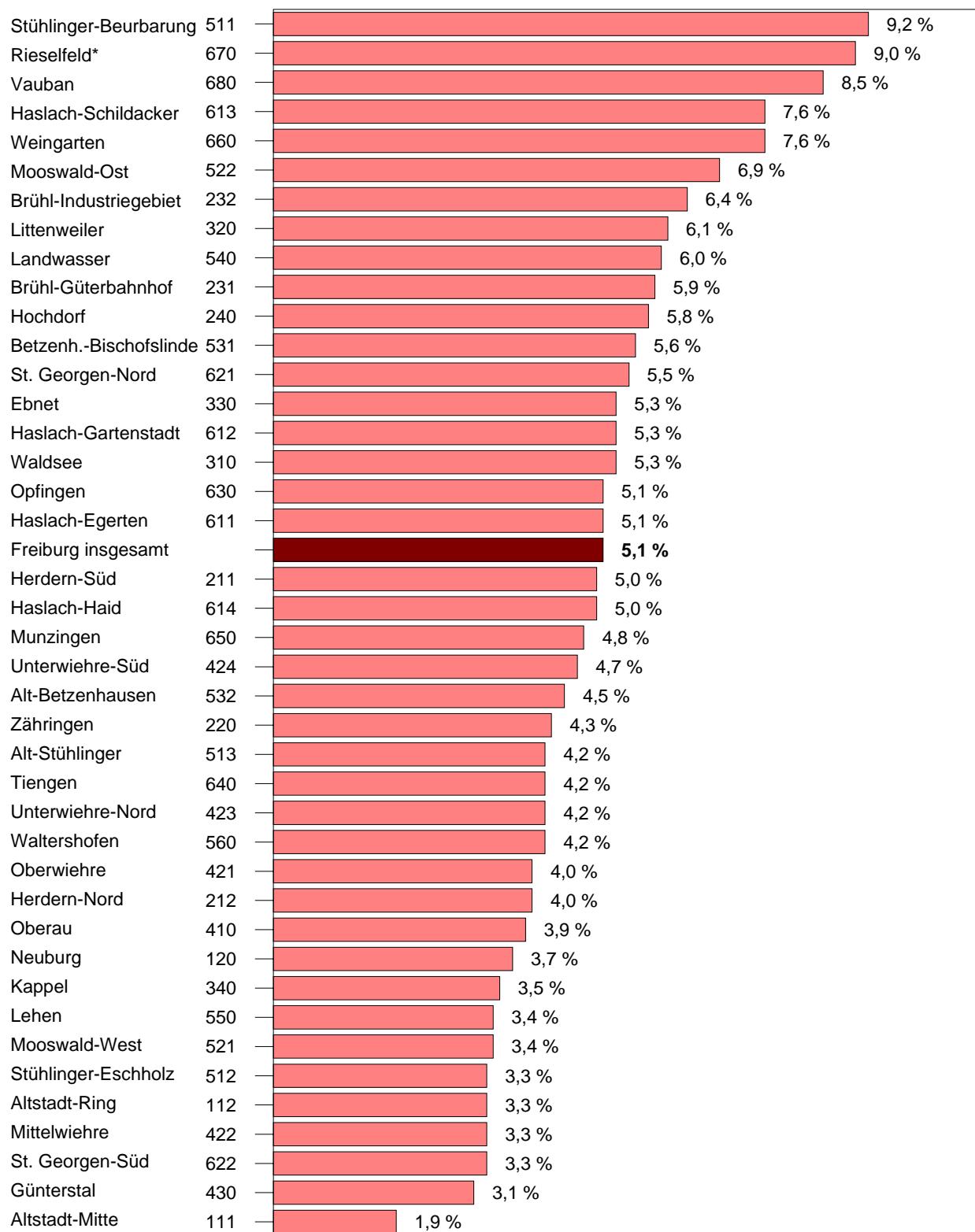
Namen der Stadtbezirke:

111	Altstadt-Mitte	421	Oberwiehre	560	Waltershofen
112	Altstadt-Ring	422	Mittelwiehre	611	Haslach-Egerten
120	Neuburg	423	Unterwiehre-Nord	612	Haslach-Gartenstadt
211	Herdern-Süd	424	Unterwiehre-Süd	613	Haslach-Schildacker
212	Herdern-Nord	430	Günterstal	614	Haslach-Haid
220	Zähringen	511	Stühlinger-Beurbarung	621	St. Georgen-Nord
231	Brühl-Güterbahnhof	512	Stühlinger-Eschholz	622	St. Georgen-Süd
232	Brühl-Industriegebiet	513	Alt-Stühlinger	630	Opfingen
240	Hochdorf	521	Mooswald-West	640	Tiengen
310	Waldsee	522	Mooswald-Ost	650	Munzingen
320	Littenweiler	531	Betzenhausen-Bischofslinde	660	Weingarten
330	Ebnet	532	Alt-Betzenhausen	670	Rieselfeld
340	Kappel	540	Landwasser	680	Vauban
410	Oberau	550	Lehen		

Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Abbildung 4.14

Anteil der weiblichen Alleinerziehenden an der weiblichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



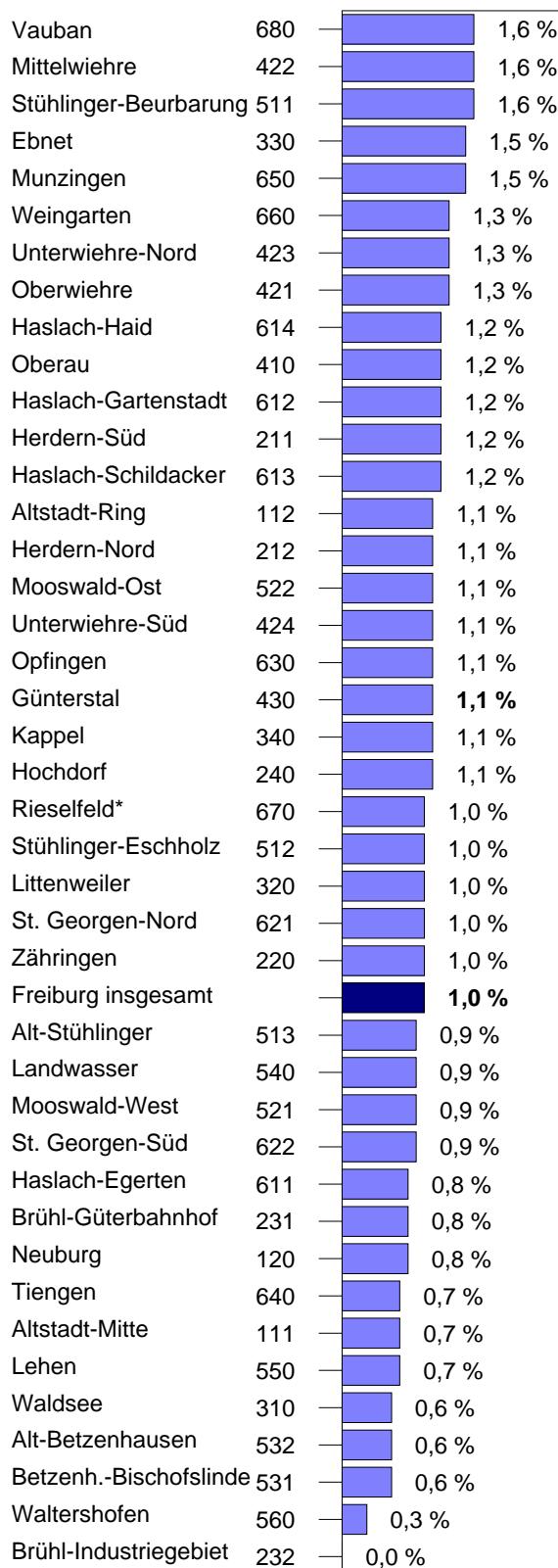
*Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Quelle: Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Abbildung 4.15

Anteil der männlichen Alleinerziehenden an der männlichen Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren am 31.12.2009 in den Stadtbezirken von Freiburg



*Stadtteil Mundenhof wird dem Stadtteil Rieselfeld zugerechnet.

Quelle: Auswertung des Einwohnermelderegisters

Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Freiburg

Diskussion der Ergebnisse:

Ein gutes Fünftel aller Haushalte mit Kindern in Freiburg sind Haushalte von Alleinerziehenden (22 %)⁹, damit stellt die Gruppe der Alleinerziehenden unter Eltern eine feste Größe dar. Die meisten Alleinerziehenden sind Frauen, wenn auch in den letzten Jahren die Gruppe der alleinziehenden Männer größer geworden ist.

Allein erziehen ist in den seltensten Fällen eine bewusste Lebensentscheidung für eine bestimmte Lebensform, sondern eine Lebenslage, die aufgrund äußerer Umstände eintritt. Waren es früher vor allem verwitwete Frauen, die ihre Kinder allein erziehen mussten, so sind es heute insbesondere Frauen nach einer Scheidung. In Baden-Württemberg und vermutlich auch in Freiburg trifft dies auf die Hälfte aller Alleinerziehenden zu.¹⁰ Alleinerziehende sind besonders auf Unterstützung angewiesen, sei es bei der Kinderbetreuung, der Wohnungs- oder Arbeitssuche. Die Kinder- und Jugendhilfestatistik des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass Alleinerziehende auch überdurchschnittlich häufig erzieherische Hilfen wie Vollzeitpflege oder sozialpädagogische Familienhilfe in Anspruch nehmen.¹¹

Anhand der Stadtkarte (Abb. 4.13) zeigt sich, dass weibliche und männliche Alleinerziehende in unterschiedlichen Wohnsituationen leben. Während alleinerziehende Frauen vermehrt in den äußeren Stadtteilen Freiburgs wohnen, verteilen sich die Wohnungen alleinerziehender Männer über das gesamte Stadtgebiet. Dies ist sicherlich auch im Zusammenhang mit der größeren Abhängigkeit alleinerziehender Frauen auf Transferleistungen und damit der Unterbringung in geförderten Wohnungen zu sehen. Dem entspricht, dass die Gruppe der weiblichen Alleinerziehenden überproportional beim Amt für Wohnraumversorgung als wohnungssuchend gemeldet ist.

Alleinerziehende Frauen (und damit auch ihre Kinder) sind überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen, ca. 40 % erhalten Unterhalt nach SGB II (Hartz IV). Dies ist bundesweit der Fall und nicht für Freiburg spezifisch.

Unter den Freiburgern Hartz IV- Empfängern macht diese Personengruppe sogar fast ein Drittel aus (vgl. Abb. 4.10), während der Anteil der männlichen Alleinerziehenden an den SGB II Empfängern nur ca. 2 % beträgt¹² und dies, obwohl Männer in Freiburg stärker von Arbeitslosigkeit als Frauen betroffen sind. Dies entspricht der Bundesstatistik zu Alleinerziehenden:

„Sie sind überdurchschnittlich häufig Leistungsempfänger von Hartz IV. Im Jahresdurchschnitt 2008 bezogen in Deutschland laut Bundesagentur für Arbeit von allen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern 41,6 % Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende, im Vergleich zu 8,7 % bei Paaren mit Kindern. Alleinerziehende sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen.“

⁹ Vgl. Beiträge zur Statistik, Sozialbericht Mai 2011, Freiburg, S. 81ff

¹⁰ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg, Familien Forschung Baden-Württemberg (Hg.): Familien in Baden-Württemberg, Alleinerziehende, Report 03/ 2009, S. 6

¹¹ Statistisches Bundesamt: Alleinerziehende in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Wiesbaden 2010, S. 5

¹² Ein Vergleich von SGB II mit SGB III ist nicht möglich, da die SGB III Daten nicht nach Haushaltstypen unterschieden werden können.

Nach den Ergebnissen der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EUSILC) des Statistischen Bundesamtes waren im Jahr 2008 rund 36 % der Personen, die in Haushalten von Alleinerziehenden lebten, von Armut gefährdet. Zum Vergleich: die Armutgefährdung von Personen in Haushalten mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern lag bei nur 8 %.¹³

Alleinerziehende sind auf funktionierende und umfangreiche Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen, um erwerbstätig sein zu können. Allerdings bleiben auch dann noch Barrieren für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Ohne eigene Erwerbstätigkeit sind Alleinerziehende, anders als Mütter in Paarhaushalten, meist auf öffentliche Transfermittel angewiesen. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für Alleinerziehende nicht einfach. Vielfach fehlt es an entsprechende Bildungs- und Ausbildungsvoraussetzungen. Fast ein Viertel der alleinerziehenden Mütter hat keinen Ausbildungsabschluss¹⁴, was sich bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit als besonderes Hindernis darstellt. So stellte der Erste Gleichstellungsbericht fest:

„Besonders schwierig ist es für Alleinerziehende, die Arbeitslosigkeit zu verlassen; diese Gruppe stellte alleine 18 Prozent aller weiblichen Arbeitslosen und war damit unter den Arbeitslosen deutlich überrepräsentiert“.¹⁵

Eine Untersuchung der Prognos AG zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Alleinerziehenden konstatiert, dass deutliche Zusammenhänge zwischen einer fehlenden Berufsausbildung, dem Erwerbstätiggenstatus und dem Hartz IV Bezug bestehen. Bei Alleinerziehenden mit einer regulären Beschäftigung liege die Quote derer, die keine Berufsausbildung haben bei 9 % im Vergleich zu 55 % bei Alleinerziehenden mit Minijobs, ABM oder 1-Euro-Jobs und 67 Prozent bei nichtarbeitenden Alleinerziehenden¹⁶.

Empfehlung:

Neben ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten (vgl. Kapitel 3.8) sollte insbesondere versucht werden, Alleinerziehende besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu ist es einerseits nötig, fehlende Bildungs- und Berufsqualifikationen, die bei einigen ein starkes Hindernis darstellen, nachzuholen. Hierfür muss es auch Möglichkeiten in Teilzeit geben, um der Vereinbarkeitsproblematik zu begegnen. Andererseits muss dafür sensibilisiert werden, dass bei einem Teil der Alleinerziehenden Potentiale vorhanden sind, die von der Wirtschaft noch zu wenig gesehen und gefördert werden. Alleinerziehende sollten - schon aus Eigeninteresse - nicht aufgrund von Befürchtungen hinsichtlich ihrer Flexibilität unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt werden.

¹³ Statistisches Bundesamt: Alleinerziehende in Deutschland a.a.O., S. 5

¹⁴ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg, Familien Forschung Baden-Württemberg (Hg.): Familien in Baden-Württemberg, Alleinerziehende, Report 03/ 2009, S. 8

¹⁵ Erster Gleichstellungsbericht, a.a.O., S. 124

¹⁶ BMFSFJ (Hrsg.): Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Alleinerziehende, Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen, Berlin 2009 , S. 9

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=121252.html>

Literaturverzeichnis

- Allmendinger, Jutta: Verschenkte Potentiale. Lebensverläufe nicht erwerbstätiger Frauen, Frankfurt 2010
- Budde, Jürgen: Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen / männlichen Jugendlichen, in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), Bonn / Berlin 2008
- Bundesjugendkuratorium (BJK): Schlaue Mädchen – Dumme Jungen? Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs, München 2009, www.bundesjugendkuratorium.de
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Berlin 2009
- BMFSFJ für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Alleinerziehende, Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen, Berlin 2009
<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=121252.html>
- Brachat-Schwarz, Werner: Zur Entwicklung der Ehescheidungen in Baden-Württemberg Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2011
- Deutscher Bundestag Drucksache 17/6240 (16. 06. 2011) Unterrichtung durch die Bundesregierung): Erster Gleichstellungsbericht Neue Wege – Gleiche Chancen Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf
- Hammes, Winfried / Rübenach, Stefan P.: Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus 2009, in: Statistisches Bundesamt (Hg.): Wirtschaft und Statistik 10/2010, Wiesbaden 2010
- Hans-Böckler-Stiftung (Hg.): Überblick Regionale Datenbank „Atypische Beschäftigung“ des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2010
- Hin, Monika: Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2010
- Holtkamp, Lars / Wiechmann, Elke / Schnittke, Sonja: Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Vorläufiger Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Frauenunterrepräsentanz in der Kommunalpolitik“, gefördert von der Heinrich-Böll-Stiftung, Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Berlin 2009
- Holtkamp, Lars / Wiechmann, Elke / Pfetzing, Jan: Zweites Genderranking deutscher Großstädte, Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Berlin 2010
- Holtkamp, Lars / Schnittke, Sonja Lars: Die Hälfte der Macht im Visier. Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen. Hg.: Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Fachzeitschrift Alternative Kommunalpolitik, Bielefeld 2010
- Kaiser, Monika: Arbeitsmarkt 2010 auf Erholkurs, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 3/2010
- Keding, Hannah / Eggen, Bernd: Wohnsituation älterer Menschen in Baden-Württemberg und Deutschland, in: Statistisches Monatsheft 03/2011, Stuttgart 2011
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg, Familien Forschung Baden-Württemberg (Hg.): Familien in Baden-Württemberg, Alleinerziehende, Report 03/ 2009
- Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hg.): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Niedersachsen, Hannover 2010
- Pflugmann-Hohlstein, Barbara: Auf dem Weg ins Jahr 2013: Zum Ausbau der Kleinkindbetreuung, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 03/2011

Rieske, Thomas Viola: Bildung von Geschlecht. Zur Diskussion um Jungenbenachteiligung und Feminisierung in deutschen Bildungsinstitutionen, in: Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft (Hg.), Frankfurt 2011

Sauer Birgit / Wöhl, Stefanie: Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich Ebert Stiftung. http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie_und_Geschlecht.pdf, 22.05.2011

Schwarz-Jung, Silvia: Mädchen und Jungen im Spiegel der Schulstatistik, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Statistisches Monatssheft Baden-Württemberg 6/2010

Stadt Freiburg (Hg.): Bildung in Freiburg 2010. 2. Bildungsbericht der Stadt Freiburg im Breisgau, Freiburg 2010

Stadt Freiburg (Hg.): Beiträge zur Statistik: Sozialbericht, Datenreport, Freiburg im Breisgau 2011

statistik aktuell: Existenzgründungen in Baden-Württemberg, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.), Stuttgart 2011

Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2007
<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/Bevoelkerung/BroschuereGeburtenDeutschland.property=file.pdf> 8.9.2011

Statistisches Bundesamt: Alleinerziehende in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2009, Wiesbaden 2010

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Hg.): Ältere Menschen in Deutschland und der EU. Wiesbaden 2011

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Elternzeit, Elterngeld und beruflicher Widereinstieg, in: Familien in Baden-Württemberg 01/2009

Statistisches Monatssheft Baden-Württemberg 11/2010: Schaubild des Monats: Frauen sind im Alter finanziell schlechter gestellt als Männer

Stiegler, Barbara: Gute Pflege – gute Arbeit. Das kommunale Dienstleistungszentrum für Bürgerinnen und Bürger, WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung 2011

Internet:

Europa 2020 http://ec.europa.eu/europe2020/targets/eu-targets/index_de.htm 7.9.2011

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

<http://www.statistik-portal.de/Veroeffentl/Monatshefte/essay.asp?xYear=2007&xMonth=07&eNr=02>, 08.04.2011
<http://www.statistik-portal.de/VolkswPreise/Erlaeuterungen.asp.ba.asp#Def>, 19.04.2011.
http://www.statistik-bw.de/ArbeitsmErwerb/Indikatoren/ET_erwTaetigenQuoteFr.asp 7.9.2011

Statistisches Bundesamt

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Sozialleistungen/Sozialberichterstattung/Begriffserlaeuterungen/Migrationshintergrund.templateId=renderPrint.psml> 12.04.2011.
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2009_01/2009_01Erwerbststaetigenquote.templateId=renderPrint.psml 7.9.2011
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/09/PD11_321_22922.templateId=renderPrint.psml 8.9.2011

Pressemitteilung Nr.321 vom 06.09.2011 zum Elterngeld

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/09/PD11_321_22922.templateId=renderPrint.psml 08.09.2011